

Pro ZUKUNFT

Der Navigator durch die aktuellen Zukunftspublikationen

In Zusammenarbeit mit dem **Zentrum für Zukunftsstudien** der FHS Forschung Salzburg

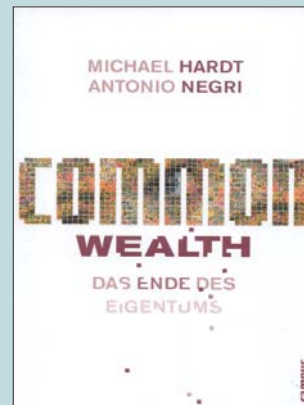
24. JAHRGANG, 2010 | 2

EDITORIAL

Die Potenziale des Gemeinsamen

Die Globalisierung – so beginnen *Michael Hardt* und *Antonio Negri* ihre Studie „*Common Wealth*“⁽¹⁾ – habe „eine Welt ohne Außen“ geschaffen, in der es gelte, nicht nur gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, sondern unser Zusammenleben von Grund auf neu zu organisieren. Wir empfinden diesen Prozess v. a. als Krise, die freilich immer auch auf die Chance zu nachhaltigem Wandel verstanden werden kann. Vor der Küste des Golfs von Mexiko erleben wir derzeit nicht nur eines der größten Umweltdesaster des fossilen Zeitalters, sondern im Zusammenwirken der USA und EU auch Ansätze eines globalisierten Katastrophenschutzes. Konsequenter weiter gedacht, könnte er ein wichtiger Schritt zu einer präventiven Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik sein, wie sie etwa *Ernst U. von Weizsäcker* mit seinem Plädoyer für eine Effizienzrevolution („Faktor fünf“) auf der Basis gleicher Emissionsrechte für alle bei kontinuierlicher Anhebung der Energiepreise (im Ausmaß der erzielten Effizienzgewinne) zuletzt überzeugend bei den „Salzburger:Zukunft:Dialogen“ propagiert hat. Hardt und Negri, die sich mit ihren Bestsellern „*Empire*“ und „*Multitude*“ als Vordenker der kritischen Linken etabliert haben, gehen freilich einen Schritt weiter. Mit dem nun vorliegenden Werk leisten sie eine fundierte und fulminante Analyse des gegenwärtigen Krisenkomplexes, den sie auf die Erschöpfung der Polarität von Eigentum (Privatbesitz) und Öffentlichkeit (Staatlichkeit) zurückführen. Sie wagen darüber hinaus – und das ist überraschend – eine optimistische Sicht auf das Ende des Kapitalismus und die Entwicklung einer „Demokratie der Multitude“, die auf der „Teilhabe aller am Gemeinsamen“ beruht. Als „Gemeinsames“ verstehen Hardt und Negri nicht etwa nur materielle Güter wie Luft und Wasser, Nahrungs-

mittel und Bodenschätze, sondern „all jene Ergebnisse gesellschaftlicher Produktion, die für die soziale Interaktion ebenso wie für die weitergehende (Re-)Produktion erforderlich sind, also Wissensformen, Sprachen, Codes, Information, Affekte und so weiter.“ (S. 10). Die beiden Autoren durchmessen zu-



nächst die Genese der Republik (als Sachwalterin des Eigentums) und stellen ihr die Multitude als „Herausbildung gesellschaftlicher Subjektivität, als radikal offener und politischer Körper gegenüber“ (S. 54). Sie beleuchten den Zusammenhang von Moderne, Gegenmoderne und skizzieren die über den Widerstand hinausreichende „Altermoder-

Neustart oder weiter wie bisher?

- 50** | Peter H. Grassmann: *BurnOut*
- 54** | *Mythen der Krise*. Hrsg. v. Attac Österreich u. a.
- 55** | Gerhard Scherhorn: *Geld soll dienen, nicht herrschen*
- 58** | Joseph Stiglitz: *Im freien Fall*

Weitere Highlights

- 67** | Ulrike Herrmann: *Hurra, wir dürfen zahlen*
- 71** | Annie Leonard: *The Story of Stuff*

Zukunft in Diskussion

Der britische Ökonom Tim Jackson zu Gast in Wien

Magazin | News

nität“ (z. B. realisiert in Cochabamba, Bolivien). Die Entwicklung eines zunehmend „biopolitischen“ Kapitalismus (gekennzeichnet durch die Präferenz immaterieller Produktion, die Feminisierung der Arbeit und zunehmende Migration) führe – so eine zentrale These – zur Herausbildung des „Gemeinsamen in der Ökonomie“, das sich v. a. in der Metropole manifestiere (S. 165ff.). Die Institutionen „Familie“, „Unternehmen“ und „Nation“ sehen Hardt/Negri dabei als Arenen, in denen die Multitude das Gemeinsame zugleich moduliere, immer aber auch korrumpiere. Ihr Potenzial liege darin, „sich selbst durch Konflikt, Kooperation und Intervention der Singularitäten im Gemeinsamen zu organisieren“ (S. 189). Von der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise ausgehend – ihr widmet sich auch diese Ausgabe ausführlich – werden schließlich Möglichkeiten einer Entwicklung „Jenseits des Kapitals“ in den Blick genommen und die Rolle von Netzwerken als Orte sozialer Innovation und revolutionärer Veränderung hervorgehoben. Hardt und Negri plädieren für ein neues „Tableau economique“ (Qualität der Interaktionen vor Quantitäten), setzen auf „Bildung als soziale und geistige Infrastruktur, um die Fähigkeiten der Multitude voll zu entwickeln“ (S. 317) und einen demokratischen Organisationsprozess in Gang zu setzen, in dem u. a. Glück wieder als politische Kategorie und als potenziell dauerhafter Zustand etabliert wird (S. 383). Wir dürften hoffen, dieses noch ferne Ziel zu erreichen und sollten bis dahin der „Arroganz der Macht“ durch „wissendes Gelächter“ begegnen. Denn letztlich würden kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft des Eigentums „durch unser Gelächter begraben werden“ (S. 390).

Rüstzeug für den weiten Weg finden Sie, geschätzte Leserin, geschätzter Leser, wiederum in dieser Ausgabe, in der wir uns u. a. mit dem neuen Interesse an Aspekten der Gerechtigkeit, mit Dimensionen des politischen Konsums, mit Aspekten der Partizipation im urbanen Raum sowie – gestaltet von zwei erstmals hier vertretenen KollegInnen – Aspekten des Politischen in Theorie und Praxis widmen.

Eine erkenntnisreiche Lektüre wünscht im Namen des JBZ-Teams

Ihr



w.spielmann@salzburg.at



1) **38** Hardt, Michael; Negri, Antonio: **Common Wealth. Das Ende des Eigentums.** Frankfurt/M. (u. a.): Campus, 2010. 437 S., € 34,90 [D], 35,90 [A], sFr 56,90; ISBN 978-3-593-39169-4

FÖRDERABO-AKTION

Mit einem Förderabo ab 100 EURO z. B. für ein Jahr fördern Sie die Herausgabe von Pro Zukunft in besonderer Weise. Als kleines Dankeschön erhalten Sie das JBZ-Buch „Die Einübung des anderen Blicks. Gespräche über Kunst und Nachhaltigkeit“.

Bisherige Förderer:

Kulturverein Schloss Goldegg,
Die Grünen Salzburg, Christa Reindner (Systemische Aufstellung)

Die JBZ wird gefördert von

Bundeskansleramt

bm:uk Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur

Land Salzburg
Für unser Land!

KULTUR
STADT : SALZBURG

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber:

Robert-Jungk-Stiftung
Geschäftsführer: Dr. Werner Riemer

Für den Inhalt verantwortlich:

Robert-Jungk-Bibliothek
für Zukunftsfragen
Leitung: Dr. Walter Spielmann

Redaktion:

Dr. Alfred Auer (A. A.)
Mag. Hans Holzinger (H. H.)
Dr. Walter Spielmann (W. Sp.)

Gesamtherstellung/Verlag:

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen

Mitarbeiter dieser Nummer:

Mag. Thomas Haderlapp (T. H.), Mag. Gert Petter
(G. P.), Dr. Heidi Reiter (H. R.), Dr. Werner Riemer,
Mag. Stefan Wally (S. W.)

Robert-Jungk-Platz 1, A-5020 Salzburg

Telefon: +43(0)662 / 873 206

Telefax: +43(0)662 /873 206-14

E-Mail: jungk-bibliothek@salzburg.at

Internet: <http://www.jungk-bibliothek.at>

PRO ZUKUNFT

erscheint 4 Mal pro Jahr.

Preis des Einzelheftes: € 7,-

Abonnement (pro Jahr): € 25,- zzgl. Porto

Versandkosten: € 5,- (Europa)

Ältere Hefte: € 3,- zzgl. Porto

Preise für außereuropäisches Ausland
auf Anfrage.

Bestellungen:

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen

Robert-Jungk-Platz 1, A-5020 Salzburg

Tel. +43(0)662 / 873 206

Zahlungen erbeten an:

Verein der Freunde und Förderer der

Robert-Jungk-Stiftung,

Kto. 238.888.5, BLZ 55000

Salzburger Landeshypothekenbank

Für Überweisungen aus dem Ausland

IBAN: AT41550000002388885

BIC/SWIFT: SLHYAT2S

PRO ZUKUNFT kann im Abonnement

oder als Einzelheft beim Buchhandel

und direkt bei der JBZ bestellt werden.

Zahlungen bitte erst nach Erhalt der Rechnung.

Abbestellungen bitte bis spätestens

8 Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements.

Erfolgt keine Abbestellung, verlängert sich

das Abonnement automatisch.

Offenlegung der grundlegenden Richtung des
periodischen Mediums § 25 Abs 4 MedienG:

Pro ZUKUNFT ist die Zeitschrift der Internationalen
Bibliothek für Zukunftsfragen / Robert-Jungk-
Stiftung. Vier Mal pro Jahr stellt sie Publikationen
aus dem Bereich der Zukunfts- und Trendforschung
vor und informiert interdisziplinär über neue zu-
kunftsrelevante Publikationen (Sachbücher, Graues
Material und Beiträge in Neuen Medien.)

PRO ZUKUNFT wird auf chlorfrei

gebleichtem Offset-Papier gedruckt.

ISSN 1011-0089

Die nächste Ausgabe von *proZukunft* erscheint im September 2010

I N H A L T

EDITORIAL

Walter Spielmann analysiert die Ideen vom „Ende des Eigentums“ der Autoren Michael Hardt und Antonio Negri, die ausgehend von der gegenwärtigen Finanzkrise eine Entwicklung „jenseits des Kapitals“ skizzieren und dabei auf eine „Ökonomie des Gemeinsamen setzen“.

IMPRESSUM

NAVIGATOR

Finanzkrise

Neustart oder weiter wie bisher?

Waren die bisherigen Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise ausreichend oder verlangt die aktuelle Krise eine Systemüberwindung? Der vorliegende PZ-Schwerpunkt von Alfred Auer fasst aktuelle Bücher zur Finanz- und Wirtschaftskrise zusammen und beschäftigt sich eingehend mit Vorschlägen zur „Zukunft des Kapitalismus“.



Finanzkrise II

Letzter Blick auf die Krise



Vier wichtige Vertreter einer marxistischen Ökonomie sind kürzlich verstorben, haben aber bis zuletzt publiziert. Stefan Wally gibt einen Überblick. Zudem rezensiert er Barbara Ehrenreich, die in übertriebenem Optimismus einen Grund

für die Krise sieht.

Gesellschaft

Neues Leitbild Gerechtigkeit?

Die Diskussion über eine „gerechte Gesellschaft“ beschäftigt Walter Spielmann und Stefan Wally. Dabei geht es u. a. um die Frage, ob wir sie überhaupt wollen, auch wenn wir um die Vorzüge von Gerechtigkeit wissen.



1

2

4

4

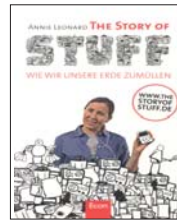
15

17

Konsum

Leben als Konsum

22



Die USA gelten als der Inbegriff des Konsumparadigmas. Doch es gibt auch Gegenbewegungen, wie zwei aktuelle Publikationen zeigen. Hans Holzinger hat sie sowie weitere Neuerscheinungen über eine mögliche postkonsumistische Ära analysiert.

Stadtentwicklung

Urbanität neu planen

30

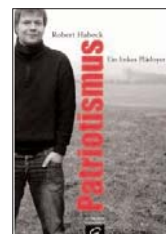
Die Zukunft der Städte hängt wesentlich davon ab, was ihre BewohnerInnen aus ihnen machen. Eine wichtige Rolle dabei spielt die Einbindung der Betroffenen in Entwicklungsvorhaben. Ansätze dazu sowie Projekte der Bürgerbeteiligung werden in diesem Kapitel vorgestellt.



Politik

Politik auf dem Prüfstand

33



Heidi Reiter versucht, den „Linken Patriotismus“ des Grün-Politikers Robert Habeck zu ergründen und Gert Petter analysiert Ansätze eines humanen Liberalismus in Großbritannien.

Filme

35

Thomas Haderlapp hat die Filme „The Yes-Men“ und „The Age of Stupid“ gesehen und ernsthaft gelacht.

Zukunft in Diskussion

Wohlstand ohne Wachstum

35

Anlässlich des Projektes „Wachstum im Wandel.“ war der britische Ökonom Tim Jackson zu Gast in Wien.

MAGAZIN

38

Interessantes aus anderen Zukunftsinstituten, Zeitschriften und zum Thema Nachhaltigkeit hat Werner Riemer recherchiert.

REGISTER

40

Neustart oder weiter wie bisher?

Der Finanzmarkt kommt nicht zur Ruhe

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist eine Systemkrise mit vielen Facetten. Und diese ist lange noch nicht ausgestanden. Eine Vielzahl an AutorInnen haben mittlerweile die Ursachen und Zusammenhänge der Krise analysiert und Krisenlösungen vorgeschlagen. *Alfred Auer* hat im folgenden Schwerpunkt die wichtigsten Argumente aus aktuellen Publikationen destilliert. Dabei wird vor allem die Rolle des Staates und der Politik einer konstruktiven Kritik unterzogen.

„Nicht die Finanzierung kreativer Unternehmungen und zukunfts-trächtige Investitionen sind das vornehmliche Ziel dieses Finanzsystems, sondern durch Spekulation mit Geld möglichst schnell mehr Geld zu machen – ohne dass Häuser, Firmen und andere Werte entstehen.“
(W. Kessler / A. Schneeweiß, in 49, S. 9)

Wirtschaftskrise als Systemkrise

Auch wenn es immer wieder behauptet wird: die gegenwärtige „Weltfinanzkrise“ ist keinesfalls eine globale Krise, sondern betrifft lediglich die großen westlichen Industrienationen und ihre Finanzmetropolen wie Frankfurt, Zürich, New York, London und Tokio. Sie ist auch nicht schicksalhaft über uns hereingebrochen, sondern ist – wie die Klimakrise oder die Ernährungskrise – von Menschen gemacht, und sie ist, trotz erster Zeichen der Erholung, noch lange nicht überstanden. Leider haben die Verantwortlichen in Politik und Hochfinanz die größte Herausforderung aus der Finanzkrise bisher nicht angenommen: „nämlich das Übel an der Wurzel zu packen und das gesamte Finanzsystem auf neue Füße zu stellen“, so *Wolfgang Kessler* im Band „Geld und Gewissen“ (S. 44). Und deshalb ist nach der Krise immer noch vor der Krise.

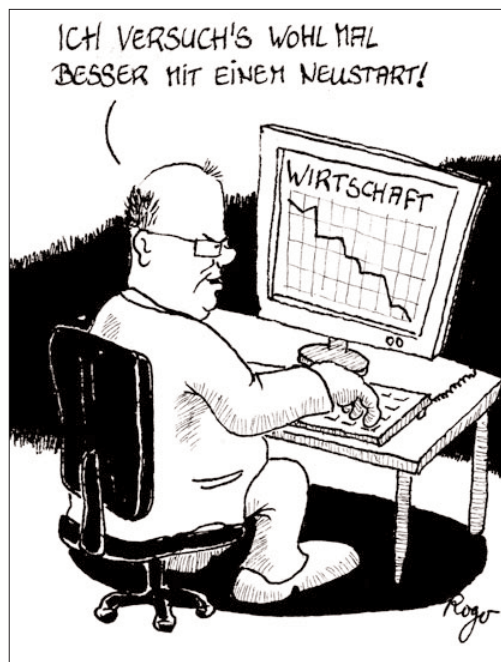
Die Situation ist wohl weit dramatischer, als man uns glauben machen will. Da ist einmal der Euro zu retten oder ein drohender Staatsbankrott eines EU-Landes abzuwenden, dann wiederum die xte-Bank vor der Insolvenz zu bewahren und niemand weiß, was noch alles kommt. Nach der soeben von der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) veröffentlichten EU-Studie sind seit März 2008 weltweit mehr als 20 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, in der EU allein 6,1 Millionen. Angeblich wurden nach einer Studie der Asiati-

schen Entwicklungsbank weltweit Vermögenswerte in der Höhe von umgerechnet knapp 40 Billionen Euro vernichtet. Nach den Maastricht-Kriterien für die Euro-Währungsunion soll die Gesamtverschuldung der einzelnen EU-Länder 60 Prozent des BIP nicht übersteigen. Ende 2009 lag die Verschuldung Italiens bei 114,6, jene Griechenlands bei 112,6 gefolgt von Belgien mit 97,2, Portugal 77,4, Frankreich 76,1 und Deutschland mit 73,1 Prozent. Alle größeren europäischen

Länder haben viel zu hohe Schulden!

Seit geraumer Zeit wird die Lösung der Krise u. a. in einer stärkeren Regulierung der Finanzinstitutionen wie Banken und Versicherungen gesehen – und diese Forderungen stammen nicht etwa nur von Attac oder anderen „üblichen Verdächtigen“, sondern auch vom Internationalen Währungsfonds zur weltweiten Finanzstabilität. Bisher ist in diese Richtung aber wenig bis nichts geschehen. Die Politik hat völlig versagt und bevorzugt es, Beruhigungspillen zu verabreichen und „den Wählern Honig ums Maul

zu schmieren“, wie es *Hans-Olaf Henkel* in seinem neuen Buch „Die Abwracker“ formuliert. Die einzigen Taten der Politik bestehen darin, das Geld mit vollen Händen auszugeben und mit Milliarden von Steuergeldern Rettungsschirme aufzuspannen. Die handelnden Personen selbst glauben aber immer noch, das Heft in der Hand zu halten. Aus dem Munde des deutschen Finanzministers *Wolfgang Schäuble* beim Finanzministertreffen der EU im Mai klingt das so: „Es muss klar sein: Die Politik setzt die Regeln und



Roger Schmidt, 9.2.2009 auf www.karikatur-cartoon.de/

nicht die Märkte.“ (ORF ZiB 24 v. 17.5.2010) Völlig überraschend einigten sich die EU-Finanzminister Mitte Mai auf strengere Regeln für Hedgefonds und wieder einmal wird laut über eine Finanztransaktionssteuer nachgedacht. Deutschland ging gar so weit, so genannte Leerverkäufe (kurzfristig) zu verbieten.

In der einschlägigen Literatur fehlt es bisher nicht an kompetenten, geistreichen, konstruktiven Analysen, Bewertungen, Ratschlägen und Informationen darüber, wie der Finanzmarkt funktioniert und wie unser Wirtschaftssystem auf die Beine zu stellen wäre. Zu allererst gilt es aber ein System zu verstehen, das „frei von Verantwortung für die natürliche und soziale Mitwelt“ (Scherhorn, 2009) nur der Vermehrung von Kapital ohne Rücksicht auf Verluste dient.

Reflexionen zur Finanzkrise

Die gegenwärtige Krise hat nicht nur Nachdenklichkeit provoziert, sondern kurzfristig auch zur Diskussion angeregt. „Da es nicht nur eine Ökonomie des Geldes, sondern auch eine der Gedanken gibt“, so der Mitherausgeber der FAZ, *Frank Schirrmacher*, „begann auf breiter Ebene eine Reflexion, die sich nicht mehr von der Binnenlogik angeblich unabweisbarer Funktionsgesetze einschüchtern lassen musste.“ (S. 9) Eine solche Diskussion zwischen dem Feuilleton der FAZ und dem Blogger *Thomas Strobl* (www.weissgarnix.de) hat nicht nur zu einer FAZ-Serie zum Thema, sondern zum Band „*Die Zukunft des Kapitalismus*“ geführt. Dieser versammelt Texte von Wolfgang Schäuble, Ingo Schulze, Dirk Baecker, Paul Kirchhof, Peter Sloterdijk, Martin Walser und anderen. Die insgesamt 27 Beiträge zeichnen sich vor allem durch die Heterogenität der Beschreibung von Ursachen und „Gesundungskonzepten“ aus. Mitherausgeber *Thomas Strobl* hält in seinem Eingangsstatement zunächst einmal fest, dass die Ursachen der Krise weder bei verbrecherischen Bankern noch bei obskuren Finanzprodukten oder ahnungslosen Aufsichtsorganen, sondern im Wesen der Marktwirtschaft selbst lägen. Für bedrohlich hält er es allerdings schon, dass die Krisen seit Mitte der achtziger Jahre in noch nie dagewesener Häufung und Schwere auftreten und „dabei jedes Mal eine gigantische Vermögensvernichtung nach sich ziehen“. (Strobl, S. 13) Dieser Ansicht widerspricht *M. A. Gotthelf* vehement ebenso wie dem Vorschlag zur „Abkehr von der einseitigen Fokussierung auf die Exportwirtschaft“ in Deutschland. Eine Sichtweise, die *Wolfgang Kessler* im bereits zitierten Band der Publik-Forum Edition „*Geld und Gewissen*“ über ethische Geld-

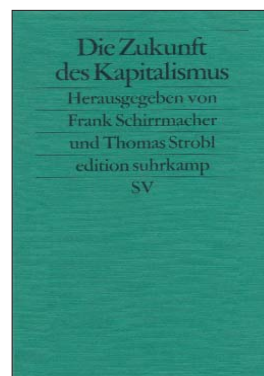
anlagen und mögliche Wege zu einer gerechteren Finanzwelt teilt. Es gelte, so Kessler, soziale Gerechtigkeit zu organisieren und den eigenen Markt zu stärken sowie „in die sozialen Dienste, in die Umwelt und in den eigenen Bedarf stärker zu investieren, statt immer nur auf die Exportweltmeisterschaft zu starren.“ (S. 63).

„Kritik des Kapitalismus“

Keineswegs neu oder gar originell, nichts desto weniger aber bedenkenswert, formuliert *Meinhard Miegel* im selben Band, dass wir mit der bisherigen Art des Wirtschaftens über unsere Verhältnisse gelebt hätten. „Wir sollten uns als Gesellschaft, vielleicht sogar als Menschheit eingestehen: Wir haben uns übernommen.“ (Miegel, S. 52) Nach *Peter Sloterdijk* leben wir aber gar nicht im Kapitalismus, „sondern in einer Ordnung der Dinge, die man cum grano salis als einen massenmedial animierten, steuerstaatlich zugreifenden Semi-Sozialismus auf eigentumswirtschaftlicher Grundlage definieren muss“ (S. 67). Die größte Gefahr für die Zukunft dieses Systems geht für ihn von der Staats-Schuldenpolitik aus, denn „die nehmende Hand greift nun sogar ins Leben der kommenden Generationen voraus – die Respektlosigkeit erfasst auch die natürlichen Lebensgrundlagen und die Folge der Generationen“ (S. 69).

Die dem Kapitalismus eigenen strukturellen Deformationen und zyklischen Krisen sind auch Thema in dem von *Christian Stenner* herausgegebenen Band „*Kritik des Kapitalismus*“. Darin werden die zwischen 2008 und 2010 entstandenen Gespräche mit ExpertInnen über mögliche Ansätze und Hintergründe der aktuellen Finanzkrise publiziert. Stenner begründet, warum der Crash am Finanzmarkt nur der Auslöser der aktuellen Krise war, „mit Sicherheit aber nicht ihr Grund, wie Mainstream-Ökonomen uns glauben machen wollen“. (vgl. S. 13) Der seit den 1980er Jahren produzierte gesellschaftliche Reichtum wird tendenziell anders verteilt als in den Jahren zuvor, so der Autor. Entscheidend sei der sinkende Lohnanteil am Volkseinkommen. Für Europa wurde ein Rückgang um 8,2 Prozentpunkten zwischen 1982 und 2005 errechnet (von 66,3 auf 58,1 Prozent). „Weil die Lohnquote auf der einen und die Quote der Einkommen aus Gewinn und Besitz auf der anderen Seite zusammen immer 100 Prozent des Volkseinkommens ergeben, folgt aus dem sinkenden Lohnanteil, dass der Anteil der Kapitaleinkünfte im gleichen Ausmaß gestiegen ist.“ (Kritik des Kapitalismus, S. 9)

Die damit verbundene Umverteilung von den ArbeiterInnen zum Kapital wird von einigen Auto-



„**Deregulierung und Globalisierung der Finanzmärkte ermöglichen Profite, die in der Realwirtschaft nicht erzielbar sind; entsprechend sanken die Investitionen in die Unternehmen.**“ (Chr. Stenner in **51**, S. 12)



TIPP DAS EUROPA DER LETZTEN CHANCE

Noch vor den entscheidenden Tagen für die Griechenlandhilfe hat *Joseph E. Stiglitz* in der Österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ darauf hingewiesen, dass eine Reihe halbherziger Angebote und vager Versprechen, die den Markt beruhigen sollten, gescheitert sind. Ein Lösungsvorschlag für Länder, deren Defizite infolge der globalen Rezession in die Höhe geschossen sind, „das Äquivalent einer Währungsabwertung durch eine einheitliche Verringerung der Löhne herbeizuführen“, ist seiner Ansicht nach nicht zielführend. Ein weiterer Lösungsvorschlag, nämlich der Austritt Deutschland aus der Eurozone oder die Teilung der Eurozone in zwei Unterregionen würde auch nicht funktionieren. Stiglitz schlägt eine dritte Variante vor: „Die Umsetzung der institutionellen Reformen, die bei der Einführung des Euro hätten durchgeführt werden sollen, einschließlich des notwendigen fiskalpolitischen Rahmens“. Es wäre nicht zu spät, solche Reformen durchzusetzen. Wenn Europa dazu nicht in der Lage ist, so der Ökonom, ist es vielleicht besser, das Scheitern zuzugeben und anders weiterzumachen. (aus: *Der Standard* v. 7. 5. 2010)

rInnen dieses Bandes als eine der destabilisierenden Elemente der kapitalistischen Wirtschaftsweise beschrieben. Die Gespräche fokussieren deshalb auf die Notwendigkeit einer Re-Regulierung mit entsprechenden Steuern und Spekulationsverboten. *Jürgen Bischoff* meint sogar, dass die besten Phasen des Kapitalismus jene gewesen seien, in denen er streng reguliert war. *Winfried Wolf* verweist unter anderem auf die periodischen Krisen, die den Kapitalismus begleiten, sowie auf die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und kommt zum Schluss, dass das kapitalistische System selbst die Systemfrage auf die Tagesordnung setzt.

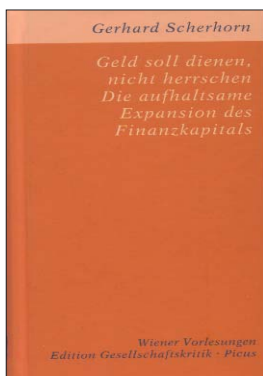
Im Band „*Kurswechsel für Deutschland*“ sind sich die AutorInnen einig, dass „die Finanz- und Wirtschaftskrise in ihrem Kern eine Kulturkrise des westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells“ sei, also die „Kultur der entfesselten Konkurrenz und der daraus folgenden Verantwortungslosigkeit“ (Gesine Schwan, S. 8).

Mängel des Wirtschaftssystems

Der Konsumökonom *Gerhard Scherhorn* (s. auch PZ 10/1) hat auf knapp 100 Seiten in „*Geld soll dienen, nicht herrschen*“ die Mängel des globalen Wirtschaftssystems eindrucksvoll und plausibel beschrieben. Er beklagt in seiner 2008 gehaltenen „Wiener Vorlesung“ die unvollständige Sozialbindung des Eigentums, das zeitgemäße Primat des Kapitals und die katastrophenträchtige Unverantwortlichkeit des Finanzkapitals. Aus vielen Gründen hätten sich die Märkte zusehends zu Instrumenten der Einkommensungleichheit entwickelt. Scherhorn begründet das damit, dass zum

einen größere Kapitalströme den von ihnen profitierenden Personen höhere Einkünfte bescheren, zudem bevorzugten die Medien jene, die es an die Spitze geschafft haben. Nachhaltigkeit wird in diesem System nur angedacht, wenn es mit Wirtschaftswachstum vereinbar ist. Aber das System stößt, so Scherhorns Überzeugung, heute an seine Grenzen. Das „Vorantreiben der Kapitalexpansion durch Externalisierung von Kosten auf Umwelt und Gesellschaft, Marginalisierung der Arbeit und Monopolisierung von Gemeingüterträgen lässt sich nicht mehr lange fortsetzen“, so der Ökonom (S. 63f.). Voraussetzung für diese Kapitalexpansion war und ist für Scherhorn der weitgehende Verzicht des Staates auf Kapitalbesteuerung. Genau diese Strategie habe aber die Finanzkraft der Staaten verringert und zu steigender Verschuldung gezwungen. Diese mangelnde Sozialbindung auf Kosten der natürlichen und sozialen Mitwelt verhindert nach Auffassung des Autors eine längst überfällige nachhaltige Entwicklung (vgl. S. 28). Zur Veranschaulichung führt Scherhorn Zahlen an: Von 1983 bis 2001 hat sich der Tagesumsatz auf den internationalen Finanzmärkten von 2,3 auf 130 Mrd. US-Dollar, also um mehr als das Fünffzigfache erhöht (vgl. S. 41). Von diesen 130 Mrd. wurden weniger als 3 Mrd. US-Dollar gebraucht, um den internationalen Handel und die weltweiten Investitionen in den produktiven Sektoren abzuwickeln, alles andere waren reine Finanztransaktionen, Spekulationen mit Devisen und Derivaten, also Wetten auf die Zukunft. Letztlich hat die Politik laut Scherhorn in den letzten Jahren die Bedingungen dafür geschaffen, „dass überhöhte Kapitalrenditen auf Kosten der anderen Produktivkräfte zustande kommen konnten, auf Kosten von Arbeit, Natur, Gesellschaft, und damit auf Kosten der nachhaltigen Entwicklung“. Die Finanzkrise beweise „dass der Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Form nicht zukunftsfähig ist“ (S. 20), gleichzeitig sei aber der Glaube an die Selbstregulierung der Märkte derart tief in Interessen verwurzelt, dass zu befürchten sei, dass es beim Kurieren von Symptomen bleibt.

In Anbetracht der Griechenlandkrise, die sich zu einer Krise der europäischen Gemeinschaftswährung auswuchs, zeigt sich dies bisher in aller Deutlichkeit. Es rächt sich, so *Helmut Schmidt* in einem Beitrag auf ZEITonline (Wer führt Europa, 12.5.2010), dass seit der weltweiten Finanzkrise der Jahre 2007/08 eine straffere Regulierung der Finanzmärkte verschleppt worden ist – was jetzt angeblich nachgeholt werden soll. Es ist nicht einmal bei Strafe verboten worden, auf Termin Wert-



papiere und Finanzinstrumente zu verkaufen, die der Verkäufer zur Zeit des Geschäftes nicht einmal besitzt. Vor allem aber räche sich die Führungslosigkeit der Europäischen Union.

Moralische Defizite

Nobelpreisträger *Joseph Stiglitz* ist ebenfalls der Ansicht, dass es da und dort geringfügige Verbesserungen geben wird, die systemrelevanten Megabanken aber weitgehend so weitermachen könnten wie bisher. „Geschäfte mit außerbörslichen Finanzderivaten, die den Steuerzahler so teuer zu stehen gekommen sind“, würden nicht in nennenswertem Umfang eingeschränkt werden, „und Manager in der Finanzbranche werden weiterhin unverhältnismäßig hohe Bonuszahlungen kassieren“ (S. 369). Stiglitz fasst in seinem neuen Buch „*Im freien Fall*“ die Fehltritte, Folgen und Lehren aus der Krise zusammen und appelliert an die Mächtigen der Welt, eine verantwortungsvollere Wirtschafts- und Finanzpolitik einzuleiten. Er kritisiert die enthemmte Globalisierung ebenso wie die ausufernde Deregulierung und beschreibt, wie es zur Krise kam: Die Immobilienblase, aufgebläht mit zweitklassigen Hypothekendarlehen, die überhitzten Finanzmärkte, getrieben von der Gier der Spekulanten, all das eingebettet in eine toxische Kreditkultur, die seit Jahrzehnten die Menschen dazu verführte, über ihre Verhältnisse zu leben. Vor allem aber zeigt Stiglitz, wie inzwischen viele andere auch, dass wir aus dem bisherigen Überleben des Systems die falschen Lehren gezogen haben, „nämlich, dass es aus eigener Kraft funktioniere“. Seine tiefe Sorge, Amerikas Führung würde nicht die richtigen Schritte einleiten und die notwendigen Konsequenzen ziehen, ist durchaus berechtigt. Eindringlich weist der Ökonom auf das „moralische Defizit“ der Finanzbranche hin, die von Eitelkeit, Raffgier, Habsucht und Verantwortungslosigkeit getrieben sei. Die globale Finanzkrise als hochkomplexes Phänomen lässt sich aber wohl nicht mit Begriffen aus dem klassischen Lasterkatalog erklären, wie *Hans-Olaf Henkel* in „*Die Abwracker*“ anmerkt. Er vertritt die These, dass die Weltwirtschaftskrise „nicht durch dieses oder jenes Laster ausgelöst wurde, sondern durch das Gegenteil: durch den unbedingten Willen zur Tugend“ (S. 13). Seiner Ansicht nach ist die Krise nicht aus Gier, sondern aus „Gutmenschentum“ entstanden. Insgesamt ist seine Analyse sehr einseitig, denn in altbekannter Diktion wettet er gegen die „neo-sozialistische Ideologie“. Der ehemalige Präsident des BDI wünscht sich eine Beendigung des über-

triebenen Kündigungsschutzes, ein Ende der Gleichmacherei durch Tarifverträge, eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie die Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung. „Für die medizinische Grundversorgung und Absicherung der Hauptrisiken entrichtet jeder den gleichen Grundbetrag“, so seine Wunschvorstellung. (S. 236) Nach Henkels Einschätzung sei es auch unredlich, dem Staat mehr Verantwortung zu übertragen. Zumindest für Deutschland gilt für ihn das Gegenteil. Denn Politiker in den Kontrollgremien staatlich kontrollierter Banken (die mehr als 70 Prozent der kritischen Papiere besitzen haben bzw. noch besitzen) „hätten es verbockt und sich diese Papiere andrehen lassen“. Aber noch einmal zurück zu den moralischen Defiziten der Branche.

Der Ex-Topmanager *Peter H. Grassmann* spricht in seinem Buch „*BurnOut*“ von der Notwendigkeit einer generell verbesserten Werteorientierung als Gebot der Stunde. „Und dabei kann die Einbeziehung der Mitbestimmung der Zivilgesellschaft und der Aufbau strenger Branchenkodizes für alle beteiligten Wirtschaftszweige durchaus eine Antwort sein zur Sicherung der Werteorientierung und Begrenzung der ständig wiederkehrenden Exzesse“ (S. 129). Die von ihm vorgeschlagene verschärfte Pflicht zum Wertekodex lässt sich aber nur in einem komplexen Zusammenspiel vieler Akteure auf globaler Ebene verwirklichen und davon sind wir noch weit entfernt.

Mythen der Krise

Der Verlauf der Krise habe gezeigt, so die AutorInnen des von Attac und BEIGEWUM herausgegebenen Bandes über die „*Mythen der Krise*“, dass jede Gelegenheit genutzt wurde (und wird), „keine Konsequenzen aus den Geschehnissen zu ziehen, die eine nachhaltige Veränderung bedeuten würden“ (S. 9). Das von einem AutorInnenkollektiv kritischer ÖkonomInnen und SozialwissenschaftlerInnen geschriebene Buch will zu „einer breiteren wirtschaftlichen Bildung“ beitragen und v. a. Nicht-ÖkonomInnen ein fundiertes Hintergrundwissen und Argumente für alltägliche Krisendiskussionen bereitstellen. Dazu werden 18 kursierende „Mythen“ kritisch bewertet. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass der Finanzsektor als kein geschlossenes System, sondern vielmehr als Teil des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu sehen sei. Die alleinige Neuregulierung des Finanzsektors würde demnach keineswegs zu einem „krisenfesten“ und ausgeglichenen System



INFO

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- 39** Esposito, Elena: **Die Zukunft der Futures.** Die Zeit des Geldes in Finanzwelt und Gesellschaft. Heidelberg: Carl-Auer-Verl., 2010. 296 S., € 44,- [D], 45,30 [A], sFr 74,80; ISBN 978-389670-725-3
- 40** Hochreiter, Gregor: **Krankes Geld, kranke Welt.** Analyse und Therapie der globalen Depression. Gräfelting: Resch, 2010. 264 S., € 19,90 [D], 20,50 [A], sFr 33,80; ISBN 978-3-935197-94-6
- 41** Zschaber, Markus C.: **Der Aufschwung kommt.** Warum es mit der Wirtschaft jetzt aufwärts geht und wie Sie davon profitieren können. FrankfurtM.: Campus-Verl., 2010. 205 S., € 19,90 [D], 20,50 [A], sFr 33,80
ISBN 978-3-593-39115-1
- 42** Wittmann, Walter: **Staatsbankrott: Warum Länder Pleite gehen - Wie es dazu kommt - Weshalb uns das was angeht.** Zürich: Orell Fuessli, 192 S., € 24,90 [D], 25,70 [A], sFr 42,30; ISBN-13: 978-3280053744
- 43** Wiczorek, Thomas: **Die verblödete Republik.** Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen. München: Knaur, 2009. 336 S., € 8,95 [D], 9,20 [A], sFr 15,90; ISBN 978-3-426-780985
- 44** Wiczorek, Thomas: **Die Dilettanten.** Wie unfähig unsere Politiker wirklich sind. München: Knaur, 2009. 320 S., € 8,95 [D], 9,20 [A], sFr 15,90
ISBN 978-3-426-782668

führen.

Die kritischen ökonomischen Theorien, durch die gegenwärtige Krise ins Recht gesetzt, müssten sich nach Einschätzung der AutorInnen durchsetzen und zu mehr oder weniger fundamentalen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Umgestaltungen führen.

Dem aber wirken bekanntermaßen dominante gesellschaftliche Kräfte entgegen. Es wird, so die AutorInnen, mit Mythen wie „Die AmerikanerInnen haben über ihre Verhältnisse gelebt“ oder „Die Einkommensverteilung war nicht das Problem“ Ursachenverleugnung betrieben. Dabei gehe es darum, eine Abkehr von der dominierenden wirtschaftspolitischen Doktrin zu verhindern. Mit Warnungen wie „Jetzt droht die Hyperinflation“ werde mit Höchstgeschwindigkeit in Sackgassen gesteuert. Doch auch antineoliberale Ansätze wie die Zinskritik erweisen sich nach Ansicht der AutorInnen als wenig hilfreiche Alternativen. Wir befänden uns heute in einer Situation, in der die konventionell orientierte Wirtschaftspolitik versucht, durch Anpassungen und technische Korrekturen, aber ohne grundsätzliche Systemänderungen, das Auslangen zu finden. Marktradikale Strömungen hingegen sähen die Verantwortung für die Krise beim Staat, bei einigen schwarzen Schafen und beteuern, dass gerade jetzt Flexibilität auf den Arbeitsmärkten, die Senkung der Sozialausgaben (s. Hans-Olaf Henkel) zur Stabilisierung der Staatsfinanzen das Gebot der Stunde seien.

Durchgängig wird hier argumentiert, dass we-

sentliche Krisenursachen in der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung und den zu geringen staatlichen Aktivitäten in der Lösung der sozialen Frage zu finden seien. Allein die Berücksichtigung dieser Aspekte würde ein nachhaltiges System ermöglichen.

Paradigmenwechsel ja – aber?

In öffentlichen Diskussionen gab es eine Zeit lang Bekenntnisse zu einem im letzten Abschnitt angesprochenen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Einigen KommentatorInnen schien der finanzdominierte Kapitalismus, ja der Kapitalismus grundsätzlich in Frage gestellt oder es wurde, wie von Frankreichs Präsident Sarkozy, über eine „Neugründung des Kapitalismus“ nachgedacht. Die G20, das wirtschaftspolitische Koordinationsgremium der 20 größten Volkswirtschaften der Welt, verabschiedete im April 2009 in London einen Plan zur internationalen Re-Regulierung der Finanzmärkte, eine schwarze Liste von Steueroasen und ein „Aus für das Bankgeheimnis“. Überdies wurden 1,1 Billionen Dollar zur Bewältigung der internationalen Krise beschlossen. Zwar sind diese Pläne im Detail weitreichend, allerdings, so argumentiert Attac, „zielen sie keineswegs auf eine grundlegende Veränderung ab. Sie könnten eher als Versuch gekennzeichnet werden, den Neoliberalismus stabiler zu machen“. Zudem sei bisher selbst von diesen Maßnahmen noch kaum etwas umgesetzt worden, und es bestehe die Gefahr, „dass mit einer Entspannung auf den Finanzmärkten die Reformen im Sand verlaufen“ (S. 8). Die ExpertInnen des „Aufklärungsbuches“ stimmen darin überein, dass die gegenwärtige Krise des Kapitalismus einen Paradigmenwechsel braucht.

So sieht das auch *Elmar Altvater* in seinem Beitrag zum Band „Weltwirtschaftskrise – eine Systemkrise?“. Er spricht davon, dass wir uns in einer Finanz-, einer Energie-, einer Klima- und einer Ernährungskrise befinden. Diese Krisen der stofflich-energetischen Reproduktion sind seiner Ansicht nach mit einer Steigerung des realen Wachstums nicht zu überwinden. Es sei vielmehr (mit Marx gesprochen) ein die gesellschaftliche Totalität berücksichtigender Politikansatz gefragt, mit dem sowohl die finanziellen Forderungen reduziert und an die Leistungsfähigkeit der realen Wirtschaft angepasst als auch die ökologischen und sozialen Restriktionen der realen Wirtschaft (Produktion, Konsumtion, Zirkulation) berücksichtigt werden. Der Staat komme, so Altvater, jetzt nur deshalb ins Spiel, weil er Einnahmequellen anzapfen könne, nämlich die Einkommen



der BürgerInnen in Form von Steuern. „Nun garantiert der Steuerstaat mit hoheitlicher Gewalt monetäre Flüsse an den Bankensektor.“ (S. 36) In dem Wachstum und Akkumulation angekurbelt werden, glaubt Altvater, würde der ideelle Gesamtbankier Staat wieder ideeller Gesamtkapitalist auf der Grundlage eines neuen, grünen Keynesianismus werden. Die Lösung könne sich allerdings nicht nur auf den Finanzsektor beschränken; zugleich müsse die reale Wirtschaft „reorganisiert, restrukturiert, auch redimensioniert“ werden (S. 37).

Eine Verlangsamung des Wachstumsprozesses hält im selben Band *Jörg Althammer* für eine ökonomische Notwendigkeit. Die gegenwärtige Krise ist für ihn das Ergebnis falsch gesetzter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen (S. 52). Der Professor für Wirtschafts- und Unternehmensethik wünscht sich eine Rückbesinnung auf die ordnungspolitischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, „insbesondere auf den Grundsatz der privaten Haftung“ (S. 52), um ökonomische Verwerfungen dieser Größenordnung in Zukunft zu verhindern.

Auswirkungen auf die Realwirtschaft sowie Probleme und Perspektiven einer verschärften Bankkontrolle untersuchen *Stephan Paul* und *Wim Kösters*. Die Rolle der EU in der Krisenreaktion analysiert *Hubert Zimmermann*. Er betont, dass sich die EU von Beginn an für eine umfassende Reform der globalen Finanzmarktregulierung stark gemacht habe (vgl. S. 101). Unausweichlich ist aber für ihn auch die Sicherung eines breiten Spielraums für nationale Antworten. Nicht zuletzt gehe es um die aktuellen kostspieligen Hilfsmaßnahmen und die damit womöglich verbundenen Grenzen der Solidarität innerhalb der EU.

Die Rolle des Staates

In zahlreichen Beiträgen wird wiederholt darauf hingewiesen, dass Maßnahmen gegen die Krise nur in globalem bzw. europäischem Maßstab sinnvoll sind. Die Politik missbraucht diese gutgemeinten Ansätze nicht ungern als Vorwand, nichts machen zu können. An dieser Stelle sei an die sich bereits seit dem Zweiten Weltkrieg herausbildenden internationalen Finanzstrukturen erinnert. Anhand der World Economic Governance (WEG) zeigt *Uwe Andersen* im Band „Weltwirtschaftskrise“ u. a. die Entwicklung des IWF und der Weltbank auf, und beschreibt die Rolle des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO (ECOSOC), einem Koordinationsorgan für alle wirtschaftlichen und sozialen Belange und Institutionen, aber auch der Bank für Internationalen Zah-

lungsausgleich (BIZ), die schon 1930 im Zusammenhang mit der Abwicklung der deutschen Reparationen gegründet wurde. Der Autor sieht die Etablierung der G 20, deren Mitglieder etwa 90 Prozent des Bruttonationalproduktes (BNP) der Welt und etwa 80 Prozent des Welthandels sowie zwei Drittel der Weltbevölkerung repräsentieren, als wichtigen Schritt in Richtung WEG. Neben den formellen internationalen Regierungsorganisationen und dem internationalen staatlichen Club der G 20 spielten aber auch internationale NGOs wie ATTAC und Greenpeace eine wichtige Rolle. Fest steht für Anderson, dass der IWF sich als einer der Hauptgewinner der Krise, die UNO sich dagegen als Krisenverlierer erweisen werden. Allerdings deuten Forderungen von Spitzenpolitikern (Merkel, Juncker) nach einem Weltwirtschaftsrat analog dem Weltsicherheitsrat der UN darauf hin, dass hier noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Der Autor befürchtet allerdings bei nachlassendem aktuellem Krisendruck und parallel erstarktem Widerstand nationaler Interessengruppen, dass sich das Zeitfenster für weiterreichende Reformen schließen werde. Immerhin hat, so seine Einschätzung, die Weltwirtschaftskrise „eine neue, verschärfte Diskussion über die Rolle des Staates in der Wirtschaft ausgelöst“ (S. 134). Elmar Altvater hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass „die Globalisierung zwar



TOOL ANGRIFF AUF DEN EUROPÄISCHEN SOZIALSTAAT

Sepp Wall-Strasser von Attac beklagt im Falle Griechenlands das Sündenbockphänomen. Dieses habe die Funktion, nichts am System ändern zu müssen, sondern die bedrohte Ordnung wieder herzustellen. Als Hauptgrund für die Misere ortet er nicht die hohe Verschuldung, „sondern die Spekulation auf Staatsbankrott und die ideologische Borniertheit der Politik und der EZB“. Und er nennt noch weitere Gründe wie die Steuerungerechtigkeit. „Griechenland ist eines der Schlusslichter beim Aufkommen von Einkommens- und Gewinnsteuer“. Eine der Lösungen ist seiner Ansicht nach in einer funktionierenden Währungsunion mit einer gemeinsamen Steuer-, Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Lohnpolitik und der Besteuerung von Vermögen, Kapitalerträgen und Finanztransaktionen zu finden. Und er hält fest, dass Sparen nicht aus der Überschuldung, sondern in die Rezession führt. Eine Sanierung der Haushalte gelänge nur über die Festlegung von Zinssätzen und massiven Investitionen in Zukunftsbereiche wie Ökologie, Bildung und Soziales.

Man will uns aber immer noch Glauben machen, so Wall-Strasser, dass die „wahren“ Krisenverursacher nicht die Investmentbanker mit Milliardenboni, nicht die Aktionäre der systemrelevanten Banken, nicht die Spekulanten, die die Staatsbudgets aussaugen sind, sondern jene, die fünf Wochen Urlaub im Jahr genießen wollen, jene die sich an einer bescheidenen Pension erfreuen und einen 13. und gar 14. Monatsgehalt bekommen.

45 Wall-Strasser, Sepp: *Man schlägt die Griechen und meint den Sozialstaat*. In: *Der Standard* vom 13.5.2010



„Wir können nicht auf Dauer davon leben, dass andere Länder sich für unsere Produkte verschulden und zudem unter ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten bleiben.“
(B. Huber in 52, S. 53)



die Reichweite der Marktregulation ausgedehnt, aber keine globale Staatlichkeit hervorgebracht“ hat (S. 35). Das Problem bestehe in der „Diskrepanz zwischen weitestgehender globaler privatwirtschaftlicher Integration gerade im Finanzsektor und der eng begrenzten Integration bei der Rahmensetzung durch die politischen, überwiegend nationalen Akteure“ (S. 10).

Eine neue Balance zwischen Staat und Markt wünscht sich neben E. U. v. Weizsäcker im „Jahrbuch Ökologie 2010“ (siehe PZ 1/10, Nr. 1) auch Heide Simonis in ihrem neuen Buch „Verzockt“. Simonis bemüht Schlagworte wie „Global Governance“, „Green New Deal“, „Wiederbelebung der Demokratie und sozialer Gerechtigkeit“ sowie die „Stärkung der Autorität internationaler Organisationen“ zur Lösung der Finanzkrise. „Auch die Frage der Finanzierung globaler Gemeinschaftsgüter und das Erheben globaler Steuern oder Abgaben auf die Nutzung dieser Güter müssten nun auf den Tisch“ (S. 150). Die langjährige Finanzministerin und spätere Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein fasst in ihrem Buch das Versagen des Marktes und die Reaktionen von Politik und Staat pointiert zusammen, ohne jedoch grundsätzlich neue Argumente vorzubringen.

Sogar unter dem von Simonis geforderten „Green New Deal“ vereinigen sich, wie die Autoren von Attac (s. o.) anmerken, höchst unterschiedliche und auch widersprüchliche Projekte, und deshalb sei genau zu analysieren, „ob es sich um Strategien der Erschließung neuer ‚grüner‘ kapitalistischer Akkumulationsfelder unter dem Wachstumsimperativ handelt oder ob damit perspektivisch auch Schritte in die Richtung einer zukunfts-fähigen, gerechteren und solidarökonomischen Transformation eröffnet werden können“ (Mythen der Krise, S. 123f.).

Wolfgang Clement und Friedrich Merz – kaum aus dem Amt, haben sie erkannt, was Deutschland fehlt – fordern in ihrem Beitrag „Was jetzt zu tun ist“, Mut zur Korrektur, Offenheit für das Neue und die Courage, keine falschen Versprechen mehr zu machen. Die beiden ehemaligen Spitzenpolitiker analysieren die Lage der Parteien, den Staatskapitalismus und den Sozialstaat und kommen im Einvernehmen mit Helmut Schmidt zu dem Schluss, dass Deutschland – und noch mehr Europa – Führung braucht. In ihrer „Agenda 2020“ für Deutschland geht es auch um eine Länderneugliederung (aus 16 mach acht), den Verzicht auf Steuersenkungsversprechen, um steuerliche Entlastung nur für Familien und für die unteren und mittleren Einkommen sowie um eine Bildungspolitik, die dafür sorgt, dass nicht weiterhin

bis zu zehn Prozent der SchülerInnen ohne jeden Schulabschluss ins Berufsleben entlassen werden. Der Föderalismus hat für beide gar zur Entscheidungsunfähigkeit (v. a. auf europäischer Ebene) geführt. Zudem geht es den Ex-Politikern um zwei Dinge: erstens müssten wir die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten lösen; und zweitens den Ausgleich von oben nach unten durch das Steuersystem realisieren (vgl. Spiegel online v. 26.4.2010). Schließlich wollen Clement und Merz mit „Zehn guten Gründen, warum es lohnt, für Deutschland zu streiten“ darauf hinwirken, „Eigenverantwortung und Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Wettbewerb, Subsidiarität und soziale Verantwortung auch künftig zu den prägenden Kräften unserer Regeln und unseres Handelns zu machen“ (S. 198f.). Wenn es um die Frage geht, wo das Geld für neue Aktivitäten des Staates herkommen soll, bleiben die Ausführungen indes vage. Beide warnen vor den Versprechen steuerlicher Entlastung, wünschen sich jedoch auch eine kaum realisierbare große Steuerreform, zumindest aber die Reform der Kommunal Finanzen. (vgl. S. 105ff.)

Was zu tun wäre, sagt hingegen Attac im bereits zitierten Band ziemlich deutlich. Deren Vorschläge zur Finanzierung der Krise beziehen sich auf „Vermögens- und vermögensbezogene Steuern, die doppelt sinnvoll wären, weil sie die Krisenursachen bekämpfen und gleichzeitig einen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen leisten“ (S. 107). Nachvollziehbar und plausibel werden hier die Vorschläge für eine Umverteilung der Einkommen- und Vermögen, alternative Konjunkturpakete sowie eine sozial gerechte Budgetkonsolidierung dargestellt.

„Mehrgeldsteuer“ als Lösung

Die zentrale Bedeutung der Steuerthematik ist auch Dreh- und Angelpunkt des Lösungsvorschlags bei Dirk Solte in „Weltfinanzsystem in Balance“. Der Stellvertretende Leiter des „Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung“ (FAW/n) in Ulm und Privatdozent für Betriebswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen konzipierte ein Finanz- und Steuersystem (s. auch PZ 1/2010, Nr. 9), „das auf die globale Herausforderungen den Teil der Antwort liefert, der über das Geld- und fiskalische System geleistet werden kann“ (S. 14). Solte denkt dabei an zusätzliche Abgabe- und Steuerungselemente, um die Geldmengenausweitung effektiv und effizient zu steuern. Wichtig ist für ihn, dass Finanzvermögen gegenüber Realvermögen nicht benachteiligt wird. Er spricht von der „Mehrgeld-

steuer“ als einer Art Mehrwertsteuer auf jede Art von Finanzprodukt. Der von ihm vorgeschlagene „7-Punkte-Plan für eine andere Finanz- und Wirtschaftspolitik“ sieht Umwelt-, Sozial- und Marktstandards vor und verbietet Öko- und Sozialdumping zur Profitmaximierung in einem globalen Vertrag. Ziel sei es, eine möglichst ressourcenverträgliche Wertschöpfung auf alle Menschen zu verteilen. Die dafür entwickelte Equity-Theorie besagt, dass sozialer Ausgleich auf Transferzahlungen oder durch eine „Mehrgeldsteuer“ ermöglicht wird (S. 50). Darüber hinaus tritt Solte für ein bedingungsloses Grundeinkommen auf Basis der weltweit verfügbaren „Common goods“, den Allmenden, ein. Dieser Ansatz basiert auf folgenden Überlegungen: Stellvertretend für einen Währungsraum veräußert die währungsspezifische Zentralbank die jährlichen Nutzungsrechte an den IWF, der diese Rechte und damit die Eigentümerschaft mit Sonderziehungsrechten (zweckbestimmten Wertpapieren, Währung für Handel mit „Common goods“) bezahlt. Wer als Unternehmen beispielsweise „Common goods“ nutzen will, muss die handelbaren Sonderziehungsrechte mit seiner nationalen Währung kaufen. Die Höhe der Grundpartizipation leitet sich aus dem nominalen Wert eines Nutzungsrechts ab. Der Zugriff auf die Gemeingüter („commons“) sollte in einer gerechten Welt allen Erdbewohnern in gleichem Ausmaß möglich sein.

Schließlich könnte, so der Autor, die Konsumbesteuerung die Herstellung weniger ressourcenintensiver Produkte fördern. Zudem sollte eine auf den Erbfall beschränkte Besteuerung von Vermögen eine „faire“ Verteilung auf lange Sicht ermöglichen und über die in Zukunft erwirtschafteten Erträge beglichen werden (vgl. S. 112).

Lösung Soziale Marktwirtschaft

Um die soeben angesprochene „faire Verteilung“ zu ermöglichen, also einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz zu realisieren, schlägt der Ökonom Gerhard Scherhorn „eine Gleichordnung des Kapitals mit der Arbeit, und analog dazu auch mit den weiteren Produktionsfaktoren Gesellschaft und Natur“ vor (S. 84). Er verdeutlicht, dass das Primat des Kapitals – sein Vorrang vor den anderen Produktionsfaktoren – weniger eine Bedingung für effizientes Wirtschaften als ein Verteilungsinstrument darstellt, „das nicht nur den demokratischen Wohlstand, sondern generell die nachhaltige Entwicklung verhindert“ (S. 82f.). Deshalb sei es notwendig, das Kapitaleigner und Arbeitnehmer gleichberechtigte Mitglieder der Unternehmung sind mit dem Anspruch auf Teil-

TOOL REGELN FÜR DIE FINANZWELT

1. Ein Finanz-TÜV muss alle neuen Finanzprodukte auf Risiken und Nebenwirkungen überprüfen.
2. Ratingagenturen dürfen nicht von den Interessen der Banken oder der Institutionen abhängig sein, die die Wertpapiere herausbringen.
3. Künftig werden alle Geschäfte außerhalb der Bilanz untersagt.
4. Die Banken und Finanzinvestoren werden gezwungen, ihre Geschäfte mit Eigenkapital zu unterlegen.
5. Die Weitergabe der unkontrollierten Risiken durch die Verbriefung von Krediten muss begrenzt werden.
6. Besonders riskante Formen der Spekulation („Leerverkäufe“) werden verboten.
7. Eine Finanztransaktionssteuer auf alle Finanzgeschäfte an den Börsen, mindestens an den großen Finanzplätzen der EU, wird eingeführt.
8. Internationale Finanzmärkte brauchen globale politische Mindeststandards und Vereinbarungen.
9. Die Banken werden zu mehr Transparenz verpflichtet und das öffentliche Bankwesen wird gestärkt: „In Deutschland bietet es sich geradezu an, die Landesbanken, die Sparkassen und etwa die Kreditanstalt für Wiederaufbau zu einer öffentlichen Bankenholding zu verschmelzen.“ (W. Kessler in 49, S. 54f.)

habe am Gewinn, über dessen Erwerb und Verteilung sie sich einigen müssen. (vgl. S. 66)

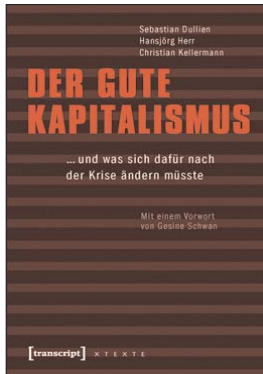
Weitere Schritte zu einer tragfähigen Zukunftsentwicklung sieht der Autor in einer wirksamen Kontrolle der Finanzmärkte und – ebenso wichtig – in der Verstärkung der Sozialbindung des Kapitals durch „Gleichordnung der Produktivkräfte und Orientierung des Wettbewerbs am Nachhaltigkeitsprinzip“. Der Schutz des freien Wettbewerbs dürfe nur noch für nachhaltigkeitskonforme (nicht länger für externalisierende) Wettbewerbshandlungen gelten. (vgl. S. 20)

Eine andere Variante bietet der Blogger J. Strobl in „Die Zukunft des Kapitalismus“ (s. o.) an: Die Bürger sollen seiner Ansicht nach der Politik und den Verbänden nicht länger gestatten, sie mit dem inhaltsleeren Chiffre „Soziale Marktwirtschaft“ für dumm zu verkaufen. Denn „die Faktenlage beweist eindeutig, dass der bisherige Kurs zu nichts anderem geführt hat als zu Verteilungsungerechtigkeit und finanzieller Instabilität“ (S. 14). Eine Soziale Marktwirtschaft müsste verteilungsgerecht und finanziell stabil sein, die Stärkung des Binnenmarktes durch Aus- und Aufbau von Beschäftigungsmöglichkeiten beinhalten und Markteintrittsbarrieren abschaffen. Zweifellos könnte die (Öko)Soziale Marktwirtschaft geeignet sein, die Krise zu meistern, in dem Mensch und Wirtschaft gemeinsam im Mittelpunkt stehen mit den Zielkoordinaten soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und hohes Wohlstandsniveau. Zudem müsse der Faktor Arbeit von den mas-



„Von der mangelnden ‚Kauflaune‘ des Konsumenten frisst sich die Krise nach oben durch: weniger Absatz, weniger Handel, weniger Nachfrage nach Maschinen oder nach Stahl und kommerziell genutzter Energie.“

(Th. Wiczorek in 46, S. 22)



„Die Politik darf sich nicht als Untertan der Wirtschaft verhalten. Umgekehrt: Sie muss der Wirtschaft Regeln setzen und Grenzen abstecken.“
(B. Huber in 52, S. 25)



siven Verbrauchssteuern befreit werden. In der gegenwärtigen Krise sieht Strobl – radikaler als viele andere – nur zwei Wege: „Entweder wird der Kreditsektor zur Gänze verstaatlicht, oder das bisherige System der Großbanken wird gesprengt und durch eine Vielzahl kleinerer Institute ersetzt, die jedes für sich keine Systemrelevanz mehr entfalten und daher auch ohne Gefahr für das System pleitegehen können.“ (S. 16)

Ähnliche Töne sind auch von den Ökonomen *Sebastian Dullien*, *Hansjörg Herr* und *Christian Kellermann* in ihrem Band „*Der gute Kapitalismus*“ zu hören. Sie bieten allerdings keinen „fundamentalen Gegenentwurf zum bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell“, gehen aber doch auf grundlegende Fehlentwicklungen der vergangenen 30 Jahre ein und betonen v. a. die enormen Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft seit den 1980er Jahren. Daraus folgt für das Autorenteam, dass Nachfrage global betrachtet nicht länger über Verschuldung, sondern über Löhne und Gehälter geschaffen werden muss, die möglichst in allen Ländern mit dem Produktivitäts- und dem Bevölkerungswachstum steigen. Um dies zu erreichen, sei nach Ansicht der Autoren unter anderem eine Zwangsgliedschaft der Firmen in den Arbeitgeberverbänden sowie die Schaffung einer EU-Arbeitslosenversicherung und einer europäischen Mindestlohnkommission erforderlich. Darüber hinaus empfehlen Dullien, Herr und Kellermann ein Regelwerk gegen zu starke Wechselkursschwankungen, schärfere Vorschriften für Banken und die Einrichtung eines internationalen Schuldengerichtshofs. Die Vorschläge zur Sanierung der Staatshaushalte sind aber etwas dürftig ausgefallen, denn außer Steuererhöhungen sehen die Autoren wenig Möglichkeiten der Lukrierung von Kapital. Als unverbesserlich outet sich diesbezüglich Hans-Olaf Henkel, der sich eine Rückkehr zur Erhardschen Marktwirtschaft als „Retroliberalismus“ im Sinne der Wiederherstellung des einst Funktionierenden wünscht. (vgl. H.-O. Henkel, S. 232)

Zivilgesellschaft als vierte Kraft

Mit grundlegenden Alternativen beschäftigt sich der Vorsitzende der IG Metall, *Berthold Huber*, im Band „*Kurswechsel*“. Ihm geht es um „den Einstieg in eine Gesellschaft, die von mehr Mitbestimmung eines jeden Einzelnen in den Betrieben, einer demokratischen, ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftsordnung, einer gerechten Verteilung des Wohlstandes und einem ebenso leistungsfähigen wie solidarischen Sozialstaat bestimmt ist“ (S. 19). Der Gewerkschafter sieht die

Beschäftigten nicht mehr als Rädchen im Getriebe der Unternehmen. „Die Teilhabe der Bürger ist nicht länger Anmerkung in Sonntagsreden von Politikern, sondern sie ist im Alltag erwünscht.“ (S. 24)

Wer, so Huber weiter, „allein oder in der Hauptsache auf den Markt setzt und auf den Preis als Signal, der verstellt sich den Blick in die Zukunft“ (S. 45). Gebot der Stunde ist seiner Ansicht nach eine neue Balance zwischen Binnen- und Exportwirtschaft und der aus gewerkschaftlicher Sicht lobenswerte Wunsch, die Massenarbeitslosigkeit zu beenden. Die Ideen dazu sind natürlich bekannt und reichen von Arbeitszeitverkürzung über neue innovative Technologien bis hin zu der Vision einer ganz anderen, guten Arbeit (die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf berücksichtigt): „Künftig werden qualifizierte soziale Dienstleistungen und Arbeitsplätze einen erheblich höheren Stellenwert einnehmen müssen“ (S.61f.).

In einer Balance zwischen den Marktkräften des freien Kapitalismus und der staatlich gelenkten Planwirtschaft des Sozialismus sieht der Ex-Topmanager *Peter H. Grassmann* im bereits zitierten Band „*BurnOut*“ die Lösung. Dabei fordert er die Mitbestimmung der Zivilgesellschaft als sogenannte vierte Kraft, die neben Exekutive, Legislative und Judikative Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen nehmen müsse. Dadurch soll ein neuer Ordnungsrahmen für die Wirtschaft entstehen, dessen Fundament branchenspezifische Wertekodizes bilden (s. o). Auf diese Weise verspricht sich der Autor eine „mitbestimmte Marktwirtschaft“, die sich zu einer ökosozialen Form, die Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit als gleichwertige Ziele mit einbezieht, entwickelt.

Schließlich weist auch Attac auf die entscheidende Rolle der globalen sozialen Bewegungen im Zusammenhang mit Transformationsstrategien hin. „Die emanzipatorische Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse erfordert Menschen, die heute für diesen Wandel eintreten.“ (Mythen der Krise, S.1 26) In diesem Sinn brauchen wir in vieler Hinsicht ein ganz anderes Klima. Ein „Weiter so wie bisher“ könne es nicht geben. Die Herausgeber des Bandes „*Geld und Gewissen*“, *Wolfgang Kessler* und *Antje Schneeweiß*, sprechen davon, dass die Politik zwar viele Möglichkeiten hätte, aus dem Finanzmarktkasino ein nachhaltiges Finanzsystem zu machen, das Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt fördere, nur müsse sie Veränderungen auch wirklich wollen. „Und wenn nicht, wird es Zeit, dass die Menschen diese Veränderungen einfordern.“ (S. 10) *Antje Schneeweiss*, Expertin für ethisches Investment, erinnert im sel-

ben Band an die Macht von Investoren und Sparern, die durch den Wechsel zu Alternativ- und Kirchenbanken als die wohl bedeutendste Reaktion auf die Finanzkrise zu sehen seien. Dies sei sehr zu begrüßen, meint sie, denn es stärke bereits vorhandene Alternativen und wird, wenn es sich in diesem Maße fortsetzt, „konventionelle Banken zum Nachdenken zwingen“ (S. 132).

FAZIT

Nach den vielen konstruktiven Vorschlägen bleibt die Frage der Umsetzbarkeit offen. Einer der fünf deutschen „Wirtschaftsweisen“, *Peter Bofinger*, wünscht sich jedenfalls, dass der Markt wieder den Menschen dienen soll und nicht umgekehrt (*P. Bofinger: Mehr Staat wagen! In: Stern. 21/2009*). Die meisten AutorInnen gehen davon aus, dass wir eine neue globale Wirtschafts- und Finanzpolitik schaffen müssen, die neben einer besseren Regulierung der Finanzmärkte und einer aktiveren Rolle des Staates in der Wirtschaft auch dafür Sorge tragen muss, weltweit Arbeitsplätze zu sichern und den Wohlstand gerechter zu verteilen. Einig ist man sich auch darüber, dass die Marktwirtschaft ein klares Regelwerk braucht. Hans-Olaf Henkel vergleicht sie mit einem Fußballspiel, bei dem auch keiner auf die Idee käme, ohne Regeln bzw. Schiedsrichter zu spielen. Deshalb seien auch Instanzen nötig, „die über deren Einhaltung wachen“ (S. 227). Für den Präsidenten des Bundesverbandes deutscher Banken, *Andreas Schmitz*, sollen die Geschäfte ebenfalls nur innerhalb geregelter Märkte abgewickelt werden. Darauf haben sich schließlich auch die G20 geeinigt. Denkt man allerdings an den Kopenhagen-Klimagipfel zurück, dann scheint es äußerst unwahrscheinlich, dass sich alle Staaten auf allgemein verbindliche Regeln einlassen werden, weil sie sich nicht in der gleichen Situation befinden und weil die Krise etwa Kanada oder die asiatischen Staaten kaum getroffen hat. Über die Wirksamkeit von diversen Finanzmarkttransaktionssteuern (umfassende Infos dazu auch auf www.oekosozial.at), Handelsverboten (von Leerverkäufen) und die Kontrolle von Hedgefonds wird mit Sicherheit weiter diskutiert werden. Die Einschätzung, dass sich bei nationalen Alleingängen die Finanzunternehmen jeweils am freundlichsten Ort, den so genannten „offshore-Finanzplätzen“, niederlassen werden, ist sicher nicht von der Hand zu weisen. Hingegen ist die Frage, wer letztendlich das Ganze bezahlt, zumindest für den Banker A. Schmitz einfach: „Wer glaubt, dass die Finanztransaktionssteuer nur die Spekulanten trifft, der glaubt auch, dass die Mehrwertsteuer von Warenhäusern entrichtet wird.“ (ZDF Mittagsjournal

INFO

DIE GEPLÜNDERTE REPUBLIK

Nach seinen beiden Bestsellern (*Die Dilettanten* und *Die verblödete Republik*) macht sich der Wirtschaftswissenschaftler und Publizist *Thomas Wiczorek* – er ist auch Mitbegründer der Internet-Zeitschrift für „Unfertige Gedanken“ (www.zeitfug.de/) – erneut auf, uns unglaubliche und kaum für möglich gehaltene Fakten vor Augen zu führen. In gewohnt sarkastisch-polemischen Ton geht es hier – thematisch deutlich fokussierter als in den Vorgänger-Werken (s. u.) – um die Finanzkrise. Thema sind die Veruntreuung öffentlicher Gelder, unheilvolle Allianzen von Bankern und Politikern sowie der Tatbestand, „dass man uns mit übelsten Methoden in immer größerem Ausmaß hemmungs- und gewissenlos die Taschen ausräumt, während wichtige kommunale Aufgaben kaum mehr bewältigt werden können“. „Die Finanzkrise macht den Staat zur Geisel des Kapitalismus“ wird Wolfgang Streek, Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, zitiert (S. 222). Der Staat ist laut Streek nicht der zurückgekehrte Souverän, sondern das Opfer einer großflächigen Erpressung. Gleichzeitig haben sich Städte und Gemeinden, wie zu erfahren ist, munter an der Zockerei beteiligt, was schließlich zu Lasten unserer Lebensqualität geht.

Mit einigen während der Krise gestreuten Falschmeldungen räumt Wiczorek auf: So gehört das vorgebliche Misstrauen bei Interbankgeschäften „zum sattsam bekannten Umverteilungsspiel – von unten nach oben, versteht sich“ (S. 44). Als weitere Unwahrheit benennt der Autor die Information, eine Bürgschaft bedeute nicht, dass das Geld verloren sei. Die Deutsche Regierung habe das Risiko für die Kredit-Garantien auf fünf Prozent der Gesamtsumme – also auf 20 Mia. Euro eingeschätzt. Das ist für Wiczorek eine Unverschämtheit innerhalb der Unverschämtheit. „Wieso dann überhaupt Bürgschaften, wenn sie zu 95 Prozent sowieso überflüssig sind?“ (S. 44) Der Rettungsschirm schließlich habe den Banken, beispielsweise der Hypo Vereinsbank im ersten Halbjahr 2009 über 370 Millionen Euro Plus beschert, der Deutschen Bank sogar mehr als 3,1 Milliarden (S. 55). Auch die groß angekündigte strengere staatliche Regulierung sei längst Schnee von gestern (vgl. S. 223). (Hier allerdings irrt der Autor, wie wir im Themenschwerpunkt ausgeführt haben.)

Wiczorek vergnügt uns, wie er selbst sagt, mit „welfremden Gedankenspielen“, nämlich mit der Frage, ob man unterm Strich nicht besser gefahren wäre, wenn man den Immobilien- und Kreditkartenschuldnern ihre Schulden erlassen beziehungsweise aus der Staatskasse bezahlt hätte, also auf die sattsam bekannten Rettungsschirme verzichtet hätte (vgl. S. 24). Er hält „Gier und Spekulation“ für die blödsinnigste Erklärung für die periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen, denn schließlich beruhe unser gesamtes Wirtschaftssystem auf Eigennutz und Profitstreben (vgl. S. 26). Heute bestimme längst nicht mehr die Produktqualität, sondern der Marktanteil eines Unternehmens, welches Produkt bestehen kann. Aber nicht einmal die „Reichen und Schönen“ können so viele Autos kaufen, wie nötig wären, um die fehlende Nachfrage auszugleichen. Der Zyniker spricht in diesem Zusammenhang von einer „Unterkonsumtionskrise“. Insgesamt gibt sich Wiczorek sehr pessimistisch und fürchtet infolge von Politikversagen nicht weniger als den Zerfall der EU und weltweite Kriege. Ein Zitat aus der Süddeutschen Zeitung bestärkt den Autor in seiner Sichtweise: „Die Krise ist bisher nur ein Problem für den Geldbeutel, den Arbeitsplatz, das Immobiliendarlehen. Sie ist noch keine globale Sicherheitskrise. Aber das könnte sie bald werden. Wenn die Menschen an der Sicherheit garantierenden Autorität ihres Staates zweifeln, dann wächst Instabilität und droht Gefahr.“ (S. 237)

46 Wiczorek, Thomas: *Die geplünderte Republik. Wie uns Banken, Spekulanten und Politiker in den Ruin treiben*. München: Knauer, 2010. 283 S., € 8,95 [D], 9,20 [A], sFr 15,90 ISBN 978-3-426-78373-3



ZITIERT MASSNAHMEN DER KRISEBEKÄMPFUNG

„Obwohl die steigende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen eine der Krisenursachen ist, wird daraus von den politisch Verantwortlichen nichts gelernt. Bei der Krisenbekämpfung und bei der Krisenbewältigung findet die Rückführung der Ungleichgewichte wenig Beachtung. Die konjunkturellen Maßnahmenpakete sind keinesfalls riesig bzw. einzigartig, dies sind nur die Bankenrettungspakete. Zur Finanzierung der Krise sollen Kürzungen auf der Aufgabenseite des Staates dienen, was konjunkturell kontraproduktive Auswirkungen haben kann. Auf den Sozialausgaben beruht aber auch die positive Umverteilungswirkung des Staates. Damit werden die sozial Schwächeren doppelt bestraft. Sie tragen die Folgen der Krise und der Krisenbewältigung. Vermögens- und vermögensbezogene Steuern sind hingegen doppelt sinnvoll: Sie bekämpfen die Krisenursachen und leisten gleichzeitig einen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen.“ (zit. aus „Mythen der Krise“ **54**, S. 107)

vom 20. 5. 2010)

Der Sozialhistoriker und Philosoph *Eric Hobsbawm* hat in einem Interview für das Nachrichtenmagazin „Stern“ (nachzulesen auf www.stern.de vom 17. 5. 2009) zwar Zweifel geäußert, ob wir das Ende des Kapitalismus noch erleben werden. Aber als Historiker weiß er, dass es keine Dauerlösungen gibt. Auch der Kapitalismus, so Hobsbawm, egal wie zäh er auch ist und wie sehr er auch in den Köpfen der Menschen als etwas Unabänderliches erscheint, wird früher oder später verschwinden. Es sei denn, es gelingt heute ein Paradigmenwechsel, über den *Jeremy Rifkin* (zit. nach www.andriankreye.com/Rifkin.html) folgendes sagt: „Dieser Paradigmenwechsel wird Schluss machen mit Privatbesitz. Er wird die Marktwirtschaft in eine so genannte Zugangswirtschaft verwandeln, in der man nicht mehr Besitz erwirbt, sondern für Zeit, Nutzung und Erlebnisse bezahlt.“ (s. auch PZ 1/2010)

Oder sollten wir doch lieber mit *Peter Sloterdijk* schließen, der Umkehr und Entsagung fordert und statt Kommunismus einen „Ko-immunismus“ empfiehlt: „Ein gemeinsames Abwehrsystem gegen die planetarische Bedrohung, gegen das Abkippen in die Barbarei, die durchaus in Sichtweite liegt.“ (zit. nach *Matthias Matussek*: *Der neue Mensch*. Spiegel online v. 01.05.2009)

Bleibt die Frage offen, was passiert, wenn die Krise trotz aller Rettungsmaßnahmen munter voranschreitet, Portugal, Italien und Spanien die nächsten EU-Länder sind, die „Hilfe“ brauchen, der Euro trotz des 750 Mrd. schweren Rettungspakets nicht gerettet wird und schließlich soziale Unruhen wegen dramatischer Sparkurse ausbrechen und wir in eine nicht kalkulierbare Zukunft schlittern? Es gibt viele Gründe, die Zukunft weiter im Blick zu haben. Wir bleiben dran. A. A. **Finanzkrise**

„Ohne Sozialbindung ermöglicht das Eigentum den Raubbau, statt ihn zu verhindern; es ist ein Mythos, dass der Eigentümer mit der natürlichen Mitwelt sorgsamer umginge als die Gemeinschaft.“ (G. Scherhorn in **55**, S. 52)



47 Clement, Wolfgang; Merz, Friedrich: **Was jetzt zu tun ist**. Deutschland 2.0. Freiburg: Herder-Verl., 2010. 199 S., € 18,95 [D], 19,50 [A], sFr 31,90 ISBN 978-3-451-30252-7

48 Dullien, Sebastian; Herr, Hansjörg; Kellermann Christian: **Der gute Kapitalismus . . . und was sich dafür nach der Krise ändern müsste**. Bielefeld: transcript-Verl., 2009. 242 S., € 19,80 [D], 20,40 [A], sFr 35,90 ISBN 978-3-8376-1346-9

49 **Geld und Gewissen**. Was wir gegen den Crash tun können. Hrsg. v. Wolfgang Kessler ... Oberursel: Publik-Forum, 2010. 184 S., € 16,90 [D], 17,40 [A], sFr 29,70; ISBN 978-3-88095-197-6

50 Grassmann, Peter H.: **BurnOut**. Wie wir eine aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder ins Lot bringen, München: ökom-Verl., 2010. 144 S., € 14,90 [D], 15,30 [A], sFr 25,30; ISBN 978-3-86581-191-2

51 Henkel, Hans-Olaf: **Die Abwracker**. Wie Zocker und Politik unsere Zukunft verspielen. München: Heyne, 2009. 255 S., € 19,95 [D], 20,60 [A], sFr 33,90 ISBN 978-3-453-16829-9

52 Huber, Berthold: **Kurswechsel für Deutschland**. Die Lehren aus der Krise. Frankfurt/M.: Campus-Verl. 2010. 255 S., € 16,90 [D], 17,40 [A], sFr 25,30 ISBN 978-3-593-39104-5

53 **Kritik des Kapitalismus**. Gespräche über die Krise. Hrsg. v. Christian Stenner. Wien: Promedia, 2010. 191 S., € 19,90, sFr 29,-; ISBN 978-3-85371-306-8

54 **Mythen der Krise**. Hrsg. v. Beirat f. gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolit. Alternativen u. v. Attac Österreich. Hamburg: VSA-Verl., 2010. 128 S., € 10,80 [D], 11,10 [A], sFr 19,50; ISBN 978-3-89965-373-1

55 Scherhorn, Gerhard: **Geld soll dienen, nicht herrschen**. Die aufhaltsame Expansion des Finanzkapitals. Wien: Picus-Verl., 2009. 96 S. (Wiener Vorlesungen Ed. Gesellschaftskritik; 5) € 9,90 [D], 10,20 [A], sFr 16,80 ISBN 978-3-85452-584-4

56 Simonis, Heide: **Verzockt!** Warum die Karten von Markt und Staat neu gemischt werden müssen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2010. 160 S., € 17,90 [D], 18,45 [A], sFr 30,40; ISBN 978-3-525-30002-2

57 Solte, Dirk: **Weltfinanzsystem in Balance**: Die Krise als Chance für eine nachhaltige Zukunft. Horizonte Verlag, 2009, 144 S., € 12,- [D], 12,40 [A], sFr 20,40 ISBN 978-3981171549

58 Stiglitz, Joseph: **Im freien Fall**. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft. Hamburg: Siedler-Verl., 2010. 448 S., € 24,95 [D], 25,70 [A], sFr 43,90; ISBN 978-3-88680-942-4

59 **Weltwirtschaftskrise - Eine Systemkrise?** Hrsg. v. Uwe Andersen. Wochenschau-Verl., 2009. 176 S., € 9,80 [D], 10,10 [A], sFr 16,80; ISBN 978-3899744927

60 **Die Zukunft des Kapitalismus**. Hrsg. v. Frank Schirrmacher ... Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2010. 200 S., € 12,- [D], 12,40 [A], sFr 20,40; ISBN 978-3-518-12603-5

Letzter Blick auf die Krise

Es waren keine guten Monate für marxistische Ökonomen. Gleich vier wichtige Vertreter dieser Gruppe verstarben in kurzer Abfolge. Fast ausschließlich haben sie bis zuletzt publiziert. *Stefan Wally* gibt einen Überblick. Zudem referiert er den Versuch der US-amerikanischen Soziologin Barbara Ehrenreich, die Finanzkrise aus dem Blickwinkel des Zwangs zum positiven Denken in den USA zu verstehen.

Crisis in the Heartland

Peter Gowan publiziert zuletzt einen vielbeachteten Artikel über die Krise des Finanzsystems in den Jahren 2008 und 2009. Er war ein exzellenter Kenner der Finanzmärkte und machte es sich zum Ziel, die offiziellen Begründungen, wie es zu Krise gekommen sei, in Frage zu stellen.

Gowan war der Ansicht, dass die schlimmste Wirtschaftskrise seit den 30er-Jahren nicht in einer Verantwortungslosigkeit der Kreditnehmer und Kreditgeber im amerikanischen Immobilienmarkt ihre Ursache hatte. Diese Erklärung, dass alles mit dieser Krise am „Subprime“-Markt begann, greife zu kurz. Der Ökonom legte vielmehr dar, dass seit den 80er-Jahren ein neues System der Finanzmärkte entstand, das er das „New Wall Street System“ nennt. Dieses System habe die großzügige Kreditvergabe verursacht und die Verbreitung der Krise auf die ganze Welt vorgezeichnet.

Für Gowan hat dieses neue Finanzregime einige Kerncharakteristika. Zum einen habe sich seit der Mitte der 80er-Jahre das Kaufen und Verkaufen von Aktivas mit dem Ziel Kursschwankungen zu nutzen zu einem zentralen Geschäftsmodell der Banken entwickelt. Aufgrund der Marktmächte der Akteure war man dabei in der Lage Preisdynamiken zu erzeugen und daran zu verdienen. Er erinnert an die Preisblasen auf den osteuropäischen Aktienmärkten in den 1990ern. Zum zweiten musste diese (rentable) Marktmacht durch eine Ausweitung der Bilanzen erreicht werden. Dazu dienten die Geschäfte mit Hebelwirkungen, die bedeuteten, dass Wertgewinne immer schneller in Kreditaufnahmen übersetzt wurden, um die Relation zwischen eingesetztem Eigenkapital und Aktiva hoch zu halten. Drittens entwickelte sich zur Abwicklung der neuen Geschäfte eine „Schattenbankenwelt“, wie Gowan es nennt. Er meint damit das, was man als Special Investment Vehicles (SIV) bezeichnet. Dazu gehören auch die bekannten Hedgefonds. Das Entstehen dieser neuen Einrichtungen war zwingend, da so die Bankenregulierungen besser umgangen werden konnten. Viertens suchten sich diese neuen Akteure optimale Orte für ihre Aktivitäten und wurden vor allem in London fündig. London erreichte damit

eine Aufwertung als Standort. Fünftens erzwang die erfolgreiche Ausweitung der Geschäftsaktivitäten eine konstante Ausweitung des in das System fließenden Kapitals. Diese wurde durch die Geschäftsbanken und vor allem über die privaten Pensionsfonds zur Verfügung gestellt.

Gowan erklärte nun den Ausbruch der Krise aus diesen Faktoren. Die Spekulation auf Preisveränderungen produzierte eine Nachfrage nach immer neuen Produkten. Diese wurden zuletzt von den neuen Finanzeinrichtungen verstärkt in der Form von gebündelten Krediten des Immobilienmarktes zur Verfügung gestellt. Durch das Bündeln der Außenstände war allerdings die Sicherheit dieser sogenannten CDOs unübersichtlich, die Ratings durch die entsprechenden Agenturen nicht nachhaltig. Als sich durch das reale Ausbleiben des Bedienens der Kredite durch die Schuldner der Charakter der Anlage herausstellte, führte dies in einer Kettenreaktion zum Kollaps des Systems.

Was Peter Gowan 2009 analysierte, hat *Andrew Glyn* mit anderen Schwerpunkten bereits 2006 vorhergesagt. In seinem Buch „*Capitalism Unleashed*“ erklärte er, dass die Fragilität des Finanzsystems Auslöser einer größeren Wirtschaftskrise sein wird. Wären Glyn und Gowan an einem Tisch gesessen, hätten sie allerdings kaum Einigkeit erzielt. Der Kern ihres Meinungsunterschieds würde in der Frage liegen: Ist das Finanzsystem die Ursache der Krise (Gowan, siehe oben) oder nur der Auslöser für eine Krise, deren Ursachen in der ökonomischen Struktur liegen (Glyn). Glyn sah vor allem drei Hauptprobleme für die wirtschaftliche Entwicklung. Erstens rechnete er mit sinkendem Produktivitätszuwachs in der Wirtschaft. Dies erklärt er mit der zunehmenden Verlagerung in den Dienstleistungssektor, wo Produktivitätsgewinne schwieriger zu erzielen sind als in der Industrie. Zum zweiten rechnete er damit, dass unser Wirtschaftssystem immer deutlicher auf ökologische Grenzen stoßen wird. Ressourcen erschöpfen sich und werden sich in steigenden Preisen für die verbleibenden Mengen negativ auf das Wachstum der Ökonomie auswirken. Drittens wird es in China zu steigenden Löhnen kommen, was wiederum bedeuten wird,

„American-style financial-system models are now grasped as being dangerous. No less risky is the EU banking and financial-system framework, which the crisis has shown to be a house of cards, even if still standing at the time of writing.“
(Peter Gowan in [61](#), S. 26)

„Corporate management whose pay was extravagantly boosted by share options, lawyers and analysts, were entangled in a mutually beneficial game of talking up profit prospects.“
(Andrew Glyn in [62](#), S. 76.)

INFO LITERATURHINWEISE

- 61** Gowan, Peter: *Crisis in the Heartland*. In: *New Left Review* 55. January-February 2009. S. 5 – 29.
- 62** Glyn, Andrew: *Capitalism Unleashed*. Oxford: Oxford University Press, 2006. ISBN 978-0199226795
- 63** Harman, Chris: *Zombie Capitalism: Global Crisis and the Relevance of Marx*. London: Haymarket Books, 2009. ISBN 978-1-905192-53-3.
- 64** Arrighi, Giovanni: *Adam Smith in Beijing. Lineages of the Twenty-First Century*. London, New York: Verso, 2009. ISBN 978-1844672981

dass günstige Arbeitskräfte knapper und Produktion und Waren dadurch teurer werden. All das wird es systematisch erschweren, gute Renditen in der „realen Ökonomie“ zu erzielen. Man könnte sagen, dass Glyn uns zeigt, warum immer mehr Kapital nach anderen Investitionsformen sucht – und zumindest zuletzt in neuen Finanzprodukten, wie Gowan sie beschreibt, fand.

Chris Harman würde bei dem Schlusspunkt von Glyn ansetzen. Tatsächlich sei das Kernproblem nicht der Finanzmarkt, sondern die sinkenden Profitraten in der kapitalistischen Wirtschaft. Aufbauend auf der klassischen marxistischen Theorie des tendenziellen Falls der Profitrate argumentiert er, dass diese grundlegende Entwicklung noch andere Krisen zwangsweise hervorbringen wird. Mit den sinkenden Profitraten in der Industrie seien Investitionen zunehmend in den Finanzsektor abgefließen. Dies geschah in einem Ausmaß, dass das anhaltende Wachstum zur Jahrtausendwende vor allem auf Finanzspekulation gefußt habe. Diese Blasen mussten zu einem bestimmten Zeitpunkt platzen. Das schiere Volumen des Problems machte es unausweichlich, dass Staaten eingriffen, um das System zu retten. Auch dies entspreche allem, was marxistische Theorie prophezeit habe: Eine Interessensgleichheit von Staat und Wirtschaft sei das dominante Charakteristikum der Epoche, der Trend sinkender Rentabilität von Investitionen im Kapitalismus nicht grundsätzlich zu stoppen.

Hier würde Giovanni Arrighi sich zu Wort melden. Er würde darauf hinweisen, dass sich doch ein anderes Bild im Hintergrund abzeichne. Arrighi beschrieb in seinem Spätwerk, dass die Zeit der amerikanischen Hegemonie sich dem Ende zuneige. Er war (wie Gowan) schon früh der Auffassung, dass die finanzielle Expansion fundamental nicht nachhaltig sei. Die Preisblasen waren eine notwendige destruktive Konsequenz. Arrighi war aber vor allem Soziologe und so beschäftigte er sich weniger mit den Details der ökonomischen Entwicklung, sondern vor allem mit den großen Trends. Er spricht von wiederkehrenden Zyklen materieller und finanzieller Expansion. Unter Verweis auf andere Studien ging er da-

bei von der Annahme aus, dass der Beginn der „Financialisation“, des Entstehens einer Bedeutungsübermacht des finanziellen Sektors immer das Ende eines Akkumulationsregimes signalisierte. Die Finanzkrise 2008/2009 sei nun auch die endgültige („terminal“) Krise der amerikanischen Finanz-Hegemonie.

In seinem Buch „*Adam Smith in Beijing*“ beschreibt er, dass China sich zum neuen Zentrum der globalen Ökonomie entwickeln werde. Es werde diese Führungsfunktion anders ausüben, aufgrund einer anderen Geschichte und anderer geographischer Voraussetzungen. Militärische Macht werde dramatisch an Bedeutung verlieren. Skeptisch ist er allerdings, ob China in der Lage sein wird, die ökologischen Fehler des Westens zu verhindern: Hier sei der zukünftige Hegemon nicht auf dem richtigen Weg. S. W.

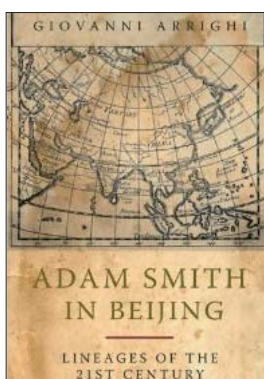
Finanzkrise

Andrew Glyn starb am 22. Dezember 2007, Peter Gowan am 12. Juni 2009, Giovanni Arrighi am 18. Juni 2009 und Chris Harman am 7. November 2009.

Dieses Glas ist halbvoll

In den USA ist eine heftige Debatte entbrannt, ob man es mit zuviel des Guten zu tun hat. Mit dem Guten ist dabei das positive Denken gemeint. Barbara Ehrenreich legt eine Polemik gegen diesen Optimismus vor, den sie als Ideologie zu erkennen meint. Ihr Angriff ist einfach und schnell zu lesen, er ist gute Unterhaltung und ihr Argument ist nachvollziehbar. Ehrenreich war an Brustkrebs erkrankt. Während ihrer Behandlung entdeckte sie, dass es eine eigene Kultur und ein eigenes Milieu der Menschen mit dieser Erkrankung gab. Das wäre nicht weiter bemerkenswert. Ehrenreich stieß aber auf, dass in dieser losen Gemeinschaft eine Rhetorik herrschte, die von einer Extremform des positiven Denkens geprägt war. Beispiel: Man solle doch die Diagnose als Herausforderung oder gar als Chance sehen, das Leben intensiver zu genießen. Wer sich der Herausforderung Brustkrebs selbstbewusst und positiv stellt, werde glücklich sein. Bei Ehrenreich kamen diese Botschaften nicht gut an: „What it gave me, if you want to call this a „gift“, was a very personal encounter with an ideological force in American culture that I had not been aware of before - one that encourages us to deny reality, submit cheerfully to misfortune, and blame only ourselves for our fate.“ (S. 44)

Positives Denken in diesem Sinn delegiert die Verantwortung für den eigenen Erfolg in das Denken des Individuums. Im Falle von Krebs kommt bei Fortschreiten der Krankheit somit hinzu, dass man neben der körperlichen Krise auch emotional die Verantwortung dafür zu tragen hat. Ehrenreich hält ein



Denken, das solche Folgen hat, für nicht gerade nützlich.

Nach dieser Erfahrung fiel ihr auf, dass in der amerikanischen Gesellschaft eine Tendenz zum positiven Denken viele Lebensbereiche bestimmt. Sie machte sich auf die Spuren, warum das in den USA so ist. Sie leitet diese Einstellung aus den Erfahrungen mit dem frühen Calvinismus in den USA her. Dieser habe aufgrund seiner restriktiven Haltung zu individuellem Glück und Spaß die Nachfrage nach Optimismus geradezu produziert. Positives Denken sei in der Form des New Thought als eigenständige „Philosophie“ im 19. Jahrhundert aufgestiegen. Es entstand zwar als Alternative zur calvinistischen Kultur der frühen USA, behielt aber einige Eigenschaften bei: „Harsh judgmentalism, echoing the old religion’s condemnation of sin, and an insistence on the constant interior labor of self-examination.“ (S. 89) Im Alltag sei man permanent mit der Botschaft des positiven Denkens konfrontiert: „...that you can have all the stuff in the mall, as well as the beautiful house and car, if only you believe that you can. But always, in a hissed undertone, there is the darker message that if you don’t have all that you want, if you feel sick, discouraged, or defeated, you have only yourself to blame.“ (S. 146)

Das positive Denken setzt nicht nur das Individuum unter Druck, das nun die Verantwortung allein zu tragen hat, es hat auch eine Tendenz restriktiv mit der Umwelt umzugehen zur Folge. Das wird klar, wenn man sich mit dem Wust an aktueller Motivations-Literatur auseinandersetzt, die um die Idee kreisen, dass man, wenn man nur will, fast alles erreichen kann. Eine Gesellschaft die von dieser Art zu denken geprägt ist, wird einige Charakteristika entwickeln. Zum einen wird es die Kritik schwer haben. Kritik an Gesellschaft und Natur als Grundlage für ihre Korrektur, Verbesserung oder Negierung wird eine geringere Rolle spielen. Der Kritiker an sich wird weniger Gehör finden. Die Delegation der Verant-

wortung an das Denken des Individuums wird selbst die individuelle Entscheidung für kollektives Handeln unterlaufen. Schließlich wird jede Gemeinschaft von (heillosen) Optimisten Pathologien entwickeln, die zu Problemen führen. Ehrenreich hat für Letzteres ein gutes Beispiel. Die Entwicklungen der Finanzmärkte bis zum Crash 2008/2009 waren geprägt von einem Optimismus der schlussendlich ökonomisch verheerend endete. Unter anderem deswegen, weil die Nörgler weder Gehör, noch Jobs fanden. „They got rid of negative people in their lives.“ Ehrenreich legt noch eins nach und legt zwei Fakten nebeneinander. Die USA sind das Land, in dem positives Denken am stärksten verankert ist. Die USA sind das Land, in dem zwei Drittel aller Anti-Depressionsmedikamente der Welt verkauft werden. Etlliches an Raum in ihrem Buch widmet sich in der Folge der Frage, ob positives Denken und Glück zusammenhängen. Sie bewertet Studien skeptisch, die dies zu belegen vermeinen.

Ihr Gegenentwurf ist freilich nicht der Pessimismus oder österreichisches Grantlertum. Ehrenreich wirbt für einen Realismus, der erlaubt, Dinge nüchtern zu bestimmen und sie damit ändern zu können.

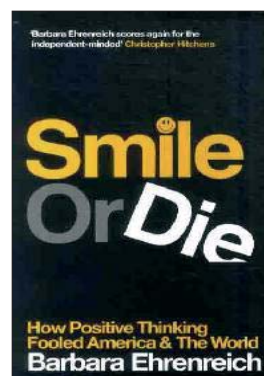
Bleibt die Frage, ob dieses Buch auch in Europa relevant sein wird. Im vermeintlich nüchternen Großbritannien ist es bereits erschienen und wird heftig diskutiert, im deutschsprachigen Raum nimmt die Motivations-Literatur in Buchläden ebenfalls in der Regel bereits mehr Platz ein als die Philosophie. Diese Literatur wird die Nachfrage nach Gegenargumenten selbst produzieren. Schön übrigens Ehrenreichs Definition der Ideologie des positiven Denkens: „To see a glass half full, even when it lies shattered on the floor.“ S. W.

Positives Denken: Kritik

65 Ehrenreich, Barbara: *Smile Or Die. How Positive Thinking Fooled America and The World.* London: Granta, 2009. 235 S., Pfund 10,99 (UK) ISBN 978-1-84708-135-3

„But always, in a hissed undertone, there is the darker message that if you don’t have all that you want, if you feel sick, discouraged, or defeated, you have only yourself to blame.“

(B. Ehrenreich in **65**, S. 146)



Neues Leitbild Gerechtigkeit?

Im Windschatten der Finanz- Wirtschaftskrise hat die Diskussion über Voraussetzungen und Perspektiven einer „gerechten Gesellschaft“ an Terrain gewonnen. Dabei steht nicht nur die alte und immer wieder aktuelle Frage auf dem Prüfstand. Es fragt sich viel mehr, ob wir selbst dann, wenn wir um die Vorzüge von Gerechtigkeit wissen, diese auch wollen. *Walter Spielmann* und *Stefan Wally* haben aktuelle Beiträge zum Thema gesichtet.

Gleichheit macht glücklicher

Dass Reiche für gewöhnlich weniger soziale Probleme und eine höhere Lebenserwartung haben als arme Mitbürger ist statistisch belegt und hinläng-

lich bekannt. Dass finanzielle Ungleichheit jedoch für alle Mitglieder einer Gesellschaft ein Mehr an Problemen bedeutet, ist eine bisher kaum beachtete Erkenntnis. Diese ist nicht zuletzt *Richard Wilkinson*, Wirtschaftshistoriker am University



„Die Transformation unserer Gesellschaft ist ein Projekt, das im Interesse aller Bürger liegt. Mehr Gleichheit ist der Königsweg in eine zukunftsfähige Gesellschaft, in der sich die Lebensqualität aller Mitglieder verbessern lässt und es ist der Weg zu einem Wirtschaftssystem, das Nachhaltigkeitsprinzipien genügt.“
(Wilkinson/Pickett in **66**, S. 265)

College London, und der Ernährungswissenschaftlerin und Epidemiologin *Kate Pickett* von der University York zu verdanken, die im höchst aktuellen und hoffentlich zukunftsweisenden Buch *„Gleichheit ist Glück“* den Nachweis erbringen, dass die gerechtere Verteilung von Einkommen durchwegs positive Auswirkungen auf das gesellschaftliche Gesamtgefüge und das Wohlergehen jedes Einzelnen hat.

Unter Auswertung einer Vielzahl einschlägiger Daten gelingt dem Autorenduo der Nachweis, dass ein hohes Maß an finanzieller Ungleichheit so gut wie alle Parameter des persönlichen und kollektiven Wohlergehens negativ beeinflusst. Nicht das absolute Niveau des Wohlstands, sondern die Höhe der Einkommensunterschiede wirken sich auf das Ausmaß gesellschaftlichen Vertrauens, auf Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit, die Zahl der psychischen und physischen Erkrankungen (Drogenabhängigkeit), auf Fettleibigkeit, Schwangerschaften und schulische Leistungen, auf den Bedarf an Gefängnissen aus. Diese und andere Ziffern korrelieren mit dem Ausmaß der Einkommensdifferenz, sind also auf das Wohlstandsgefälle innerhalb der Gesellschaften zurückzuführen.

In drei Abschnitten legen Wilkinson und Pickett die markanten Folgen dieses Zusammenhangs dar. Sie zeigen einleitend – das ist nicht neu, aber im hier untersuchten Kontext natürlich von Belang –, dass Wohlstandsmehrung keineswegs einen Zuwachs an Glück bedeutet, verweisen auf die Differenz von Armut und Ungleichheit und zeigen, dass es v. a. in „Wohlstandsgesellschaften viele Opfer sozialer Ungleichheit gibt“: In den USA (diese zählen zu den Ländern mit den stärksten Einkommensdifferenzen) liegt das Mittel bei etwa dem 8-fachen, gemessen an den jeweils 20 Prozent der Reichsten bzw. Ärmsten. Und dennoch gaben zwischen 1952 und 1993 nicht weniger als 52.000 Menschen mit Hochschulabschluss (und vergleichsweise hohen Einkommen) an, dass Stress und Ängste stetig ansteigen. Ungleichheit verstärkt soziale Ängste und erhöht den Druck zu sozialer Selbstdarstellung. (So besitzen etwa 35 Prozent der US-Amerikaner die unter der offiziellen Armutsgrenze leben – das sind 12,6 Prozent – einen Geschirrspüler, einen Computer oder einen Zweitwagen (S. 40). In Japan, dem Land mit der geringsten Einkommensdifferenz (hier liegt der Faktor knapp unter vier) treten die Menschen viel zurückhaltender und auch selbstkritisch auf. In neun Kapiteln skizzieren die beiden Autoren im zweiten Abschnitt die „Kosten der Ungleichheit“. Sie zeigen, „dass die sozialen Beziehun-

gen umso mehr verfallen, je stärker eine Gesellschaft von Ungleichheit geprägt ist“ (S. 67). Während in Schweden 66 Prozent der Befragten der Aussage zustimmen, „dass man den meisten Menschen trauen kann“, sind es in Portugal, das bei der Einkommensdifferenz mit an der Spitze der untersuchten Staaten liegt, nur 10 Prozent. Ungleichheit führt auch zu psychischen Problemen, wobei Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau besonders betroffen sind. Insgesamt lässt sich sagen, „dass in Gesellschaften mit mehr Gleichheit die Menschen gesünder sind“, während Ungleichverteilung zu geringerem Geburtengewicht, zu höherer Säuglingssterblichkeit und zu geringerer Lebenserwartung führt. (vgl. S. 100f.). Markant ist ein weiterer Verweis auf die USA: auf sie entfallen nicht weniger als „40 bis 50 Prozent der weltweiten Ausgaben für Gesundheit, obwohl die US Amerikaner 5 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen“ (S. 99). Dass mit der Ungleichheit auch „die Pfunde wachsen“, der Zusammenhang von Einkommen und Fettleibigkeit sich verallgemeinernd mit dem Befund „reich und schlank, arm und dick“ zusammenfassen lässt, und vor allem Mädchen aus sozial benachteiligten Schichten (viel zu) früh schwanger werden, sind einige weitere der akribisch ausgeleuchteten und überzeugend dargestellten Zusammenhänge.

Eine gerechte Welt ist möglich

Um eine gerechtere Gesellschaft zu verwirklichen plädieren Wilkinson/Pickett für mehr Gleichheit die entweder durch mehr Umverteilung oder geringere Einkommensunterschiede zu realisieren sei. Sie fordern mehr Mut von der Politik ein und verweisen auf die positiven Effekte, die flachere Einkommenskurven auf den Ressourcenverbrauch haben. Unmissverständlich stellen sie fest: „Die Regierungen können es sich nicht leisten, in Sachen Einkommensunterschiede nichts zu unternehmen. Sie sind in den meisten Ländern nicht nur der größte Arbeitgeber, sondern in nahezu jedem Bereich beeinflussen Wirtschafts- und Sozialpolitik die Verteilung der Einkommen...“ (S. 303). Es gehe darum, eine gleichermaßen „realistische wie begeisterte Vision einer besseren Gesellschaft zu entwickeln, (...), in der wir die Eigentümer unserer Arbeit sind, diese in einer Gemeinschaft der Kollegen demokratisch steuern und die Vorteile eines wachsenden nicht-monetären Wirtschaftssektors gemeinsam genießen können.“ Das Wissen darum, dass mehr Gleichheit der Schlüssel zur Lösung fast aller Probleme darstellt, sei Anlass, nach Jahren des Zweifels hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken (Doch ei-

nes sei klar: „An unserer Generation wird es liegen, einen historischen Wandel anzustoßen, wie ihn die Geschichte bisher nicht kannte.“ (S. 304) *W. Sp.* **Gleichheit: Umverteilung**

66 *Wilkinson, Richard; Pickett, Kate: Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Tolkmitt-Verl., 2009. 333 S., € 19,90 [D], 20,50 [A], sFr 34,80; ISBN 978-3-942048-09-5*

Der große Selbstbetrug

Es sollte in Anbetracht der bisher diskutierten Befunde nahe liegen, ja selbstverständlich sein, dass der Ruf nach mehr sozialer und materieller Gerechtigkeit Resonanz und breite Unterstützung findet. Das ist jedoch keineswegs der Fall, wie *Ulrike Herrmann*, Wirtschaftskorrespondentin der Berliner taz, in einem faktenreichen, flüssig zu lesenden und doch zugleich ernüchternden Buch zeigt. (Auch wenn die ausgewiesenen Daten sich fast ausschließlich auf Deutschland beziehen, so sind die Befunde im Wesentlichen für Österreich und grosso modo wohl auch für die Schweiz zutreffend.)

Die Mittelschicht, die bisher (und wohl bis auf Weiteres) den Löwenanteil der Finanzkrise zu tragen hat, unterliegt – so die zentrale These der Autorin – einem dreifachen Selbstbetrug: Erstens, indem sie nicht erkennt, wie ungleich Vermögen und Einkommen verteilt sind, da die Elite ihre Pfründe mit Raffinesse zu verschleiern weiß; zweitens, indem sie sich überwiegend selbst zu den potenziellen Gewinnern zählt und fälschlicherweise annimmt, mit nur etwas Glück und Anstrengung den Aufstieg zu schaffen; drittens schließlich, indem sie alles daransetzt, sich von der Unterschicht abzugrenzen, anstatt sich mit ihr zu verbünden und – legitimiert durch eine solide Mehrheit – für eine nachhaltige Umverteilung einzutreten.

Man könnte nun meinen, dass diese Positionen wenn nicht einer ideologisch eingefärbten, so doch zumindest einer sehr subjektiven Betrachtungsweise geschuldet sind. Allein, *Ulrike Herrmann* polemisiert nicht. Es gelingt ihr vielmehr, ihre These überzeugend zu belegen, auch indem sie sich ihrem Thema aus jeweils unterschiedlicher Perspektive nähert.

Die Tricks der Reichen

Reich ist nach Definition des Deutschen Instituts für Wirtschaftswirtschaftsforschung (DIW), wer mehr als 200 Prozent des Medianeinkommens verdient. (Im Jahr 2008 waren das 1482 €/ Mo-

nat netto für Singles.) Dass die mutmaßlich mehr als 50 Milliarden und deutlich mehr als 800.000 \$-Millionäre (S. 25f.) in einer anderen Liga spielen, versteht sich dabei von selbst, denn für sie gilt u. a., dass sie nur 34 Prozent an Einkommensteuern zahlen, während der gesetzliche Steuersatz (im Jahr 2002) bei 48,5 Prozent lag (S. 76). Man versteht es sich also zu richten. Das gilt freilich nicht nur in finanzieller Hinsicht, denn wer viel hat und auf sich hält, der bleibt auch unter sich, wie *Ulrike Herrmann* mit einem gleichermaßen kenntnisreichen wie süffisanten Blick auf die Gepflogenheiten des Geld- und Blutadels zu berichten weiß. Dabei trägt die Partnerwahl zur Absicherung des Status quo ebenso bei wie die Wahl der richtigen (Privat)Schule für den behüteten Nachwuchs, was wenig überraschend auch die Auswahlkriterien der renommierten „Studienstiftung des deutschen Volkes“ unter Beweis stellen (vgl. S. 66). Dass der soziale Aufstieg BürgerInnen aus Ostdeutschland kaum gelingt, verwundert hingegen kaum.

Die Irrtümer der Mittelschicht

Zur Mittelschicht zählt das DIW BürgerInnen, denen 70 bis 150 Prozent des Median-Einkommens (das sind 1037 – 2223 € monatlich) zur Verfügung stehen (S. 39). Waren das im Jahr 2000 immerhin noch 49 Mio., so sind es im Jahr 2006 nur noch 44 Millionen BürgerInnen, während rund 1/4 der Bevölkerung inzwischen zur Unterschicht gezählt werden muss. Dass zudem die Nettolöhne in Deutschland zwischen 2006 und 2008 real im Durchschnitt um 1,5 Prozent gesunken sind – im gleichen Zeitraum verzeichnet Österreich + 2,7 und die Schweiz + 2,1 Prozent (S. 37) –, trägt mit dazu bei, dass sich inzwischen 26 Prozent der Mittelschicht „große Sorgen“ um ihre Zukunft machen. Wie das DIW konstatiert, ist das seit 1984 ein historischer Höchststand (S. 120). Das verwundert kaum, wenn man bedenkt, dass rund 1/5 aller Angestellten im Niedriglohnsektor beschäftigt sind und damit im Durchschnitt zwischen 6,88 (West) und 5,60 (Ost) € netto/pro Arbeitssunde „verdienen“ (S. 122). Nicht mehr als ein Ventil sieht die Autorin in Anbetracht dieser Entwicklung in der



*„Deutschland war nie die soziale Marktwirtschaft, wie sie sich als Klischee eingebürgert hat: Die Chancengleichheit war immer eingeschränkt. Doch über Jahrzehnte wurde diese Ungleichheit nicht nur akzeptiert, sondern geradezu ignoriert. Man war zufrieden, weil der Wohlstand in allen Schichten stieg. (...) Die Ungleichheit blieb zwar gleich, aber alle fuhren nach oben.“ (U. Herrmann in **67**, S. 37)*

FACTS VERMÖGENSVERHÄLTNISSE IN DER BRD

2007 besaßen 1% der Bundesbürger 23%, die obersten 5% verfügten über 46%, und das reichste Zehntel kontrollierte gar 61,1% des Gesamtvermögens in Deutschland (das sind übrigens 3% mehr als 2002). Für die satte Mehrheit bleibt da nicht mehr viel übrig: 2/3 der Bevölkerung besaßen nichts oder wenig. 70% kommen auf weniger als 9% des Gesamtvermögens (das sind 1,5% weniger als 2002). (nach *Ulrike Herrmann* in **67**, S. 16f. u. 33)

„Die Verachtung der Unterschicht wächst, je stärker die Reallöhne der Mittelschicht sinken. Wenn der eigene Status ökonomisch gedroht ist, dann wird er über die soziale Abgrenzung nach unten abgesichert. Das Arsenal der Waffen ist begrenzt, aber wirkungsvoll. Dazu gehört der Vorwurf, dass die Ärmsten eigentlich nur Sozialbetrüger seien.“
(U. Herrmann in **67**, S. 129)

auch von den Medien geförderten Empörung über (freilich maßlos überhöhte) Managergehälter. In Anbetracht der Tatsache, dass Spitzenverdiener in dieser Branche nach Angaben der DWS (Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz) zwischen 7 und knapp 80 Mio. € Jahreslöhne erwarten dürfen, ist der Unmut nachvollziehbar. Er ist aber geradezu fehl am Platz, wenn man bedenkt, dass die Managergehälter im Jahr 2008 in Summe nur 1,48 Prozent der Konzerngewinne in Deutschland ausmachten (S. 96). Wo die restlichen 98,52 hingehen, kümmert, so scheint es, kaum jemanden. Anstatt sich gegen diese „Gepflogenheiten“ zu wehren – so ein Zwischenresümee der Autorin –, verfolgt die Mittelschicht selbst eine „Karrierestrategie“ (von der Namensgebung des Nachwuchses bis hin zum Run auf Privatschulen), ohne zu merken, dass sie damit den Interessen der Reichen in die Hände spielt und selbst weiter verliert.

Die Verachtung der Unterschicht

Dazu trägt auch der medial angeheizte Zorn gegenüber der Unterschicht bei. Nicht weniger als 52 Prozent der Bevölkerung waren 2009 der Ansicht, dass sich „Hartz-IV-Empfänger auf Kosten der Gesellschaft ein schönes Leben machen“ (S. 135). Und es verwundert nicht, dass auch die von Schwarz-Gelb lancierte Steuerreform, so Herrmann, primär der Elite zugute kommt. So wurde der Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent gesenkt, und während „die untere Hälfte der Steuerpflichtigen fast gar keine Einkommensteuer mehr zahlt, wird sie durch die Sozialabgaben erdrückt, die fast 40 Prozent der Arbeitskosten ausmachen“ (S. 161).

Was wäre zu tun?

Ulrike Herrmann hält eine radikale Umverteilung für ebenso notwendig wie möglich, und erinnert dabei an den von dem US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt vollzogenen „New Deal“, eine Politik, die auch unter dem Republikaner Dwight D. Eisenhower fortgesetzt wurde. So wurde von 1933 – 1955 der Spitzensteuersatz von 24 auf bis zu 91 Prozent angehoben, die Abgaben für Unternehmen von knapp 14 auf 45 Prozent erhöht und die Erbschaftssteuer von 20 auf 77 Prozent hinaufgesetzt (S. 180). Maßnahmen wie diese, so ist die Autorin überzeugt, haben mit Klassenkampf nichts zu tun. Umverteilung – dabei bezieht sie sich ausdrücklich auch auf die Befunde von Wilkinson/Pickett – täte vielmehr allen gut. Es ist wohl an der Zeit, darüber ernsthaft zu diskutieren und den Worten Taten folgen zu lassen. *W. Sp.*

Steuerreform: Umverteilung

67 Herrmann, Ulrike: *Hurra, wir dürfen Zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht.* Frankfurt/M.: Westend-Verl., 2010. 222 S., € 16,95 [D], 17,50 [A], sFr 28,80 ISBN 978-3-938060-45-2

Was ist Gerechtigkeit?

Dass nicht nur Parteien, sondern auch Politikwissenschaft, Soziologie und Medien verstärkt nach den Voraussetzungen eines gerechteren Miteinanders Ausschau halten, zeigt unter anderem *Thomas Rothschild*. Der an der Universität Stuttgart lehrende Literaturwissenschaftler eröffnet einen schmalen, aber gehaltvollen Band mit Zitaten zum Begriff „Gerechtigkeit“ (s. Kasten S. 21), um im Folgenden mit dem Grazer Rechtshistoriker Peter Koller darauf zu verweisen, dass „soziale Ungleichheiten nur gerechtfertigt sind, sofern es nicht möglich ist, durch eine Umverteilung gesellschaftlicher Güter von oben nach unten die Lage der jeweils schlechter gestellten Personen nachhaltig zu verbessern“ (S. 11).

Dies impliziert, so Rothschild, das Gebot der Umverteilung, wo immer diese möglich ist, auch dann, wenn sie nicht von allen Beteiligten als Win-Win-Strategie empfunden wird (womit er zu Recht darauf aufmerksam macht, dass Umverteilung nicht von allen als gerecht empfunden werden muss). Ist es, so fragt der Autor, etwa gerechtfertigt, Parteimitglieder bei gleicher Qualifikation gegenüber anderen KandidatInnen bei Karrieren zu begünstigen? Und warum halten wir es für angemessen, dass Spitzenfußballer Millionen kassieren? Thomas Rothschild unterliegt nicht der Versuchung, die aufgeworfenen Fragen definitiv zu beantworten. Er lädt vielmehr dazu ein, selbst nach Ant-

TOOL

WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

Selbsteinschätzung der Deutschen
(Daten aus 2006, erhoben im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung):
Sorgen allerorten?
63 Prozent machten gesellschaftliche Veränderungen angst
52 Prozent fühlten sich orientierungslos
14 Prozent empfanden sich als ins Abseits geschoben
39 Prozent fürchteten, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein
71 Prozent meinten, dass die Gesellschaft immer weiter auseinander driftet.
Durch die Steuer- und Sozialreformen meinten
48 Prozent Nachteile erlitten zu haben,
46 Prozent keine Veränderung zu erleben, während nur
4 Prozent sich als Gewinner bezeichneten.
Insgesamt hielten sich aber
58 Prozent der Gesamtbevölkerung für Gewinner
28 Prozent waren unentschieden und
14 Prozent gaben an, zu den Verlierern zu zählen.
(nach Ulrike Herrmann in **67**, S. 16f.)

worten zu suchen, um zu erkennen, dass es letztlich nicht möglich ist, Gerechtigkeit zu definieren. Zwei Exkurse zu Schlüsselwerken der Literatur (von Aischylos über Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ und Kleists „Michael Kohlhaas“ bis hin zu Brecht und Camus) und zum Film (Fritz Lang, Robert Bresson und Martin Scorsese) sowie Reflexionen zum Zusammenhang von Gerechtigkeit und Neid, Rache, Terror, Elite, Kompromiss und Schuld verweisen darauf, dass das Streben nach Gerechtigkeit als niemals erreichbares Ideal eines der zentralen Herausforderungen gesellschaftlichen Miteinanders darstellt. Dass der Autor dabei nicht vage distanziert argumentiert, sondern entschieden Position bezieht, zeigt sich immer wieder, pointiert etwa, wenn er Neid nicht als Laster, sondern als besondere Auszeichnung demokratischer Gesinnung darstellt: „Den Neid zu schüren auf jene, die die Genüsse kennen und für sich beanspruchen, aufzuhetzen gegen die ungleiche Verteilung: das ist keine Förderung von Untugenden, sondern ein demokratischer Akt, (...) die Rede vom – hässlichen – Neid hat die Aufgabe, die Diagnose des Klassenkampfes zu verdrängen. Entsprechend stehen einander nur noch neidische und beneidete Individuen gegenüber, nicht eine Arbeiterklasse und eine Klasse derer, die die Produktionsmittel besitzen und im Zeichen der Globalisierung dort nutzen können, wo Arbeitskraft am billigsten ist.“ (S. 59)

Man mag Thomas Rothschilds Sichtweise als radikal empfinden, etwa dort, wo er die Usancen der (österreichischen) Sozialdemokratie im Kontext von Macht, Schuld und Vergebung thematisiert. Stimmen wie diese aber sind wertvoll, ja unentbehrlich, weil sie uns davor bewahren können, die Belanglosigkeiten des Alltags mit jenen Themen zu verwechseln, die zu beantworten, dem Nachdenken erst Tiefe und Gehalt geben. *W. Sp.*

Gerechtigkeit

68 Rothschild, Thomas: **O Gerechtigkeit. Ein Essay über Verteilungsgerechtigkeit, Neid, Rache, Terror, Kompromiss und die Sozialdemokratie.** Wien: Promedia-Verl., 2010. 175 S. € 14,90, sFr 26,10
ISBN 978-3-85371-305-1

Ethische Experimente

Kwane Anthony Appiah berichtet in seinem neuen Buch über „ethische Experimente“. Ziel seiner Auseinandersetzung ist es, uns näher zu einer Antwort auf die Frage zu bringen, was ein gutes Leben ist. Appiah bezieht sich auf den Begriff *eudaimonia* von Aristoteles, der bedeutet, gut zu leben und Gutes zu tun.

ZITIERT

GERECHTIGKEIT

„Der edle Mensch will Gerechtigkeit, der gewöhnliche Gunst.“
(Konfuzius)

„Was also sind Königreiche, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlt, anderes als Räuberbanden?“ (Augustinus: *De civitate dei*)

„Gerechtigkeit ist die feste Absicht, jedem zu geben, was ihm von Rechts wegen zukommt; Ungerechtigkeit hingegen ist es, jemanden im Namen des Rechts etwas wegzunehmen, was ihm bei richtiger Auslegung des Rechts zustünde.“ (Baruch de Spinoza)

„Ich brauche keine Gnade, ich will Gerechtigkeit. (Gottfried E. Lessing: *Minna von Barnhelm*)

„Ich brauche nichts, aber mich empört diese Ungerechtigkeit.“ (Anton Tschechow: *Drei Schwestern*)

„Von allen seelischen Verschwendungen die nutzloseste ist die Gerechtigkeit. Was man an Liebe verausgabt, erhält man immerhin manchmal, wenn auch in bescheidenem Maße, zurückerstattet. Für die Gerechtigkeit, die man erwies, erhält man nichts weiter als Missverstehen, Undank und am Ende noch Hohn dazu.“ (Arthur Schnitzler)
(nach Th. Rothschild in **66**, S. 7)

Moralphilosophen versuchen diese Frage natürlich seit langer Zeit zu beantworten. Appiah leistet dazu an dieser Stelle vier Beiträge. Der erste stellt das Bemühen dar, durch das Öffnen von Türen zu natur- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen einer Antwort näher zu kommen. Interdisziplinarität ist kein selbstverständliches Unterfangen: Ist die Suche nach Gut und Böse nicht die Hoffnung, etwas jenseits unseres Seins zu haben, das uns den Weg weist?

Appiah versteht das Argument, meint aber, dass es Zeit sei, darüber hinweg zu gehen. Schließlich hätten abstrakte Bestimmungen von Gut und Böse oft Ideale hervorgebracht, die von den Menschen nicht befolgt werden konnten. Er schreibt: „Wie können wir Menschen ein Ideal ernst nehmen, hinter dem wir als menschliche Wesen so weit zurückbleiben müssen?“ (S. 37)

Experimente hatten in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt, dass das moralische Verhalten von Menschen sehr oft von Faktoren beeinflusst war, die moralisch irrelevant waren. Ein besonders bildhaftes Beispiel war, dass Menschen unter dem Einfluss des Duftes einer Bäckerei moralisch anders handelten als an anderen Orten.

Ideale müssen demnach die menschlichen Fähigkeiten und ihre Interaktion mit der Welt berücksichtigen. „Wenn wir mit Aristoteles fragen, was ein gutes Leben ist und wie wir es erreichen, kann es für die Frage, was wir sein sollten, nicht gleichgültig sein, was wir sind.“ (S. 31) Wie die Fähigkeiten im Hinblick auf moralisches Handeln beschaffen sind, kann uns unter anderem die experimentelle Psychologie andeuten, die Ökonomie

„Die von der Ungerechtigkeit in der Gesellschaft profitierenden, haben großes Interesse, sie zu erhalten, und nützen ihre Deutungshoheit, um jeden Versuch einer Änderung dieses Zustands zu diffamieren. Sie predigen Verzicht und Feindseligkeit statt Rache, also ein asymmetrisches Modell statt der Herstellung von Symmetrie, sie definieren den Wunsch nach gerechter Verteilung als Neid.“
(Th. Rothschild in **68**, S. 60)

hat etwas dazu zu sagen, die Soziologie und auch die Anthropologie sind es nach Appiah wert, befragt zu werden.

Moral entsteht bei Appiah somit nicht abseits von Erlebnissen. Sein zweiter Beitrag setzt nun bei der Interaktion der Menschen an: Wenn ich sage, mein Ziel ist es, ein gutes Leben zu gestalten, kann ich davon ausgehen, dass auch andere Menschen versuchen, ein gutes Leben auf die Beine zu stellen. Die Moral erwächst aus einem Verständnis für die Ziele anderer Menschen. Sie ist kein System willkürlicher Gebote und Verbote. Und das zentrale Ziel aller Menschen ist die zentrale ethische Aufgabe: Jeder von uns gestaltet sein Leben. (S. 208) Kritisch kann eingewendet werden, warum sollte ich anderen Menschen – auch wenn ich verstehe, dass sie das wollen – zugestehen, dass ich Kompromisse gegenüber ihren Bemühungen machen muss? Der Philosoph meint, dafür habe er eben Indizien: „Wir besitzen Fähigkeiten wie Sensibilität gegenüber menschlichem Leid oder Gefühle wie Empathie, Sympathie und Mitgefühl, die uns helfen können, unser Leben dem Leben anzunähern, das wir führen würden, wenn wir die Tugend des Mitgefühls in ihrer vollkommenen Gestalt entwickeln könnten.“ (S.63)

Freilich sagt Appiah – und das ist sein dritter wichtiger Punkt – verfolgen wir dieses Ziel mit begrifflichen Ressourcen und mittels der sozialen Institutionen einer menschlichen Welt. (S. 169) Im Klartext: Die wirkliche Welt ist oft sehr kompliziert, moralisch richtiges Handeln ist oft von einer Komplexität, derer wir nicht gerecht werden

können. Wie lange müssten wir wirklich nachdenken, wenn wir unseren Wochenendeinkauf machen, wollten wir einer Moral absolut gerecht werden? Appiah: Als unvollkommene Wesen sollten wir Regeln folgen, mit denen wir leben können und die uns möglichst oft zu denselben Ergebnissen führen, zu denen ein vollkommen rationales Wesen gelangen würde. (S.60) Der Autor geht davon aus, dass uns Menschen nichts anderes übrig bleibt, als moralisch richtiges Verhalten zu schätzen, also heuristisch zu leben.

Was aber bringt uns eine Entscheidung auf der Grundlage von Daumen mal Pi, wenn es um Leben und Tod geht? Man könnte eine Vielzahl von Extremsituationen konstruieren, wo dies verheerende Folgen hat. Sein vierter Punkt ist eine Kritik dieser Konstruktion von Dilemmata: Nicht die Extremfragen dominieren unser Leben. Es geht um den Kern vernünftiger Lebensgestaltung, nicht um ihre unscharfen Ränder. Deswegen sei heuristisches Verhalten gerechtfertigt.

Wenn heuristisches Verhalten aber in Extremsituationen versagt, wird es darum gehen, diese zu vermeiden. Hier kann nun die weitere Debatte anknüpfen. Eine Schlussfolgerung könnte sein, dass menschliches Handeln Institutionen schaffen soll, die moralische Extremsituationen verhindern.

S. W.

Ethik

69 Appiah, Kwame A.: **Ethische Experimente. Übungen zum guten Leben.** München: Beck, 2009. 267 S., € 19,90 [D], 20,50 [A], sFr 34,80 ISBN 978-3-406-59264-5



Leben als Konsum

Auf der alten Suche nach dem guten Leben

Die USA gelten als der Inbegriff des Konsumparadigmas. Doch es gibt auch Gegenbewegungen, wie zwei aktuelle Publikationen zeigen. Hans Holzinger hat sie sowie weitere Neuerscheinungen aus Deutschland und – in einem Fall – Großbritannien analysiert und zusammengefasst.

Ökologische Intelligenz

Nach seinen bahnbrechenden Werken „Emotionale Intelligenz“ und „Soziale Intelligenz“ hat sich der US-Psychologe *Daniel Goleman* nun dem Thema Nachhaltigkeit – eben der „Ökologischen Intelligenz“ – zugewendet. Ziel müsse sein, so der Psychologe, als Gemeinschaft „unsere Intelligenz in Bezug auf die ökologischen Folgen unserer Lebensweise“ weiterzuentwickeln und “im Zu-

sammenwirken mit Markttransparenz zu positiven Veränderungen“ zu führen (S. 11).

Wir verfügen derzeit, so Goleman, über keinerlei Sensoren, die uns vor Umwelt- und Gesundheitsschäden warnen, und sind damit für das (Über-)Leben in der heutigen Zeit schlecht ausgerüstet. Daher bräuchten wir neue „Warnsysteme“. Der Autor setzt dabei auf neue Erkenntnisse in der Neuroökonomie, der Informationswissenschaft sowie insbesondere „einer erst im Entstehen be-

griffenen Disziplin, der Industrieökologie“ (S. 11). Denn erst das Wissen um die Geschichte, Folgen und Nebenfolgen aller unserer Produkte ermöglichte uns als Konsumenten, aber auch als „Einkäufer bei einer Organisation oder als Produktmanager“, unsere Entscheidungen „mehr mit unseren Werten in Einklang zu bringen“ (S. 13). Ebendies sei ökologische Intelligenz. Der Autor spricht von einer neuen Ära, dem Eintreten in das „Zeitalter der radikalen Transparenz“ (S. 14), welches die Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit in Zukunft stark verändern werde. Führungskräfte hätten bereits heute begriffen, so berichtet Goleman aus Gesprächen mit Wirtschaftstreibenden, „dass gute Geschäfte eng mit guten Beziehungen verbunden sind und die Zufriedenheit ihrer Kunden steigt, wenn sie sehen, dass das Unternehmen Rücksicht auf ökologische Belange nimmt“ (S. 16). Ein wesentlicher Impuls werde dabei vom steigenden Gesundheitsbewusstsein breiter Bevölkerungskreise ausgehen, der etwa der schleichenden Vergiftung durch chemische Stoffe in unseren Gebrauchsgegenständen einen Riegel vorschieben werde. Die Grundthese lautet: „Mit einem tiefer greifenden Wissen um die ökologischen Belastungen durch die Dinge, die wir kaufen, steigt unser Einfluss auf die Welt von Handel und Industrie enorm.“ (S. 16)

Im Buch trägt Goleman das vorhandene Wissen über die negativen Auswirkungen von Produkten, sei es bei Lebensmitteln, Kosmetika oder Kinderspielzeug, zusammen und zeigt zugleich Wege eines anderen, ökologieverträglichen Produzierens auf. Dazu gehören für den Autor auch neue wirtschaftliche Kennzahlen wie ein von Joseph Stiglitz vorgeschlagenes „grünes Nettoinlandsprodukt“, das „neben dem Gesamtwert aller produzierten Güter eines Landes die Verminderung natürlicher Ressourcen und die Schäden in der Umwelt mitberücksichtigt“ (S. 245).

„In einem transparenten Markt wird Einkaufen zum geopolitischen Akt“ (S. 254), so die Hoffnung von Goleman auf die neue Konsumentenmacht, und diese führe auch zu politischen Veränderungen („Radikale Transparenz verändert die Spielregeln“, S. 255). Nur mit dieser „Ökologischen Intelligenz“ kämen wir vom Zustand des „Reparierens“, welches das Grundproblem der nicht nachhaltigen Entwicklung nicht löse, zur „Heilung“, dem „wieder ganz machen“. H. H.

Produzieren: nachhaltiges

70 Goleman, Daniel: *Ökologische Intelligenz. Wer umdenkt, lebt besser*. München: Droemer, 2009. 272 S., € 19,95 [D], € 20,50 [A], sFr 34,90
ISBN 978-3-426-27514-6

The Story of Stuff

Die in Kalifornien lebende Umweltaktivistin *Annie Leonard* wurde mit ihrem Internet-Film „The Story of Stuff“ weltweit einem Millionenpublikum bekannt. Mit einfachen Zeichentrick-Animationen zeigt die langjährige Mitarbeiterin von Greenpeace International und in der Folge der Global Alliance for Incineration Alternatives (GAIA) die Absurditäten des modernen Konsumismus bzw. des globalisierten Güterwahns auf. Im gleichnamigen, nun auch auf Deutsch vorliegenden Buch – es trägt den Untertitel „Wie wir die Erde zumüllen“ – hat Leonard einmal mehr eine Menge an Daten und Fakten über unsere Wegwerfgesellschaft gesammelt. Wie Goleman setzt auch sie auf Information und Aufklärung – die Untergliederung des Buches in die fünf Bereiche „Rohstoffgewinnung“, „Produktion“, „Distribution“, „Konsum“ und „Entsorgung“ folgt der Geschichte der Produkte von deren Wiege bis zur Bahre (und diese Aufteilung macht das Buch – dies sei nebenbei angemerkt – lesefreundlicher als jenes ihres Kollegen; zudem findet man im Anhang zu allen fünf Bereichen nochmals politische und individuelle Maßnahmen zusammengefasst).

Die Autorin bietet eine Fülle an Hintergrundwissen – sei es zum Chemiecocktail unserer Plastikwelt oder zu den globalen Güterketten unserer Handys oder Laptops. Doch mehr als Goleman insistiert Leonard auf politischem Engagement. Sie spricht vom überentwickelten „Konsum-Ich“ bzw. „Konsum-Muskel“ und einem unterentwickelten „Bürger-Ich“ bzw. „Bürger-Muskel“. „Von allen besorgniserregenden Entwicklungstendenzen und Zahlen zum Zustand unseres Planeten“, so schreibt sie, „beunruhigt mich am meisten das Verschwinden unseres Bürger-Ichs.“ (S. 273). Leonard sieht die Ursache hierfür vor allem in der aggressiven und dumm machenden Konsumwerbung, die zum Verfall kultureller und politischer Kompetenz führe. Ein Beispiel: „In Amerika können Zweijährige ihre Markenvorlieben artikulie-



„Radikale Marktransparenz verändert das Kräfteverhältnis zwischen Unternehmen und ihren Kunden grundlegend, weil sie die Käufer so zielgerichtet wie nie zuvor mit ihrem Geld abstimmen lässt.“

(D. Goleman in **70**, S. 254)



FACTS NACHHALTIGES PRODUZIEREN UND LEBEN

Ressourcenverbrauch: „Weltweit werden Jahr für Jahr mehr als sieben Millionen Hektar Wald vernichtet, das sind 20.000 Hektar pro Tag.“ (S. 44)

Produktivitätssteigerung: „Die Kosten für die Herstellung von einem Megabit Rechenleistung beliefen sich 1970 auf etwa 20.000 Dollar, 2001 waren die Kosten auf zwei Cents gesunken.“ (S. 250)

Medienkonsum: „2008 schaute ein Amerikaner im Schnitt etwa fünf Stunden pro Tag fern. Deutschland liegt hier bei 3,5 Stunden.“ (S. 267)
(aus A. Leonard in **71**)

LINKS ANDERS WIRTSCHAFTEN UND LEBEN

The Story of Stuff: Film zum Buch, zahlreiche weiterführende Informationen zu im Buch angesprochenen Themen,

www.thestoryofstuff.de

Sustainable Biomaterials Collaborative: Netzwerk zur Förderung des Übergangs von erdöl- zu pflanzenbasierten Materialien (mehr dazu im Buch S. 84), www.sustainablebiomaterials.org

Deklaration der Rechte indigener Völker: Verabschiedet von der UNO im September 2007 mit einer überwältigenden Mehrheit von 143 Stimmen; dagegen stimmten Kanada, Australien, Neuseeland und die USA (S. 90f), www.humanrights.ch

World Bank Bonds Boykott: Kampagne zum Verzicht auf den Kauf von Weltbank-Obligationen (S. 92f), www.econjustice.net/wbbb

Environmental Paper Network: Setzt sich ein für die Verwendung von Recyclingpapier, umweltschonende Papierproduktion und Druckverfahren (S. 116), www.environmentalpaper.org

Campaign for Safe Cosmetics: Deckt Giftstoffe in Kosmetika wie Blei in Lippenstiften auf (S. 146), www.safecosmetics.org

Biomonitoring Resource Center: In diesem Zentrum der Organisation Commonweal kann man die Körperbelastung mit Schadstoffen messen lassen (S. 148), www.commonweal.org

REACH: Europäisches Chemikaliengesetz, dass die Chemieindustrie und Produkthersteller verpflichtet, die Unbedenklichkeit der verwendeten zu belegen (S. 171), www.reach-info.de

GoodeGuide: Online-Datenbank mit Daten über die Auswirkungen von mittlerweile über 75.000 Alltagsprodukten auf Umwelt, Gesellschaft und Gesundheit (S. 187f), www.goodguide.com

Ecoshopper: www.ecoshopper.de, EcoTopTen des Öko-Instituts Deutschland: www.ecotopten.de, Marktcheck von Greenpeace Österreich: www.marktcheck.at (S. 188)

Global Trade Watch: Unterorganisation der Verbraucherschutzorganisation Public Citizen, die sich für faire Handelsabkommen einsetzt (S. 223), www.tradewatch.org

Local Food-Bewegung: Restaurants und Märkte, die Lebensmittel aus der näheren Umgebung verwenden (S. 230), www.slowfoodusa.org
Deep Economy: Buch des US-Umweltautors Bill McKibben (S. 231), www.billmckibben.com

Business Alliance for Local Living Economics (BALLE): Fördert lokales Wirtschaften und kommunale Selbstversorgung (S. 231), www.livingeconomies.org

Transition Towns: Mittlerweile über 250 Städte des Übergangs, die sich frühzeitig auf die postfossile Ära einstellen (S. 232), www.transitiontowns.org

Happy Planet Index: Verbindet Lebenserwartung, Zufriedenheit und ökologischen Fußabdruck, am besten schneidet der mittelamerikanische Staat Costa Rica ab, (S. 246), www.happyplanet.org

Downshifter: Stellen Freizeit, Beziehungspflege und Gesundheit über das Anhäufen von Sachen. (S. 254), www.downshifting.eu

Dell: Erster Computerhersteller, der sich 2009 verpflichtet hat, keinen Elektronikschrott mehr in Entwicklungsländer zu exportieren (S. 310), www.DELL.com

Zero Waste: Bewegung für die drastische Reduzierung des Mülls mit dem Ziel, diesen gänzlich zu unterbinden (S. 350f), www.zerowaste.org (aus A. Leonard in **71**)

ren, und Teenager verbringen mehr Zeit in Einkaufszentren als mit Lesen oder Lernen, während ungefähr die Hälfte der Erwachsenen es nicht für nötig hält, regelmäßig wählen zu gehen.“ (S. 273). Die Autorin entfaltet in ihrem Buch ein schauriges Panorama unserer „take-make-waste“-Kultur (S. 211), wie sie es nennt, in das auch viel Erfahrungswissen aus Vor-Ort-Recherchen in aller Welt eingehen. Leonard verharrt jedoch nicht in der Kritik an Negativzuständen, sondern sie zeigt auch Alternativen auf. Neben vielen anregenden Karikaturen taucht immer wieder eine Figur mit einem Schild „Hoffnung“ auf, das auf Positivansätze verweist. So erfährt der Leser/die Leserin, dass es auch dieses andere Amerika gibt – von kritischen, weltweit tätigen NGOs über Initiativen für regionales Wirtschaften bis hin zu Bewegungen eines einfachen Lebensstils („Downsizing“). Die Fülle an vorgestellten Alternativansätzen (*siehe Kasten*), die vielen Links und Anmerkungen, die um die 400 Seiten des Buches nicht zu sprengen, auf der Homepage zum Buch nachzulesen sind, machen in der Tat Hoffnung und erinnern den Rezensenten an Robert Jungks „Jahrtausendmensch“, in dem er aus den „Werkstätten der Zukunft“ der beginnenden Bürger- und Sozialbewegungen in den 1970er-Jahren berichtete. Und Dank der umfangreichen Ergänzungen der deutschen Ausgabe durch Roland Weber von der Initiative „Aufbruch“ findet man/frau auch viele Hinweise auf Initiativen und Projekte in Europa bzw. des deutschen Sprachraums. Resümee: Das Buch ist eine wahre Fundgrube für einen Aufbruch in eine nachhaltige, lebendige und lustvolle Gesellschaft, die man später einmal vielleicht als „postkonsumistische Ära“ bezeichnen wird.

H. H.

Leben: nachhaltiges

71 Leonard, Annie: *The Story of Stuff. Wie wir die Erde zumüllen.* Berlin: Econ, 2010. 400 S. € 18,- [D], 18,50 [A], sFr 30,60; ISBN 978-3-430-20083-7

Leben als Konsum

Auch der britische Soziologe Zygmunt Baumann übt heftige Kritik am Konsumismus unserer Zeit. Das prägende Merkmal der spätmodernen Gesellschaft sieht er im Wandel von einer „Gesellschaft der Produzenten zu einer Gesellschaft von Konsumenten“. In „*Leben als Konsum*“ geht er insbesondere der Frage nach, wie sich in der Konsumgesellschaft menschliche Beziehungen sowie das Feld der Politik verändern. Im Konsumismus seien aus Bürgern Konsumenten geworden, die Waren kaufen, und dabei nicht merken, dass sie selbst zur Ware gewor-

den sind, die sich anpreisen muss, um soziale Anerkennung zu erhalten oder einen Job, so die zentrale These. Die Konsumgesellschaft zeichne sich dadurch aus, dass sie auch die zwischenmenschlichen Beziehungen der Konsumlogik unterwirft: „Das wichtigste Kennzeichen der Konsumgesellschaft – so sorgfältig verborgen und verheimlicht es auch ist – ist die Verwandlung von Konsumenten in Waren, genauer, ihrer Auflösung in der Warenflut.“ (S. 21)

Auf die Frage, was sie einmal werden wollen, antworten viele Teenager heute, so ein Beispiel des Soziologen für die Vermarktung des eigenen Lebens, dass sie „einfach berühmt werden wollen“. „Berühmt zu sein“, heiße in diesen Träumen nicht mehr (aber auch nicht weniger), „als auf den Titelseiten von Tausenden von Zeitschriften und auf Millionen von Bildschirmen gezeigt zu werden, im Gespräch zu sein, gesehen, wahrgenommen und damit, vermutlich, von vielen begehrt zu werden – genau wie die Schuhe, Röcke oder Accessoires, die derzeit in den Hochglanzmagazinen und auf den Fernsehbildschirmen prangen, und damit im Gespräch sind, gesehen werden, wahrgenommen, begehrt.“ (S. 22)

Baumann beschreibt unterschiedliche Kontexte des Konsumismus, etwa die Anpreisung des eigenen Marktwerts am Arbeitsmarkt, die zunehmende Verknappung der frei verfügbaren Zeit, das Sich-Zur-Schau-Stellen junger Menschen im Internet auf Partnersuche, die private und öffentliche Verschuldung, sowie die dramatischen Folgen der Exklusion vom Konsum, die das Gefühl des Versagens potenziere. Die Armen seien, so der Soziologe pointiert, der „Kollateralschaden“ der Konsumgesellschaft, sie seien „völlig nutzlos“, werden „nicht gebraucht, und somit sind sie unerwünscht“ (S. 164). „Die Gesellschaft wäre sehr viel besser dran, wenn die Armen ihre Zelte niederbrennen und sich selbst gleich mit verbrennen würden.“ (ebd.)

Beliebigkeit der Medien

Bedenkenswert ist auch Baumanns Kritik an der Beliebigkeit moderner Informationsvermittlung in den Massenmedien. Politische Nachrichten hätten mittlerweile – wie andere Waren auch – ein sehr rasches Verfallsdatum, sie dienen vornehmlich der Unterhaltung und würden kaum mehr Konsequenzen für das politische (Wahl)-Verhalten der BürgerInnen zeitigen: „Da Schlagzeilen in einer mit Informationen übersättigten Gesellschaft in erster Linie (und wirkungsvoll) dazu dienen, die Schlagzeilen des Vortags aus dem öffentlichen Gedächtnis zu löschen, haben all die Probleme, die in den Schlagzeilen als von ´öffentlichem Interesse´ dargestellt werden, ei-

ne sehr geringe Chance, vom Zeitpunkt der letzten Meinungsumfrage bis zum Zeitpunkt der nächsten Wahlen zu überleben.“ (S. 192) Die Kurzlebigkeit von Nachrichten reiche nur mehr, Stimmungen zu erzeugen, jedoch nicht, politische Meinungen zu formen, geschweige denn entsprechendes politisches Engagement anzuregen. In der „Ära der pointillistischen Zeit“ (ebd.) würden die BürgerInnen auch im Bereich der Information zu „Konsumenten“. Während demokratische Teilhabe eine langfristige Investition sei, „die Zeit braucht, um zu reifen“ (ebd.), würden „Info-Tainment-Events“ konsumiert, die „weder Wurzeln in der Vergangenheit ... noch einen festen Halt in der Zukunft“ (ebd.) haben.

Rückkehr zu Solidarität

Wo sieht der Autor Zukunftsperspektiven? Der „Verbraucheraktivismus“ auch von Bewegungen für „kritischen Konsum“ ist für den Soziologen in Analogie zur Ausbreitung des Konsumentendaseins Ausdruck des Niedergangs traditioneller Formen politischer Partizipation und des gesellschaftlichen Engagements, also ein Symptom der zunehmenden Politikmüdigkeit. Die Vereinzelung, die auch zur Individualisierung von Versagen oder Verarmung geführt habe, könne hingegen nur durch das „Prinzip der gemeinschaftlich organisierten, kollektiven Versicherung gegen individuelles Unglück“ überwunden werden. Einer „Ordnung des Egoismus“ müsse eine „Ordnung der Gleichheit“ entgegengesetzt werden, die sich – so die zentrale Schlussaussage von Baumann – nur durch Wohlfahrtsstaaten sicherstellen lasse. Nur so sei die Erfahrung einer „gefühlten und gelebten Gemeinschaft“ (S. 182) möglich. Das Gefühl der „Zugehörigkeit“ wäre in diesem Sinne zu übersetzen als „Vertrauen auf den Nutzen menschlicher Solidarität“ (S. 184). Baumann illustriert dies an einer Passage des Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens von 2004: „Jeder ist irgendwann einmal schwach. Wir brauchen einander. Wir leben unser Leben im Hier und Jetzt, in Gemeinschaft mit anderen, inmitten ständiger Veränderungen. Wir werden alle bereichert, wenn alle sich einbringen können und niemand außen vor bleibt. Wir sind alle stärker, wenn es Sicherheit für alle gibt und nicht nur für einige wenige.“ (zit. S. 185). Dieser Alternative zur auf Konkurrenz und ständiger Ausschlussdrohung basierenden Konsumgesellschaft ist wohl nichts hinzuzufügen. *H. H.*

Konsum: Wohlfahrtsstaat

72 Baumann, Zygmunt: *Leben als Konsum*. Hamburg: Hamburger Edition, 2009. 204 S., € 15,00 [D], 15,50 [A], sFr 25,50; ISBN 978-3-86854-211-0

„Die Mitglieder der Konsumgesellschaft sind selbst Konsumgüter, und es ist die Eigenschaft, ein Konsumgut zu sein, die sie zu vollwertigen Mitgliedern jener Gesellschaft macht.“

(Z. Baumann in **72**, S. 7)

„In ihrer neuen Rolle als Kollateralschaden des Konsumismus sind die Armen heute, und zum ersten Mal in der Geschichte, nichts anderes als eine Plage.“

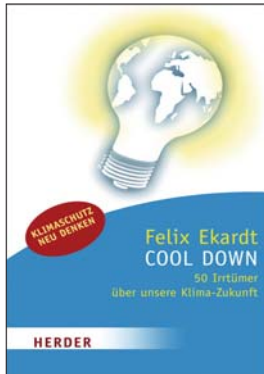
(Z. Baumann in **72**, S. 164)



Klimagerechtigkeit

Auch *Felix Ekardt* kritisiert den zur Disposition stehenden westlichen „Way of Life“; sein Zugang ist jedoch jener einer globalen Ressourcengerechtigkeit. „Gerechtigkeit meint ganz allgemein die Richtigkeit einer gesellschaftlichen Ordnung“, so Ekardt, Professor für Umweltrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Rostock, pointiert in seinem Buch *„Cool down. 50 Irrtümer über unsere Klimazukunft“*. Und etwas genauer: „Gerecht ist eine Gesellschaft dann, wenn in ihr jeder nach eigenen Vorstellungen leben kann und alle anderen das auch können – wenn also jeder gleichermaßen (!) ein so bezeichnbares Recht auf Freiheit hat und Freiheitskonflikte gewaltenteilig-demokratisch gelöst werden.“ Gerecht sei menschliches Zusammenleben also, „wenn es die Menschenrechte sowie bestimmte die Freiheit unterstützende Arrangements optimal verwirklicht.“ (alle Zitate S. 116f)

Was hat dies nun mit Klimawandel und Klimaschutz zu tun? Der Klimawandel schadet, so die Argumentation von Ekardt, „langfristig massiv künf-



tigen und weit entfernt lebenden Menschen, die wenig für diesen Klimawandel können“. Wir untergraben damit „die Selbstbestimmung und die Freiheit aller Menschen hierzulande in Zukunft sowie in anderen Erdteilen.“ (ebd.) Klimagerechtigkeit bedeute demnach, künftigen Generationen und Menschen in anderen Erdteilen ihre Lebenschancen nicht zu beschneiden. Nimmt man die wissenschaftlichen Erkenntnissen der Klimaforschung ernst – Ekardt bezieht sich dabei auf die Prognosen des IPCC –, dann bräuchten wir eine drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen: von 60-80 Prozent bis 2050 im Westen geht die Politik aus, das wären maximal 2 Tonnen CO₂ jährlich pro Erdbewohner als Ziel bis 2050: „Aktuell sind die Amerikaner aber bei 20, die Deutschen bei 11, die Chinesen bei 4 und die Afrikaner bei 0,5 Tonnen CO₂.“ (S. 15) Selbst wenn man 2° C globale Erwärmung hinnehmen würde, bräuchte man, so Ekardt weiter, in den Industrieländern nach Meinung der Fachleute quasi eine „Null-Emissions-Wirtschaft“. Denn nur „etwa 0,5 Tonnen pro Erdbewohner wären jährlich auf Dauer verträglich.“ (S. 15f)

TOOL GLOBALES ÖKOBONUS-SYSTEM

Herzstück des Buches von Felix Ekardt ist ein Vorschlag für einen globalen Emissionshandel, der von einem Pro-Kopf-Emissionsrecht („Jeder Mensch zählt dabei gleich viel“, S. 89) ausgeht: Schrittweise, beispielsweise beginnend mit 5 Tonnen CO₂-Äquivalenten, müsse bis 2050 das Ziel von 0,5 Tonnen pro Kopf erreicht werden. Die an die Staaten ausgegebenen, sukzessive verringerten Emissionspotenziale würden an die Primärenergieunternehmen versteigert. Fossile Energieträger würden demnach verteuert und in den Preisen aller Güter und Dienstleistungen aliquot dem jeweiligen Anteil sichtbar: „Überall würden die Preise plötzlich die ökologische Wahrheit sagen: beim Fleischkonsum, bei der Urlaubsreise, bei den vielen kleinen Drogerieartikeln, der High-Tech-Küche, den schönen T-Shirts etc.“ (S. 92). Doch genau dies würde „weltweit und gesamtgesellschaftlich den nötigen Wandel auslösen.“ (ebd.)

Die Einnahmen aus den Versteigerungen würden an die BürgerInnen als „Ökobonus“ gleichmäßig rückerstattet, wodurch jene belohnt würden, die emissionsärmer leben. Die Staaten des Südens sollten verbindlich in das System integriert werden, aufgrund der niedrigeren Pro-Kopf-Emissionen würden die Ärmere jedoch zu finanziellen Gewinnern: „So würde neben dem Klimaschutz auch das zweite Megaproblem angegangen, das dringend gelöst werden muss – die globale Armut.“ (S. 89) Ekardt fordert überdies, dass auch die klimarelevanten Sektoren Landwirtschaft, einschließlich der Frage der Entwaldung, sowie der grenzüberschreitende Luft- und Schiffsverkehr einbezogen werden müssten. Eine globale Institution – der Autor denkt dabei an das bereits bestehende UN-Klimasekretariat in Bonn – müsste das Recht erhalten, „die Emissionsreduktionen zu überwachen und notfalls mit einschneidenden Sanktionen durchzusetzen.“ (S. 90) (in [73](#))

Wir sind „Klima-Talker“

Dass wir von diesem Ziel mehr als weit entfernt sind – weltweit sind die Klimagasemissionen seit 1990 um rund 40 Prozent gestiegen – ist allgemein bekannt. Ekardt benennt deutlich und gut nachvollziehbar die gegenwärtige Pattsituation: „Wir sind große ‚Klima-Talker‘, das Handeln der Politik, der Unternehmen und der Bürger ist aber unverändert lau. Wir verlieren uns in Prognosen und Katastrophenszenarien – und in unübersehbar kleinen, aber viel zu wenig effektiven klimapolitischen Schritten.“ (S. 11)

Konzepte für eine echte Klimawende, so die zentrale These des Buches, die über „vielschichtiges, aber oft wenig erfolgreiches Klein-Klein hinausgehen, und die Ursachenanalysen, warum die Menschheit blindlings in die größte Katastrophe ihrer Geschichte hineinfläuft (und wie das zu ändern wäre), kommen zu kurz.“ (ebd.) Diese Lücke versucht Ekardt zu schließen, in dem er Klartext redet. Der Autor plädiert dafür, über die bisher „primär naturwissenschaftliche Katastrophendebatte“ hinauszukommen und einen „radikaleren, dabei stärker sozial, psychologisch, moralisch, rechtlich und ökonomisch ausgerichteten – und vernetzten – Ansatz“ zu verfolgen (S. 12). Er beleuchtet dabei die Dilemmata kollektiver Gemeingüter, die keine Anwaltschaft haben, die motivationspsychologischen Probleme fehlender Regeln bzw. falscher Anreizsysteme, die vielen Beschwichtigungs- und

Verzögerungsstrategien sowie das Fehlen der notwendigen Ernsthaftigkeit hinsichtlich konkreter Maßnahmen. Wir seien „gefangen in gewohnt-bequemen kulturellen und wirtschaftlichen Mustern (Autos sind eben ´üblich´) und fixiert auf kurzfristigen ökonomischen Fortschritt.“ Uns fehlt der „emotionale Zugang zum durch uns verursachten Leid in fernen Ländern und bei künftigen Generationen.“ Nicht zuletzt: „Im Zweifel sind wir Egoisten.“ (S. 22) Ekardt ist überzeugt, dass aufgrund der psychologischen Barrieren nur verbindliche globale Vereinbarungen, die weit über Kyoto („Nullrunde“) hinausgehen, verbunden mit der Herausstellung des Eigennutzes aller, den Umschwung bringen können: „Globales Handeln ist angesagt – aus schlichtem ökonomischen und friedenspolitischem Eigennutzen und weil wir andernfalls die Gerechtigkeit in epochalem Ausmaß mit Füßen treten.“ (S. 21)

Klare Begrenzungen geben Halt

Im Nationalstaat sei der Kapitalismus erst an dem Punkt für die breiten Massen vorteilhaft geworden, „als es (im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einer politischen Regelsetzung und damit zur sozialen Marktwirtschaft“ gekommen sei (S. 110). Genau eine solche Rahmensetzung sei nun, so die einleuchtende Argumentation des Umweltrechtlers, auf globaler Ebene nötig, da eine nationalstaatliche Politik eine „globale, mobile Ökonomie“ nur mehr unvollständig einhegen könne (S. 111). Allein diese neuen globalen und für alle transparenten Anreizstrukturen würden nach Ekardt den geforderten Wandel bewirken, dies ohne weitere Verbund und Gebote, sondern geregelt über ökologisch faire Preise. Dass dabei das herkömmliche Wachstumsprinzip der ressourcenintensiven Volkswirtschaften überwunden und andere Lebenszufriedenheit herstellende Parameter als die gegenwärtige Konsumfixierung in den Mittelpunkt treten würden, liegt für den Autor dabei auf der Hand. Denn gerade der Wachstumszwang und die „scheinbar geniale Idee eines unregulierten, freien Spiels der Kräfte“ würden systemisch in den Kollaps führen. Doch: „Klare Begrenzungen, wie sie heute unpopulär sind, zwingen zwar ein – sie können aber auch einen gewissen Halt geben. Auch das gehört zur Freiheit. Und dass wir bereit sind, zu sehen, wenn unser Verhalten die Freiheit anderer zerstört.“ (S. 174). H. H.

Klimaschutz: global

73 Ekardt, Felix: **Cool down. 50 Irrtümer über unsere Klima-Zukunft.** Freiburg: Herder, 2009. 192 S., € 9,95 [D], 10,30 [A], sFr 17,50
ISBN 978-3-451-06186-8

Geld oder Leben

„Die Erkenntnis, dass und wie wir in unserer Gesellschaft weltanschaulich-kulturell in den Maximierungswahn verstrickt sind, ist niederschmetternd. Aber es lohnt sich, diese Wahrheit näher zu betrachten, sie birgt auch Tröstliches. Denn wenn wir das Problem sind, dann sind wir auch die Lösung.“ Damit bringt *Veronika Bennholdt-Thomsen* auf den Punkt, was einen Ausstieg aus der Konsumgesellschaft, wie sie Zygmunt Baumann scharfsichtig kritisiert (s. o.) ermöglichen könnte. Die derzeit an der Universität für Bodenkultur in Wien lehrende Subsistenzforscherin – in Bielefeld betreibt sie seit vielen Jahren ein eigenes Institut zum Thema – beschreibt zunächst die Herausbildung der Marktökonomie seit dem 18. Jahrhundert in fünf Merkmalen: Zunehmende Geringerschätzung der Frauenarbeit innerhalb der modernen geschlechtlichen Arbeitsteilung (1), Geringerschätzung des bäuerlichen Wirtschaftens (2), Missachtung der Natur (3), kolonialistische Plünderung anderer Gesellschaften (4) und schließlich Verbreitung von Angst vor der Knappheit (5). Wirtschaften habe sich in diesem Sinne immer mehr vom Lebensdienlichen entfernt, abstrakte Ziele seien in den Vordergrund getreten: „Bei der Warenproduktion ist das Ziel Geld, das immer mehr Geld ‘produziert’, oder die Akkumulation des Kapitals. Leben fällt gewissermaßen nur als Nebenprodukt an.“ (S. 12)

Die Finanzkrise gebe zwar eine Ahnung, dass „man Geld nicht essen kann“ (S. 12), für Bennholdt-Thomsen sind die derzeit gegebenen Antworten auf die Krise aber unbefriedigend: „Man macht Einzelne zu Schuldigen und hält am Illusionstheater fest.“ (S. 17) Die Autorin lädt dazu ein, dass wir uns von der „internationalen Supermarktökonomie“ (S. 22) verabschieden und uns schrittweise (wieder) einer regionalen, an realen Gebrauchswerten orientierten Wirtschaftsweise zuwenden. Sie hinterfragt zu Recht scheinbar unumstößliche Gewissheiten wie den gerechten Preis bzw. Lohn („Ist es in Wirklichkeit nicht so, dass Brot für die Hungernden einen ganz anderen Wert hat als für die Satten? Dennoch kostet es für beide gleich viel.“ S. 52) oder das Menschenbild des „Homo oeconomicus“, dem sie jenes des „Homo donans“ – ausgehend vom matriarchalen Prinzip einer „Care economy“ – entgegengesetzt. Wirtschaften sei im Sinne der Sorge für einander vor allem Verbundensein, Gemeinschaft, was jedoch durch die Konkurrenzwirtschaft total verschüttet worden sei, so die Kritik der feministischen Sozialwissenschaftlerin.

„**Eigentlich ist globaler Klimaschutz so einfach wie Klimaschutz insgesamt. Es braucht verbindliche, einschneidende globale Reduktionsziele für Treibhausgase und Ressourcenverbrauch, plus Ausgleichszahlungen für die sozial Schwächeren.**“
(F. Ekardt
in **73**, S. 19)



„**Armutsbekämpfung im Süden und Sicherung des Sozialstaats im Norden sind allein schon ökonomisch vorteilhaft; erst recht ökonomisch vorteilhaft ist es, die drastischen Kosten des Klimawandels zu vermeiden.**“
(F. Ekardt
in **73**, S. 93)

Akt der Selbstermächtigung

In der erneuten Entkommerzialisierung sieht Bennholdt-Tomsen daher „eine Maßnahme der Selbstverteidigung gegenüber den totalitären Mechanismen des Warensystems“ und einen „Akt der Selbstermächtigung“. Diese Entkommerzialisierung werde „nicht von heute auf morgen erreicht werden, sondern im Laufe eines Prozesses kollektiven Lernens“, doch dieser habe „längst begonnen.“ (S. 56) Community Gardening, Gemeinschaftsgärten, Umsonstläden, Tauschkreise, Bewegungen wie jene des „Containerns“ als selbstorganisierte Verteilung von Brauchbarem aus Müllcontainern der Lebensmittelmärkte, aber auch Erzeugerverbraucher-Initiativen, Lebensgemeinschaften in der Stadt wie am Land, Bewegungen einer freien Wissenszirkulation – all das sind für die Autorin Ansätze einer modernen Subsistenz. Sie spricht von „Reruralisierung der Stadt, der Stadt-Land-Beziehungen sowie der Landwirtschaft“ (S. 77ff) sowie von „Entkommerzialisierung des Geldes und der Arbeit“, wo immer dies möglich sei. Regionalwährungen würden dem ebenso entsprechen wie Tätigkeiten auf Tausch- oder Freundschaftsbasis.

Bennholdt-Tomsen weiß, dass wir alle in das Marktsystem integriert bzw. verstrickt sind, sie plädiert jedoch dafür, uns Stück für Stück daraus zu lösen „Was mache ich ohne Geld? Wel-

che meiner Beziehungen haben nichts mit Geld zu tun?“ (S. 88). Auf Forderungen an die Politik verzichtet die Autorin und sie erwartet auch nicht allzu viel von dieser. Denn: „Herrschaft wird in unserer Zeit ausschließlich wachstumsökonomisch legitimiert. Diese Legitimation muss aufgekündigt werden, und zwar von uns allen. Die Verantwortung für eine erdemokratische Politik liegt bei jedem Individuum.“ (S. 88) H. H.

Wirtschaften: autonomes

74 Bennholdt-Tomsen, Veronika: **Geld oder Leben.** Was uns wirklich reich macht. München: ökom, 2010. 93 S., € 8,95 [D], € 9,20 [A], sFr 15,20 ISBN 978-3-86581-200-1

„Die Politik des Alltags ist das entscheidende Mittel der Selbstermächtigung der Individuen und der Zivilgesellschaft gegenüber dem entmündigenden Moloch des Geld- und Warensystems.“ (Bennholdt-Tomsen in **74**, S. 86)

Entdeckung der Nachhaltigkeit

Der Titel des letzten in diesem Abschnitt besprochenen Buches ist doppeldeutig. „Die Entdeckung der Nachhaltigkeit“ meint zum einen das historisch sehr junge Phänomen der globalen Begrenztheit der Ressourcen. Sie verweist aber auch darauf, dass es die Übernutzung der Natur und – dieser korrespondierend – Mahnungen zu einem sorgsamem Umgang mit ihr schon seit Jahrhunderten, ja Jahrtausenden gibt. In seiner „Kulturgeschichte“ der Nachhaltigkeit zeichnet der Autor *Ulrich Grober*, Pro Zukunft-LeserInnen bereits durch sein schönes Buch „Übers Wandern. Die Wiederentdeckung einer alten Kunst“ (PZ 2006/4) bekannt, daher beides nach. Er skizziert die noch junge Genese des Begriffs der Nachhaltigkeit von den „Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome 1972) über die Brundtland-Kommission (1987) bis hin zur Konferenz von „Rio“ (1992) und ihren Nachfolgetagungen. Doch das ist bekannt und hätte keines eigenen Buches bedurft. Grober webt in diese neue Geschichte der Nachhaltigkeit aber auch die kulturellen Webmuster der neuen sozialen Bewegungen sowie der Umweltbewegung im Besonderen ein.

Der Song „Imagine“ von John Lennon und Yoko Ono, der eine Welt in Frieden ohne Hunger und Gewalt beschreibt („You may say I am a dreamer, but I am not the only one. I hope, some day you'll join us. And the world will live as one“), wird dabei ebenso zitiert wie der erste Umweltklassiker „Silent Spring“ von Rachel Carson oder die neue Psychologie der Lebensbedürfnisse von Abraham Maslow. Und auch der erstmalige Blick auf die Erde aus dem Weltall wird in die mentale Formung eines Bildes von der „Einen Welt“ eingeflochten. „Die Her-

BUCHTIPP VOM ZEITINFARKT ZUM LOB DER PAUSE

Bennholdt-Tomsens „Geld oder Leben“ ist in der neuen Reihe des ökom-Verlags „quer gedacht“ erschienen – kleinformatig-handliche Bücher, ideal zum Lesen unterwegs oder zum Immer-Wieder-Nachschielen. In derselben Reihe hat der Zeitexperte *Karl-Heinz-Geißler* wieder einmal seine Überlegungen zu unserer Nonstop-Gesellschaft und den modernen Zeitfallen zusammengestellt. Den Finanzcrash deutet er als „Zeitinfarkt“. Aufgrund der zunehmenden Transaktionsdichte und des immer mehr beschleunigten Transaktions tempos habe „schlichtweg die Zeit zur Kontrolle der Risiken“ gefehlt (S. 20). „So musste der Hochgeschwindigkeitsblindflug der Finanzmärkte, bei dem man ohne Zeiten der Nachdenklichkeit, des Luftholens, des Durchatmens, des Abstandgewinnens auskommen wollte, zwangsläufig als Bauchlandung enden.“ (ebd.) Ein Prinzip, das Geißler auf alle unsere Lebensbereiche überträgt. Dabei ist der Autor nicht generell für Verlangsamung, sondern für Innehalten dort, wo es notwendig ist. Statt Entschleunigung spricht er daher von „Enthetzung“ und „Pausen als Lichtblicken des Daseins“. Es lohnt sich, immer wieder in „Lob der Pause“ nachzuschlagen und der Lektüre dann auch Konsequenzen folgen zu lassen! H. H.

Zeit: Lebensstil

75 Geißler, Karlheinz A.: **Lob der Pause.** Warum unproduktive Zeiten ein Gewinn sind. München: ökom, 2010 108 S., € 8,95 [D], 9,20 [A], sFr 15,60 ISBN 978-3-86581-200-1

ausforderung an uns alle“, so zitiert Grober den Astronauten und Fotografen von „blue marble“, Harrison Schmitt, sei es, „diese Heimat zu behüten und zu schützen. Gemeinsam. Als Menschen dieser Erde.“ (S. 29). „Die Umkehr des Blicks erzeugte ein Wir-Gefühl“, so ergänzt der Umweltjournalist, „das nun nicht mehr nur auf einen Nahraum begrenzt war, sondern die ganze Erde einschloss.“ (ebd.)

Entdeckung der „Oecologie“

Doch nicht weniger interessant wie diese zeitgeschichtliche Rahmung der Nachhaltigkeit ist das Eintauchen des Autors in die frühere Kultur-, Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte: von Platons Lehre des „rechten Maßes“ über die Naturverbundenheit und Einfachheit des Franz von Assisi (und der mittelalterlichen Mystik) bis hin zur Entdeckung der ersten „Oecologie“ durch Goethe, Herder, von Humboldt oder Linné (sowie die Gegenparts der Weltbeherrschung seit Leibniz und Spinoza). Selbstverständlich wird auch der Kontext des erstmaligen Auftauchens des Begriffs der Nachhaltigkeit beleuchtet – das ins 17. und 18. Jahrhundert datierte forstwirtschaftliche Prinzip „nachhaltige Waldwirtschaft“, das eigentlich aus einer herrschaftlichen Verfügung des Zugriffsrechts entstand – Grober spricht von „Vermessung der Wälder“. Dass der Zugang zu bzw. die Herrschaft über Energieressourcen eine entscheidende Konstante des Wirtschaftens – gestern, heute und morgen – darstellt, macht das anschließende Kapitel „Fossil, nuklear, solar“ deutlich.

Es ist faszinierend, den vielschichtigen Erkundungen und historischen wie zeitgenössischen Bezügen des Autors zum Thema Nachhaltigkeit zu folgen, die immer wieder auch transkulturelle Bezüge herstellen. So schildert Grober etwa gleich zu Beginn das überlebensnotwendige Aufbewahren von Saatgut in traditionellen afrikanischen Kulturen. „Was die Bauern da für später zurücklegen – als Reserve vorhalten –, ist das Saatgut für das kommende Jahr, ihre Lebensversicherung, die einzige, die sie haben. Unsichtbar für begehliche Blicke, unerreichbar für hungrige Mäuler bleiben die Säckchen liegen. Auch dann noch, wenn die Erträge der letzten Ernte aufgezehrt sind.“ (S. 7) Afrika sei daher ein „großer Lehrmeister. Er erzieht zur Resilienz“ (ebd.). Zugleich erfahren wir, dass auch Goethe so gedacht hatte: „Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden, meinte dieser.“ „Zeitlose Weisheit und wunderbare Metapher für Nachhaltigkeit“, meint Grober (S. 9). Dem kann man sich nur anschließen. So

schimmert freilich immer auch die Sichtweise des Autors selbst durch, der auf eine Lebensweise des „Langsamer – weniger – besser – schöner“ (Toblicher Gespräche, 1992) setzt. Grober hofft auf das in vielen Kulturen und Bewegungen anzutreffenden „Wortfeld“ der Nachhaltigkeit und darauf, dass seine Zukunft erst bevorsteht: „Überall in der Welt tritt es in die Alltagskultur ein, verbindet sich mit sinnlichen Erfahrungen und gewinnt selber eine sinnliche Qualität.“ (281f) Sein Buch ist eine Einladung, dieser Sinnlichkeit im eigenen Leben nachzuspüren. *H. H.*

Nachhaltigkeit: Kulturgeschichte

76 Grober, Ulrich: *Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs*. München: Kunstmann, 2010. € 19,90 [D], € 20,50 [A] sFr 33,80 ISBN 978-3-88897-648-3



KOMMENTAR

WEGE ZUR NACHHALTIGKEIT

„Die Zukunft“ sei nie „bruchlose Fortsetzung der Gegenwart“. Sie werde immer neu gemacht, „freilich mit den geistigen Ressourcen der Vergangenheit.“ Das Neue könne nur im Schoß des Alten entstehen. Dabei erstaune, dass „in jeder Renaissance, in jeder Epoche des Aufbruchs ... die Bilder, die Grundideen und das Vokabular der Nachhaltigkeit“ erscheinen, so fasst *Ulrich Grober* die zentrale Erkenntnis seiner Erkundungen über die „Entdeckung der Nachhaltigkeit“ zusammen (S. 42). Die in diesem Abschnitt vorgestellten AutorInnen sind ebenfalls unter der Klammer „Nachhaltigkeit“ zu fassen, auch wenn ihre Zugänge unterschiedlich weit gehen. Während *Daniel Goleman* systemkonform auf industrielle Ökologie, mehr Information und aufgeklärte KonsumentInnen hofft, setzt *Annie Leonard* auf das Moment der politischen Aktion. Das Konsum-Ich soll durch das Bürger-Ich abgelöst werden. *Zygmunt Baumann* wiederum insistiert – die Negativfolie einer fragmentierten, ins Autoritäre driftenden Gesellschaft vor Augen – auf einen Zusammenhalt stiftenden Solidarstaat. *Felix Ekardt* transformiert das Gerechtigkeitsprinzip auf die Ebene der globalen Ressourcennutzung und fordert, wissend um die motivationspsychologischen Barrieren freiwilliger Vereinbarungen, ein globales Regelsystem, das Umweltbelastung nach dem Prinzip gleicher Verschmutzungsrechte bepreist. Am radikalsten ist wohl der Ansatz von *Veronika Bennholdt-Tomsen*, die Wirtschaften wieder eingebettet sehen möchte in eine Grundbedürfnisstrategie, gemäß derer wir uns das zum Leben Notwendige weitgehend autonom in dezentralen Einheiten produzieren. Was aus ökologischer Sicht reichen wird, ist noch nicht ausgemacht; auch nicht, was das „bessere Leben“ ist, von dem Ulrich Grober spricht. Der Realitätssinn von Ekardt, der wirksamen Klima- und Ressourcenschutz nur durch andere ökonomische Preissignale umsetzbar sieht, Anreizstrukturen, die dann von selbst in die Postwachstumswirtschaft führen, hat hohe Plausibilität; der Entwurf eines völlig anderen Wirtschaftens freilich [für mich] nicht weniger Charme. Wir brauchen alles: Das Zusammenwirken der unterschiedlichen Bewegungen könnte dann die geforderte kulturelle Transformation im 21. Jahrhundert bringen. *H. H.*



Urbanität neu planen

Die Zukunft der Städte hat insbesondere damit zu tun, was ihre BewohnerInnen aus ihnen machen. Die Aktivierung der sozialen Ressourcen der Menschen, die Einbindung der Betroffenen in Entwicklungsvorhaben sowie die Entdeckung neuer Formen der Gemeinwesenarbeit spielen dabei eine wichtige Rolle. Theoretische Ansätze dazu sowie konkrete Projekte der Bürgerbeteiligung werden im Folgenden vorgestellt.

Soziale Potenziale der Stadt

Die Zukunft der Städte hängt wesentlich von der ökonomischen und bevölkerungsbezogenen Gesamtentwicklung einer Gesellschaft ab. Generell lässt sich kein einheitlicher Trend feststellen. Wachsenden Boomregionen und Metropolen stehen schrumpfende Städte sowie Stadtteile mit starker sozialer Fragmentierung gegenüber. Der vorliegende Band „Urbanität neu planen“ stellt sich der Vielfalt der Zukunftsherausforderungen für Städte – von der Finanzkrise vieler Kommunen über den Umgang mit dem demografischen Wandel und dem neuen Trend zu einer Re-Urbanisierung in Wachstumszentren bis hin zu den massiven sozialen Integrationsproblemen von Megastädten in Ländern des Südens.

Während manche Probleme speziell die bundesdeutsche Situation betreffen, sind andere wohl für alle Städte der spätindustriellen Gesellschaften von Belang. Etwa der zunehmende Anteil von Zuwanderern mit all seinen Herausforderungen an eine gelingende Integration oder die begrenzte Wirkung der Abzahlung von Schulden durch Veräußerung von kommunalen Liegenschaften und Einrichtungen. „Da die Einnahmen aus Verkaufserlösen einmalig auftreten und Vermögen endlich ist, sind nachhaltige Effekte, die zur Gesundung Not leidender Kommunalhaushalte führen können, davon nicht zu erwarten“, so Klaus Jungfer über die Finanzkrise der Städte (S. 52).

Näher eingegangen sei auf eine Zukunftshoffnung für eine Gesundung der Städte, nämlich das stärkere Ausschöpfen der sozialen Potenziale der StadtbewohnerInnen, sei es über freiwilliges Engagement oder über innovative soziale Experimente. So spricht *Ulla-Kristina Schuleri-Hartje* vom Deutschen Institut für Urbanistik in ihrem Beitrag über „Soziale Segregation – Integrationsort Stadt“ nicht nur von der materiellen, sondern auch von der „sozialen Ausstattung“ von Stadtteilen. In Entwicklungskonzepten für benachteiligte Stadtteile wird – so eine zitierte Untersuchung des DIFU – nach dem Potenzial des modernisierungsfähigen Wohnbestands gleich an zweiter Stelle die „Mitwirkungsbereitschaft der Bewohner/innen“ genannt. Als nächstfolgende Kriterien für Zukunftsstrategien gelten der Stu-

die gemäß die „Wohnumfeldqualität“, die „Kooperationsbereitschaft von Schulen im Stadtteil“(!) sowie die „Lage bzw. Erreichbarkeit des Stadtteils“ (zit. S. 133).

Peter Guggenmoos, Geschäftsführer der städtischen Beteiligungsgesellschaft Augsburg Integration Plus GmbH, beschreibt in seinem Beitrag „Bürgerschaftliches Engagement, Selbstorganisation und Selbsthilfe“ die Anforderungen an moderne Freiwilligenarbeit, in die das traditionelle Ehrenamt behutsam integriert werden müsse, um bisher unausgeschöpfte Potenziale zu erschließen. Notwendig hierfür seien Freiwilligenagenturen und –zentren, die mittlerweile in vielen (deutschen) Städten existieren.

Förderung freiwilligen Engagements

„Anerkennungskultur“ für Freiwilligenarbeit dürfe sich nicht mehr, so Guggenmoos, auf „Klassiker“ wie Urkunden, Orden und Geschenkkörbe beschränken, Fortbildungsangebote sowie Zertifikate (die beruflich weiterhelfen können) würden an Bedeutung gewinnen. Im Augsburger Projekt „Schwungfeder“ – so ein dargestelltes Beispiel – erhalten Menschen in Übergangsphasen etwa nach dem Auszug des letzten Kindes oder nach Verrentung eine Art Ausbildung für freiwilliges Engagement. Notwendig sei auch eine offene Darlegung gegenseitiger Erwartungen: Während Kommunen Menschen suchen, die „bei der Bewältigung derjenigen Aufgaben helfen, für deren Lösung Geld und Personal fehlt“ (S. 155), möchten BürgerInnen auch ihre Ideen für die Stadt einbringen. Doch: „Wo der Bürger meint, lohnenswerte Alternativkonzepte zu städtischen Planungen vorzulegen, sieht sich der Planer möglicherweise in seinem Amtsfrieden gestört, wittert Mehrarbeit und Verzögerungen.“ (ebd.) So sei es auch kein Geheimnis, dass Agenda 21-Prozesse in einer Weise gesteuert werden können, „dass für kritische Bürger eine durch Räume und Budgets subventionierte, aber letztlich belanglose Spielwiese für Gutmenschen entsteht, während nebenan die tatsächlich wichtigen Entscheidungen getroffen werden.“ (ebd.)

Freiwilliges Engagement zu fördern sei, so der Autor zusammenfassend, jedoch in jedem Fall ein Gebot der Klugheit, da neben dem Output, also



„Städte als Kristallisationspunkte urbanen Lebens werden sich verändern: Singles und Senioren, Baugemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser, Tausch- und Helferbörsen in jedem Stadtteil sowie Nachbarschaftstreffs in jedem Kiez werden des Gesicht der Stadt der Zukunft prägen.“
(S. Frech/R. Reschl in **77**, S. 14)

dem Nutzen für andere, immer auch die „Binnenwirkung“, also der Nutzen für die Freiwilligen selbst zu sehen sei. Freiwilligenarbeit dürfe die Aufgaben des Staates nicht ersetzen, könne diese aber ergänzen und so auch zur „präventiven Sozialarbeit“ werden.

Auch der Zukunftsforscher *Horst W. Opaschowski* sieht die Zukunft der Stadt – wie jene der (post)modernen Gesellschaft – in der Stärkung der Zivilgesellschaft. Stadtplanung müsse sich neuen Wohn- und Lebensbedürfnissen öffnen und entsprechende Angebote zum Selbermachen unterbreiten. Nachbarschaftshilfen würden wieder an Bedeutung gewinnen, mehr Generationen unter einem Dach nach dem Prinzip „Wohnen mit Wahlfamilien“ eine Renaissance erleben. Zudem werde der Wunsch nach „Altwerden mit Familie und Freunden statt Einweisung ins Heim“ ganz wichtig, worauf die Planung von Senioreneinrichtungen abstellen müsse. Wohnanlagen würden demnach in Zukunft mehr als über die Hardware der Bauten über „Service, Beratung und Betreuung sowie über Identifikation, Image und Interessensprofil verkauft“ (S. 224).

Die Beiträge des Bandes enthalten viel Bedenkenswertes für (partizipative) Stadtplanung und Politik und sind durchaus über Deutschland hinaus von Interesse. *H. H.*

Bürgerbeteiligung: Stadt

77 Urbanität neu planen. *Stadtplanung, Stadtumbau, Stadtentwicklung.* Hrsg. v. *Siegfried Frech ... Schwalbach: Wochenschau-Verl., 2010. 254 S., € 17,30 [D], 17,80, sFr 29,40; ISBN 978-3-89974484-2*

Bürgerbeteiligung in der Stadt

Die Beteiligung von BürgerInnen auf lokaler Ebene ist ein wichtiger Bestandteil der Stadtentwicklung, wie bereits im letzten Abschnitt ausgeführt wurde. Die staatlichen Akteure versprechen sich davon nicht zuletzt eine bedarfsgerechtere Planung. Die Gründe dafür sind der verstärkte Bedarf an Legitimation und Akzeptanz der Entscheidungen sowie ein verändertes Selbstverständnis ordnungsrechtlichen Handelns. Oft aber ist bei den AktivistInnen damit Enttäuschung und Überdruß verbunden. Die positiven Erfahrungen sind meist seltener als Erinnerungen an Ineffizienz oder Wirkungslosigkeit. Was aber verstehen heute die Akteure selbst unter Beteiligung an Stadtentwicklung? Verbinden Beamte, Politiker und Bürger damit unterschiedliche Inhalte, Ziele, Werte, Strukturen und Rollen bzw. wo gibt es Gemeinsamkeiten und welcher Zusammenhang besteht zwischen Theorie und Praxis?

Die vorliegende überarbeitete Dissertation von *Carolin Schröder*, Stadtplanerin am Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin, reflektiert diese Fragen in ihrer Untersuchung zu Akteursperspektiven bei Beteiligungsprozessen in drei Berliner Problemquartieren. Die Autorin gibt gleichwohl zu Bedenken, dass die Ergebnisse der Interviews und der Fallstudien nicht verallgemeinerbare Ausschnitte aus dem Beteiligungsalltag in den untersuchten Quartieren beschreiben. „Es handelt sich weder um einen repräsentativen Querschnitt von Akteuren, noch war es möglich, mit diesem explorativen Untersuchungsansatz alle Beteiligungsansätze sowie das Akteurshandeln in den Quartieren auch nur annähernd vollständig zu beschreiben.“ (S. 167)

Motive für Beteiligung

Angenommen wurde, dass in Beteiligungsprozesse eingebundene Akteure aus Politik und Verwaltung, Anwohner und intermediäre Organisationen die Ziele, Strukturen, Rollen und Handlungsmöglichkeiten sowie die jeweiligen Rahmenbedingungen von Beteiligung und Stadtteilentwicklung unterschiedlich einschätzen und entsprechend handeln. Begründet wird dies mit jeweils individuellen Motivationen, Interessen und Erwartungen. Übereinstimmend wurde in den Interviews ein Handlungsbedarf in den Quartieren konstatiert und Beteiligung als effektives, zeitlich begrenztes, ergebnisorientiertes Handeln beschrieben, das gemeinsames Arbeiten ermöglichen und angemessene Veränderungen hervorbringen soll. (vgl. S. 163) Eine der wichtigsten Motivationen zur Teilnahme bzw. Durchführung von Beteiligung lag darin, aktiv an der Gestaltung der Quartiere mitzuwirken und dabei konkrete Verbesserungen im Wohnumfeld zu erreichen. Für Verwaltung und Politik sowie Quartiermanager wurden Vorzüge von Beteiligungsprozessen umfassender, nämlich im Hinblick auf Infrastruktur, Sozialstruktur und Quartiersimage gesehen. Für einige galt darüber hinaus die quartiersbezogene Gemeinwohlorientierung bzw. die Vernetzung auf lokaler Ebene als Grund für Beteiligung. Der in der Diskussion hergestellte Konnex zwischen Beteiligung und lokaler Demokratie einerseits und bürgerschaftlichem Engagement und Lebensqualität in den Quartieren andererseits wurde in der Praxis gruppenübergreifend kritisch eingeschätzt, „da Bezüge zu eigenem bzw. gemeinsamem Handeln in Beteiligungsprozessen kaum gesehen wurden“ (S. 166). Weiters wurde der „Lernende Akteur“ in der Praxis nicht so stark bewertet wie in der Theorie und wenn überhaupt,

„Nicht Ufos, Luft-taxis oder rollende Bürgersteige werden das Gesicht der Stadt der Zukunft prägen, sondern Singles und Senioren, Baugemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser, Tausch- und Helferbörsen in jedem Stadtteil sowie Nachbarschaftstreffs in jedem Kiez. Die radikale Trennung von Arbeiten, Wohnen und Erholen wird tendenziell wieder aufgehoben. Pendler kehren in die Stadt und Tante-Emma-Läden in die Wohnquartiere zurück, weil sich das Einkaufsverhalten in der älter werdenden Stadtgesellschaft verändert und die Menschen mehr in Wohnungsnähe als auf der grünen Wiese einkaufen wollen.“
(*H. W. Opaschowski in 77*, S. 225)



nur von beteiligungserfahrenen Akteuren positiv akzentuiert. Durch die kontinuierliche Anwendung von Beteiligung wurde aber deutlich, dass sich Formen der Zusammenarbeit in der Praxis verändern können, indem sich z. B. gegenseitiges Vertrauen verstärkt.

Aus den Ergebnissen der Arbeit leitet die Autorin einige Empfehlungen ab. Zunächst gelte es, eine stärkere Anbindung an individuelle Interessen, Motivationen und Erwartungen der Akteure zu erreichen. Darüber hinaus müssten vorab Rechte und Pflichten der Akteure geklärt und die Dauer des Beteiligungsprozesses beschränkt werden. Weiteren Forschungsbedarf ortet Schröder im Kontext von Beteiligung an der Stadtteilentwicklung und Beteiligungsverfahren zu bürgerschaftlichem Engagement, sozialem Kapital, Gemeinwohl, Lebensqualität, Demokratie und Beteiligung und den daraus abgeleiteten Rollenzuweisungen (vgl. S. 170).

Insgesamt wird Akteurshandeln im Rahmen von Stadtteilentwicklung künftig stärker auf gemeinsame Bezugspunkte (Begriffe, Ziele und Inhalte) sowie Synergieeffekte angewiesen sein, um handlungsfähig zu bleiben. Zentral aber bleibt die Möglichkeit persönlichen Engagements auf lokaler Ebene. Dabei kann es sich auch um Kleinstinterventionen (Bsp. Bepflanzungen), um Infrastrukturen (Wohnen, Freizeit, Soziales), Image und Lebensqualität bis hin zum Engagement für verbesserte Verwaltungsabläufe handeln. Geschrieben für ein Experten, bietet die Studie zugleich nützliche Hilfestellung, Erkenntnisgewinn und nicht zuletzt Motivation für eigenes Engagement. A. A.

Bürgerbeteiligung: Stadt

78 Schröder, Carolin: **Akteure der Stadtteilentwicklung.** Wie Verwaltung, Politik und Bürgerschaft Beteiligung definieren. München: oekom-Verl., 2010.

208 S., € 29,90 [D], 30,80 [A], sFr 50,80
ISBN 978-3-86581-139-4

„Inwiefern sich eine positive oder offene Einschätzung zu Beteiligung über längere Zeiträume erhält, hängt (...) davon ab, ob dieses Engagement wahrnehmbare Veränderungen nach sich zieht.“
(C. Schröder in **78**, S. 166)

Robert-Jungk-Preis NRW



Für die Lebendigkeit und Strahlkraft des Credo von Robert Jungk gibt es im deutschen Sprachraum keine schönere und überzeugendere Initiative als den nach ihm benannten „Zukunftspreis“ des Landes Nordrhein-Westfalen. Beide Attribute sind mit Bedacht gewählt, denn die seit kurzem vorliegende

Dokumentation der 2009 vom Ministerium für Generation, Familie, Frauen und Integration (MGFFI), der Robert Jungk Stiftung, dem Städte-Netzwerk-NRW und weiteren Partnern vergebenen Auszeichnungen macht deutlich: Entsprechend begleitet und gefördert, ist zivilgesellschaftliches Engagement weit mehr als ein Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es ist mentaler, sozialer, ja spiritueller Kraftstoff und Elixier der (Selbst-)Ermächtigung. Aus insgesamt 274 Einreichungen – mehr als je zuvor in der Geschichte des Preises – hatte eine hochkarätige Jury die Preisträger zu küren. Vier Haupt- und fünf Sonderpreise – erstmals für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (vor allem mit Partnern in den Niederlanden), sowie zwei „Kunstpreise“ ,insgesamt mit 23.000 € dotiert, wurden vergeben und 18 weitere Initiativen „ausgezeichnet!“ „Den demografischen Wandel gestalten“, lautete das Motto, und entsprechend vielfältig waren die Zugänge: So teilten sich etwa der „Arbeitskreis Militer Bürger“, der durch eine Reihe von Initiativen das Leben der 2000-Seelen-Gemeinde im Münsterland nachhaltig verbessert hat, mit einer Bürgerstiftung in Bonn, einer genossenschaftlichen Initiative im von sozialen Problemen stark betroffenen Kölner Stadtteil Chorweiler und einem aus meiner Sicht besonders hervorzuhebenden Schulprojekt aus Hagen die Hauptpreise: „Tschüss, bis nächsten Mittwoch“, so verabschieden sich HauptschülerInnen von Erwachsenen mit oft mehrfachen Behinderungen, mit denen sie in ihrer Schule Sport machen und spielen. Verantwortungsbewusstsein, Rücksichtnahme und Zuverlässigkeit, so berichtet die Projektleiterin Karin Thoma-Zimmermann, werden gefördert, und hofft auf Folgeprojekte und internationalen Erfahrungsaustausch (Kontakt: k.thoma-zimmermann@t-online.de). Die Stärkung der „europäischen Dimension“ ist auch den Trägern des Preises ein zentrales Anliegen.

Authentisch gestaltete Projektbeschreibungen, stimmungsvolle Fotos und ein großzügiges Layout laden zur Nachahmung oder Mitwirkung geradezu ein: Diese Dokumentation ist, was sie sein soll: selbst ein Stück Ermutigung. W. Sp.

Robert Jungk Preis NRW

79 **Ausgezeichnet!** *Wie wollen wir leben? Die Zivilgesellschaft gestaltet den demographischen Wandel. Dokumentation des Robert Jungk Preises 2009.* 74 S.

(Kostenlos zu beziehen: Städte-Netzwerk-NRW, Catrin Boss, Nicolai Str. 3, 59423 Unna, boss@netzwerk.nrw.de, www.netzwerk.nrw.de, Portospesen bei Versand ins Ausland)

Politik auf dem Prüfstand

Von deutschem Patriotismus und neuen britischen Ideen

Linker Patriotismus?

Robert Habeck, Jahrgang 1969, trat 2002 bei den Grünen ein und wurde mit atemberaubender Geschwindigkeit von einem Basis-Mitglied zum Apparatschik, vom Beobachter zum Politiker: Seit 2004 ist er Landesvorsitzender, mittlerweile Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag von Schleswig-Holstein, nach einem Rekordergebnis von 12,4 Prozent für seine Partei bei der Wahl 2009.

Jetzt legt er ein Buch vor, in dem er über weite Strecken die Erlebnisse der letzten Jahre aufzuarbeiten scheint: „seinen „Seitenwechsel“ – ohne dass er wirklich ein anderer geworden wäre –, sein politisches Programm – so wie er es vermutlich in zahlreichen Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen vertreten hat –, aber auch seine Enttäuschung über die mangelnde Motivierbarkeit der meisten Menschen zu politischem Engagement. Gerade dieser letzte Punkt ließ ihn wahrscheinlich den Titel „Patriotismus“ wählen – einerseits in der Hoffnung, damit zu provozieren, andererseits, um die emotionale Ressource zu nutzen, die in diesem Begriff liegt, den er allerdings selbst einen „verhunzten“ nennt, an dem er „herumdenkt“ seit der Wiedervereinigung, aber mehr noch seit der Fußball-WM 2006. Seinen Anspruch, ihn in „demokratischem Ehrgeiz“ mit diesem Buch „umzudeuten“ und „neue Strategien zu entwickeln, um die alten Widersprüche aufzulösen“, kann er leider nicht erfüllen. Mir hat sich sein Patriotismusbild nicht erschlossen (wenn er nichts Vergangenes meint, nichts ein für alle Mal Gegebenes, sondern einen Mechanismus beschreibt, der hervorruft, was er anspricht, dann sind die Regeln dieser Ansprache entscheidend?!) und schon gar nicht positiv emotional berührt. Er möchte den Begriff verwenden, um „eine Idee vom guten Leben zu artikulieren – im besten Fall vom guten Leben in einer guten Gesellschaft“, das wäre dann „linker Patriotismus“, ein rationaler Gesellschaftsvertrag, Verfassungspatriotismus, ein integratives Projekt. Eine breite Themenpalette wird im Versuch, die Idee vom guten Leben zu konkretisieren (?) angerissen, eine Tour de Force durch grüne Programmatik (bzw. die des Autors) unternommen. Teilweise kommt Habeck über eine Diagnose kaum hinaus und schließt aus dem Versagen der Linken, dass die konservativen Kampfbegriffe wie Freiheit, Demokratie, Familie, Heimat und Patriotismus den „Erben der Vernunft“ (= die Linken, die Grünen?), einer fortschrittlichen Interpretation zur Verfügung stünden, den „Erben der Vernunft“ (= die Lin-

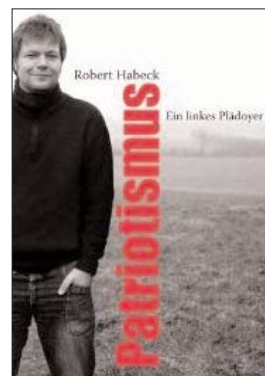
ken, die Grünen?), wenn sie sich nur trauten!

Relativ großen Raum räumt der Autor er dem Steuersystem und seinen falschen Anreizen ein und begründet damit die Forderung nach einem Grundeinkommen, bleibt aber auch in diesem Bereich so defensiv, bzw. knüpft den Bezug an Bereitschaft zur Bildung, dass die 30 Jahre alten Forderungen der katholischen Sozialakademie geradezu progressiv dagegen wirken. Ein „Bildungsgrundeinkommen“ wird gerade für Bildungsferne, die für Nationalismus und Patriotismus (im negativen Sinn) besonders ansprechbar sind, keine attraktive Alternative sein. So sollen Auszubildende nicht zum möglichen Empfängerkreis gehören. Ein gelingendes Leben ist „ein Leben, das wir so noch einmal wählen würden, wenn die Umstände die gleichen wären“ – wen motiviert das wann für Veränderungen?

Habeck fordert ein neues Freiheitsfundament für das 21. Jahrhundert und beklagt, dass die Parteien lediglich die Leitideen der vergangenen Jahrhunderte repräsentieren, aber es gelingt ihm leider nicht, neue, mitreißende Ideen von Arbeit, Bildung, Sozialpolitik, einer nachhaltigen Ökonomie und nicht zuletzt von Patriotismus zu präsentieren. Ein positives Bekenntnis zu der Gesellschaft, in der man agiert, ist sicherlich zu wenig. Zwischendurch gibt’s auch Politik(er)schelte –, als ob der Verfasser nicht selbst längst Teil des politischen Systems wäre – und das „Phrasenschwein“ wird nicht schlecht gefüttert. Die Diagnose stimmt: die alte Erzählung vom Rückzug (aus der Politik) gilt es zu beenden und eine Idee zu formulieren, an der sich Engagement entzünden kann. Dieses Ziel war wohl zu ehrgeizig, denn geworden ist es ein großer Bauchladen, eher mühsam zusammengehalten von einer diffusen Idee eines linken Patriotismus. *H. R.*

Patriotismus: Grüne

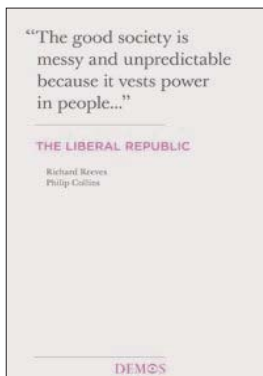
80 Habeck, Robert: *Patriotismus. Ein linkes Plädoyer*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 2010. 207 S., € 19,95 [D], 20,60 [A], sFr 33,90; ISBN 978-3579068749



Center Republicanism

In Großbritannien werden zurzeit wieder einmal die politische Theorien neu erfunden. „New Labour“ und seine Theorie des „3. Weges“ haben über ein Jahrzehnt lang – trotz Abnutzungserscheinungen – die politische Landschaft bestimmt. Bereits seit einiger Zeit jedoch haben die Theoretiker des „3. Weges“ an Überzeugungskraft verloren – das Rennen um die neue dominante politische Idee auf der Insel ist eröffnet. „Cen-

ter republicanism“ ist einer der Anwärter auf den vakanten Thron. Man mag versucht sein, diese Strömung als eine Art ideologischen Unterbau für eine allfällige Koalition zwischen Labour und Liberalen angesichts der neuen Koalition in Großbritannien ad acta zu legen. Aber es ist die konsequente Zentriertheit moderner britischer Parteien auf „die Mitte“, die eben solchen mittelschichtkonformen Theorien über Parteigrenzen hinweg Schwung verleiht. Die Frage nach dem wahren „heir to Blair“⁽¹⁾ – im Falle der Coalition Clegg oder Cameron – wirft auch die Frage nach der Politik eben dieses Erben auf? Auch wenn er persönlich vielleicht andere Ideen hat – sollte sich „Center republicanism“ als dominante Idee erweisen, wird Cameron unter Umständen genau diese Politik betreiben. Denn die neuen, erfolgreichen britischen Parteien sind keine Ideologen kontinentaleuropäischen Schlags – sie wollen den Mainstream treffen, das Lebensgefühl der Wähler – und so letztlich bei Wahlen siegen.



Vermeidung von Abhängigkeiten

Das zentrale Dokument – „The liberal republic“ – ist von Philip Collins (ein Blair-Mitarbeiter) und Richard Reeves, einem liberalen Journalisten verfasst. Beide versuchen – in scharfer Trennung von neoliberalen Strömungen – die Vision eines wesentlich humaneren Liberalismus zu zeichnen. Dieser Ansatz ist wesentlich von einer starken Hinwendung zum Individuum geprägt, formuliert vom neuen britischen Vizepremier Nick Clegg: „A Liberal believes in the raucous, unpredictable capacity of people to take decisions about their own lives“. Konsequenterweise ist eines der zentralen Schlagworte von Centre republicanism „independence“. Unabhängigkeit – verstanden als Freiheit von einer Gesellschaft mit zu vielen Vorschriften, zu vielen Regeln, die das Individuum einschränken. Independence beinhaltet in diesem Ansatz aber auch eine Vermeidung von Abhängigkeiten – sei es jetzt als armer Mensch von einer Sozialbürokratie, als Frau vom Mann oder als kranker Mensch von der Gesundheitsindustrie. Sie bedeutet den Abschied von der Idee einer wie auch immer gearteten gesellschaftlichen „Leitkultur“ und ihren Zwängen und Abhängigkeiten.

Abhängigkeiten sollen in der „Liberal Republic“ so weit als möglich vermieden werden. Verschiedene Lebensentwürfe sollen unabhängig nebeneinander existieren können. Dafür sollen eine möglichst weitgehende Dezentralisierung von politischen Entscheidungen, „liberale“ Märkte und individuelle Budgets sorgen. Dezentralisierung ist hier kein naiver Appell an basisdemokratische Entscheidungsmodelle – eher ein pragmatischer Grundsatz, ein Versuch alles so weit wie praktikabel möglich nach unten zu delegieren. Liberale Märkte werden als „3. Art von Märkten“

verstanden – im Gegensatz zu regulierten Märkten und zu kapitalistischen (auf Monopole ausgerichtete) Märkten. Liberale Märkte setzen auf größtmögliche Konkurrenz innerhalb bestimmter Rahmenbedingungen und geben so dem Bürger/Konsumenten die Entscheidungsfreiheit zurück. Hier kommt auch der Ansatz individueller Budgets zu Tragen – statt standardisierter staatlicher Leistungen soll der Bürger zum Beispiel frei entscheiden, wie er sein persönliches Fortbildungsbudget verwendet – streng gemäß dem Grundsatz, dass jeder der beste Experte in eigener Sache ist.

Eine solche Gesellschaft lässt dem Individuum viele Möglichkeiten sich zu entfalten, seine Potenziale zu verwirklichen – wenn es dazu in der Lage ist. Ziel ist es, selbstbestimmt „seine eigene Lebensgeschichte selbst zu schreiben“.

A liberal Nudge

Etwas überspitzt könnte man center republicanism als „Bobo“-Liberalismus⁽²⁾ übersetzen. Viele Freiheiten für Individuen, mit etwas Abfederung sozialer Risiken. Selbstbewusste Bürger, denen konsequent Entscheidungen vom Staat zurück gegeben werden. Das entspricht dem Bild des modernen, mündigen Bürgers. Diese Politik bietet den Bildungsschichten ihre Freiheiten und Chancen. Wer nicht so „gebildet“ ist oder sonst Nachteile hat, seine Chancen in einer liberalen Gesellschaft zu nutzen, für den bleibt das Programm phasenweise schwammig. Ob es gelingen kann, alle Bürger so weit zu bringen, diese Freiheiten auch kompetent und verantwortlich zu nutzen ist die spannende Frage. Und auch im Konzept selbst finden sich erste leichte Widersprüche. In der Frage der Pensionsvorsorge plädieren die Autoren (angesichts der Tatsache, dass selbst die sozial besser gestellten Briten kaum vorsorgen wollen) für Pflichtversicherungen, und argumentieren, dass die Menschen in manchen Bereichen eben hin und wieder einen „nudge“ (zu deutsch: einen „Schubser“) in die richtige Richtung brauchen. Der Staat soll nicht ganz abwesend sein, sondern durchaus auch steuern. Solche „nudges“ sind jedoch der zentrale Baustein einer weiteren britischen Theorie, die auch von den Autoren in ihr System eingebaut wurde und die bereits als „sanfter Paternalismus“ bezeichnet wurde.⁽³⁾ Dabei ist schwer zu entscheiden, wann aus einem kleinen Schubs ein Stoß wird – die Debatte um die Freiheiten des mündigen Individuums ist also eröffnet. G P.

Liberal Republic

81 Collins, Philip; Reeves, Richard: *“The liberal republic“*. London: DEMOS, 2009. 80 S. £ 10,00 (Download kostenfrei unter www.demos.co.uk/publications/theliberalrepublic); ISBN 978-1-90669-314-5

FUSSNOTEN

1) Der neue britische Premier David Cameron bezeichnete sich selbst öffentlich als Tony Blairs „Erbe“

2) Von „Bohemian Bourgeois“, als Bobos bezeichnet man im deutschsprachigen Raum urbane, moderne Mittelschichten, die politisch eher grün-liberal u. post-materialistisch angehaucht sind.

3) Handelsblatt, 7.5.2010

Wie repariere ich die Welt?

Während man den Eindruck hat, die Welt kippe von einer Krise in die nächste – ein Zustand der ja eigentlich zum Weinen wäre –, packen zwei Filme die Umstände von der anderen Seite her an und versuchen, mit Witz und Ironie toderne Entwicklungen anzusprechen: „The Yes-Men“ reparieren die Welt und „The Age of Stupid“ reflektiert aus der Zukunft über die Gegenwart in der wir leb(t)en. Thomas Haderlapp hat beide gesehen und ernstlich gelacht.

„Yes-Men fix the World“

Die Yes-Men sollte man, wenn einem an der ironischen Aufarbeitung der Globalisierung gelegen ist, kennen. Obwohl die beiden – mit bürgerlichem Namen heißen sie *Mike Bonanno* und *Andy Bichlbaum* – alles daran setzen, schwer erkannt zu werden. Camouflage ist ihre Methode und das schonungslose Aufdecken von Irrungen, Abwegen und Unmenschlichkeiten der Globalisierung und des freien – also ungeregelten – Marktes ihr selbstgesteckter Auftrag. Mittels falscher Websites oder falscher Zeitungsmeldungen gelingt es ihnen, wichtige Themen und Fragen in echten Medien und der Öffentlichkeit aufzuwerfen: So bei ihrem legendären Einsatz in Salzburg im Jahr 2000, wo die Yes-Men als Vertreter der WTO agierten und bei einer Tagung über die Zulässigkeit von Gewalt im internationalen Bananenhandel referierten oder darüber, ob die Tradition der Siesta in Spanien oder die längeren Mittagspausen in Italien nicht mittels internationalen Handelsrechts abgeschafft werden sollten.

Das Ziel der Interventionen der Yes-Men: Sich in die Welt der Mächtigen einschleichen und mit bissig-ironischer Überzeichnung die wahre Hintergrundmotivation wirtschaftlichen Konzernhandelns im freien Welt-Markt zu demaskieren.

Im vorliegenden Film wird u. a. ihr bislang größter Coup gezeigt, nämlich ein Live-Interview auf BBC-World vor 300 Millionen FernsehzuschauerInnen anlässlich der 20sten Wiederkehr einer der größten Umweltkatastrophen der Geschichte. In seinem Statement als Vertreter von Dow Chemical übernahm Yes-Man Bichlbaum im BBC-Interview die volle Verantwortung für die über 100.000 Todesopfer und kündigte Kompensation an, etwas, wogegen der Konzern sich 20 Jahre gewehrt hatte. Die Folge dieses Kurz-Interviews auf BBC waren einerseits weltweit positive mediale Reaktionen auf das Handeln Dow Chemical's sowie die Forderung nach ähnlichen Schritten durch andere Konzerne und andererseits brach der Kurs von Dow Chemical innerhalb von 23 Minuten um 2 Millionen Dollar ein. Dieser Umstand zeigt wohl ein-

drücklich, dass Menschlichkeit keine Kategorie des freien Marktes, der Shareholder und der Börse ist. Dow Chemical dementierte und kehrt zur alten Haltung zurück.

Gegen Ende des Films präsentieren die Yes-Men auf einer Risk-Management-Tagung noch einen sündteuren, ebenso unpraktikablen wie offensichtlich unsinnigen „Überlebensanzug“, der mit allen Folgen des Klimawandels zurande käme und stoßen damit auf reges Interesse des illustren Kongress-Publikums, das sich mit dem Klimawandel bereits abgefunden hat.

„The Age of Stupid“

Die Ausgangslage für *Franny Armstrongs* Film ist trist. In einer nicht allzu fernen Zukunft sitzt der Bibliothekar der Weltbibliothek, wohin alle Wissens- und Kunstschätze der Menschheit vor den Folgen des Klimawandels gerettet wurden, an einem Bildschirm und lässt die Jahre 2000 bis 2050 Revue passieren. Die Frage, die sich der Bibliothekar (gespielt von Oskar-Nominee Pete Postlewaite) stellt, klingt aus heutiger Sicht alarmierend: Warum haben wir die Welt nicht gerettet, als wir noch die Chance dazu hatten? Welche Geisteshaltung führte dazu, dass wir die Katastrophe sehenden Auges verdrängten? Dieser Frage und insbesondere unserer mangelnden Bereitschaft auf Erdöl zu verzichten, geht der Film mittels wissenschaftlichem Doku-Material und sechs Portraits von Menschen aus allen Teilen der Welt nach und beleuchtet unsere Gegenwart aus unterschiedlichen Blickwinkeln und unterschiedlichen Interessenlagen: Auf der einen Seite ein alter französischer Bergführer, der die Umweltveränderungen der letzten Dekaden in den Bergen Europas hautnah miterlebt hat oder ein britischer Windfarmer, der in Genehmigungsverfahren für seine Windparks derzeit oft auf Vorurteile der Bevölkerung oder Ablehnung aus ästhetischen Gründen trifft, eine nigerianische Medizinstudentin, die berichtet, dass die nahe ihres Heimatorts gefangenen Fische aufgrund der Verschmutzung durch Erdöl vor dem Verzehr mit Waschmittel gewaschen werden müssen und irakische Flüchtlingskinder, die der Krieg ums Erdöl eltern- und heimatlos gemacht hat. Auf

der anderen Seite konfrontiert uns der Film auch mit einem indischen Start-up-Unternehmer, dessen Traum es ist, eine Billigfluglinie in Indien aus der Taufe zu heben und der die Emissionen mit Verweis auf die - durch seine Fluglinie mögliche - Demokratisierung des Fliegens nicht so wichtig nimmt, oder mit einem Erdöl-Ingenieur aus New Orleans, der im Golf von Mexiko weiter nach Öl sucht, obwohl er die Auswirkungen des Klimawandels in Form des Hurricans Kathrina hautnah zu spüren bekam.

Anhand von wissenschaftlichem Doku-Material skizziert der Film unser Wissen über die Ursachen und Folgen des anthropogenen Klimawandels. Wir wissen zwar viel, handeln aber oftmals widersprüchlich, ja auch explizit gegen unser Wissen. Was jedoch passieren könnte, wenn wir Anzeichen des Klimawandels weiterhin nicht zum Anlass eines Umdenkens und „Umhandelns“ nehmen, wenn wir Warnungen also – im wahrsten Sinne des Wortes – weiterhin in den Wind (hier besser: Sturm) schreiben, darüber reflektiert „The Age of Stupid“ eindringlich.

Dass die insgesamt drei Jahre dauernden Dreharbeiten und auch die Kinopremiere klimaneutral über die Bühne gingen, ist in Anbetracht des Themas nicht weiter sensationell, brachte jedoch zusätzlich den Eintrag ins Guinness-Buch der Weltrekorde. Bemerkenswert ist auch die Art und Weise der Finanzierung dieses Filmprojektes: Mittels Crowd-Funding wurden die Geldmittel von über 1000 Personen aufgebracht. Viele Freiwillige trugen außerdem zu diesem Filmprojekt durch ehrenamtliche Unterstützung bei, wie auf der beigelegten Making-of DVD eindrucksvoll belegt wird. Damit ist der Film nicht nur ein wichtiger Meilenstein in der Diskussion um den Klimawandel, sondern auch ein Beweis für den Erfolg einer neuen kooperativ-gemeinschaftlichen Film- und Medienproduktion. *T. H.*

Film: Globalisierungskritik

82 *The Yes Men fix the World*. Regie: Andy

Bichlbaum u. Mike Bonanno. USA 2010.

87 min., www.theyesmen.org

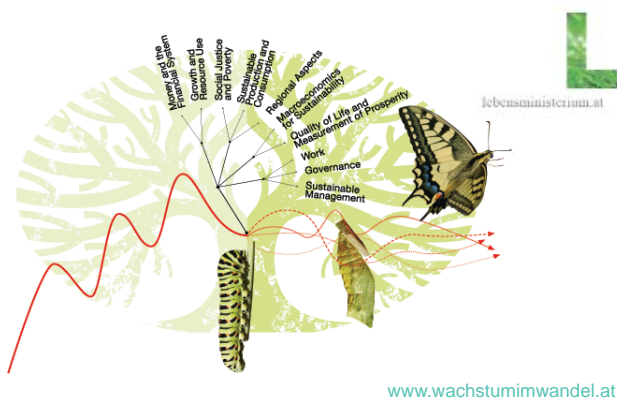
83 *The Age of Stupid*. Regie: Franny Armstrong.

USA 2009. 90 min., www.ageofstupid.iao.de/

Zukunft in Diskussion

Wohlstand ohne Wachstum

Ist ein höheres Wirtschaftswachstum die Lösung schlechthin? Kann es Wohlstand und Wohlergehen für eine globale Weltbevölkerung von bald neun Milliarden Menschen bringen? In seinem aufsehenerregenden Buch "Prosperity Without Growth?" liefert der britische Ökonom Tim Jackson überzeugende Argumente für eine Abkehr vom Glauben an ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum. Jackson ist Kommissar für volkswirtschaftliche Fragen, einem unabhängigen Beratungsgremium der britischen Regierung, und Professor an der Universität Surrey. Am 27. Mai 2010 war er im Rahmen des vom Österreichischen Lebensministerium mit SE-RI u. a. Partnern durchgeführten Projekts „Wachstum im Wandel“ zu Gast in Wien.



In der Vergangenheit sei Wachstum ein geeigneter Weg gewesen, Wohlstand und Lebensqualität zu mehren. Doch in hoch produktiven Ökonomien mit einem breiten materiellen Wohlstandsniveau mache dieses Wachstum keinen Sinn mehr, so Jackson. Das heutige von Produktion und Konsum getriebene Wirtschaftssystem mache vielmehr zunehmend ökologische, soziale und auch ökonomische Probleme. Wir bräuchten nicht mehr einen Wachstumsmotor, vielmehr einen Wirtschaftsmotor. Ziel müsse sein, in sinnvolle Arbeitsplätze zu investieren und „sich eine neue Vorstellung vom Wohlstand zu verschaffen, die nicht unbedingt mit stetig steigenden Einkommen verknüpft ist.“

Wie mittlerweile andere auch zeigt Jackson auf, dass Konsum in der reichen Welt nicht mehr oder nur mehr sehr bedingt zum Glück der Menschen beiträgt. Mit dem Fokus auf Effizienz und Produktivität allein werden wir, so die zentrale Aussage des Ökonomen, die Transition nicht schaffen. Wir bräuchten ein neues makroökonomisches Modell, welches Ressourcenbeschränkungen abbilden kann und etwa auch Gerechtigkeitsaspekte mit ein bezieht.

12 Schritte zu einer nachhaltigen Wirtschaft

In „12 Steps to a Sustainable Economy“ zeigt Jackson einen konkreten Zukunftsweg auf. Schuldengetriebener materieller Konsum sei zutiefst unzufriedenstellend. Doch Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen, die Umsetzung von Vermögens- und Steuergerechtigkeit sowie eine Reform der volkswirt-

schaftlichen Erfolgsmessung würden auf makroökonomischer Ebene neue Handlungsspielräume eröffnen. Andere Indikatoren wie Bildungschancen, Gesundheitsniveau, Zufriedenheit und Wohlergehen der Bevölkerung, die Verteilung der Einkommen und der Ressourcenverbrauch müssten in die Wohlstandsmessung mit einbezogen werden. Jackson dazu: „Dadurch ergeben sich ganz neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen und ein neues, höchst anspruchsvolles Bilanzierungssystem. Es bedarf einer volkswirtschaftlichen Rechnungslegung, die zukunftsfähig ist.“ Die starke Konsumorientierung behindere auch eine lebendige Gesellschaft, wir müssten die Menschen davon befreien, so der Experte weiter. Als Schritte dahin sieht er die Neuverteilung der vorhandenen Arbeit, die erst Work-Life-Balance ermögliche, die Überwindung der Ungleichheit, den Wiederaufbau von Human- und Sozialkapital sowie eben eine Abkehr von der „Culture of Consumerism“. Die ökologischen Grenzen wären schließlich durch die klare Festlegung von Ressourcen- und Emissionskontingenten, die Umsetzung einer ökologischen Steuerreform sowie die (globale) Förderung des Transfers von „Green Technologies“ sicherzustellen.

Jackson kritisiert nicht nur, sondern er zeigt eine Vision von einer ökologisch tragfähigen und sozial gerechteren Welt, die keine Zukunftsmusik bleiben muss. Auf die Frage der Moderatorin Rita Trattnigg, woher er die Zuversicht für den möglichen Wandel nehme, antwortete der Experte, dass jetzt die Zeit reif sei für Veränderungen und anders als noch vor einigen Jahren auch EntscheidungsträgerInnen in Wirtschaft und Politik hellhörig würden gegenüber neuen Wegen. H. H.

(mehr unter www.wu.ac.at/rw/forschung/konferenzen)



Publikationen zum Thema



Das von Tim Jackson verfasste Buch "Prosperity Without Growth. The transition to a sustainable economy" beschreibt einen 12-Stufenplan für den Wandel hin zu einer fairen, nachhaltigen, CO₂-armen Wirtschaft. Download der 132 Seiten umfassenden Studie unter www.sd-commission.org.uk. Das Buch ist 2009 bei Earthscan (London) erschienen.

Der Band "Welches Wachstum ist nachhaltig?" (Wien: Mandelbaum, 2009) dokumentiert erste Ergebnisse des Projekts „Wachstum im Wandel“ und bietet ein „Argumentarium“ für ein anderes Wachstum.



Das von der JBZ erstellte Zukunftsdossier „Wirtschaften jenseits von Wachstum?“ stellt Befunde und Ausblicke anhand aktueller Literatur zur Diskussion. Analysiert werden fünf Argumente Pro/Kontra Wachstum. Download unter www.wachstumimwandel.at.

MAGAZIN

ZUKUNFTSFORSCHUNG

ZUKUNFT STUDIEREN

Der Masterstudiengang Zukunftsforschung startet zum Wintersemester 2010/2011 an der Freien Universität Berlin. Er ist eine Initiative des Arbeitsbereichs Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung unter der Leitung von Prof. Gerhard de Haan und wurde in Kooperation mit verschiedenen Institutionen und Einzelpersonen aus dem „Netzwerk Zukunftsforschung“ entwickelt. Informationen und Anmeldung unter www.master-zukunftsforschung.de

DIE WELT IN 100 JAHREN

Eine Reise in die Geschichte der Zukunft bietet die Ausstellung zu Vordenkern und Visionen im Ars Electronica Center Linz. Die Ausstellung blickt auf einen Zeitraum von 200 Jahren: auf Zukunftsentwürfe, die vor rund 100 Jahren für unser Jetzt erdacht wurden und auf Visionen, die momentan für die nächsten 100 Jahre entwickelt wurden. www.aec.at/news_de.php?iNewsID=1252

2020 VISIONARIES

Ab Heft 1/2 2010 veröffentlicht die Zeitschrift THE FUTURIST eine mehrteilige Interviewserie mit Zukunftsdenkern. Im ersten Teil ging es um Gesundheit und Bildung, im zweiten um Medien und Spiritualität, im dritten um Umwelt und Demokratie. www.wfs.org/

DIE WELT IM JAHR 2030

Der Zukunftsforscher *Ray Hammond* gab am Rande einer Tagung in Wien Anfang Mai 2010 Robert Buchacher von der Zeitschrift PROFIL ein Interview, das in Heft 21/2010 veröffentlicht wurde. Darin prognostiziert Hammond u. a. zunehmende Therapiechancen für Krebs; „Cloud Computing“, bei dem der User sich die benötigten Daten und Programme nicht auf einem eigenen Gerät speichert, sondern jeweils aus dem Internet holt; einen Höhepunkt der Weltbevölkerung von 12 Mrd. im Jahr 2050, danach ein langsames Absinken; automatisierte Befunde in der Medizin; ein System von Sonnenkraftwerken in Nordafrika; zunehmenden Mangel an

Wasser sowie eine weiter steigende Lebenserwartung der Menschen.

AUFGEBLÄTTERT

WIE VERNÜNFTIG IST ÖKONOMIE?

Das Märzheft 2010 von „Agora“, einem Magazin für Ökonomie und Philosophie, steht unter dem Motto „Vernunft - eine knappe Ressource“. Darin widmen sich einige Beiträge dem fragilen Verhältnis von Vernunft und Ökonomie. www.agora42.de

UNIVERSALIEN VON KULTUREN

„ZEIT WISSEN“ 06/2009 bietet ein Interview mit dem Ethnologen Christoph Antweiler, der Gemeinsamkeiten von Kulturen erforscht und dabei auf sage und schreibe 73 „Universalien“ gestoßen ist. Eine Basis für eine kooperative und damit bessere Welt? Details unter www.zeit-wissen.de/universalien

ÖKOKONSUM UND MORAL

„ZEIT WISSEN“ 01/2010 berichtet von Experimenten kanadischer Forscher, wonach Personen, die ökologisch korrekt einkaufen, sich anschließend weniger altruistisch verhalten - so als ob sie ihr moralisches Soll bereits erfüllt hätten.

HEITERE WISSENSCHAFT

„ZEIT WISSEN“ 2/2010 berichtet über Scherzeinträge in seriösen Enzyklopädien und Fachlexika, darunter die Steinfeld im Medizin-Lexikon Pschyrembel, die Gemeine Steuer-Zecke in der Brockhaus Enzyklopädie, die Sportart Apopodobalia im Neuen Pauly, Enzyklopädie der Antike u. a.

15 ZUKUNFTSVISIONEN

Manche ForscherInnen arbeiten an nichts Geringerem als an einer besseren Welt. Sie wollen unsere Energieversorgung revolutionieren, indem sie die Kräfte der Natur bändigen. Sie wollen neue Organe als Ersatzteile züchten. Und sie wollen mit gigantischen Bauwerken die Probleme der Landwirtschaft lösen. ZEIT WISSEN 3/2010 stellt 15 visionäre Ideen vor, die unser Leben verändern werden - über kurz oder lang. In einem Dossier erfahren wir, wie eine bessere Schule aussehen könnte.

EUROPÄISCHE CO₂-BILANZ

Die Mai-Ausgabe des Journals „Global Change Biology“ befasst sich unter dem Titel „The European Carbon Balance“ mit der Kohlendioxid-Bilanz aus anthropogenem Ausstoß und terrestrischen Kohlenstoffsenken des europäischen Kontinents. Eine Feststellung: In Europa ist der Kohlenstoffkreislauf durch menschliche Einflüsse verzerrt. www3.interscience.wiley.com/journal/123352779/issue

NACHHALTIGKEIT

KLIMA

In den Medien wurden in den letzten Monaten einige Fehler - und „angebliche“ Fehler - des letzten IPCC-Berichts („AR4“) angeprangert. Der renommierte Klimaforscher Stefan Rahmstorf und seine Kollegen vom Blog „Klima-Lounge“ trennen nun die Spreu vom Weizen: Welche dieser Fehler sind real, welche nicht? Und was bedeutet das für das IPCC und die Klimaforschung im Allgemeinen? www.wissenslogs.de/wblogs/blog/klimalounge/medienceck/2010-02-20/fehler-im-ipcc-bericht.

NEUE NUTZUNG VON CO₂

Kohlendioxid (CO₂) ist das bekannteste Treibhausgas, es kann jedoch auch als Rohstoff für verschiedene Anwendungen genutzt werden. Welche ökologischen und ökonomischen Aspekte dabei berücksichtigt werden müssen und auf welchem Stand Wissenschaft und Technik sind, wurde auf einer von der BIOCUM Projektmanagement GmbH mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt am 11. Juni 2010 in Berlin stattgefundenen Tagung diskutiert. www.wupperinst.org/de/info/entwd?beitrag_id=1372

ELEKTROMOBILITÄT

Bis zum Jahr 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge in Deutschland unterwegs sein - so steht es im „Entwicklungsplan Elektromobilität“ der deutschen Bundesregierung. Darüber, wie realistisch diese Planung angesichts derzeit etwa 1500 zugelassener Elektro-

autos ist, diskutierten Experten und Laien am 27. Mai 2010 bei der Diskussionsreihe „Dialog an Deck“ an Bord der MS Wissenschaft, organisiert von der Initiative „Wissenschaft im Dialog“. Als einer der Experten machte Georg Wilke deutlich, dass die Höhe des Beitrags der Elektroautos zum Klimaschutz außer von der erfolgreichen Marktdiffusion auch vom Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen im Strommix abhängt.

<http://snurl.com/x7naw>

EVALUATION VON KOPENHAGEN

Das Wuppertal Institut analysiert in einem Bericht die Klimakonferenz in Kopenhagen vom Dezember 2009. Dieser arbeitet die wesentlichen Verhandlungsthemen heraus, kontrastiert widerstreitende Interessen der Verhandlungsparteien und fasst die Ergebnisse der Konferenz zusammen. Der Bericht schließt mit einem Ausblick, wie die anstehenden Herausforderungen in künftigen Verhandlungen bewältigt werden könnten.

www.wupperinst.org/info/entwd?beitrag_id=1350

ÖLKATASTROPHE

Es ist viel veröffentlicht worden über die BP-Ölpest im Golf von Mexiko. Doch es ist eine Sache, davon zu lesen und eine ganz andere, es sich bildlich vorzustellen und damit das Ausmaß zu ermessen. Nun gibt es eine Website, mit der man den Ölteppich auf den eigenen Lebensraum übertragen kann

www.ifitwasmymyhome.com/

Wer eine Petition unterschreiben will, in der die USA aufgefordert werden, weitere Ölbohrungen vor der Küste zu unterlassen und stattdessen in saubere, erneuerbare Energien zu investieren, kann dies tun unter www.avaaz.org/de/stop_offshore_drilling/?vl

PRINZIP NACHHALTIGKEIT

An der Evangelischen Akademie Hofgeismar fand Mitte Juni 2010 ein Ethisches Symposium "Prinzip Nachhaltigkeit. Theologische, philosophische und ethische Perspektiven" statt, da Nachhaltigkeit als zentrale Zukunfts-

aufgabe der Gesellschaft nicht nur aus politischer, technischer und wirtschaftlicher Perspektive betrachtet werden kann und soll

www.ekkw.de/akademie.hofgeismar/

NACHHALTIGER KONSUM

Die Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) hat eine Studie „Die ökologischen und ökonomischen Wirkungen eines nachhaltigeren Konsums in Deutschland“ erarbeitet. Sie zeigt Chancen der Zivilgesellschaft auf, mit ihrem Konsumverhalten die Weichen für eine nachhaltigere Zukunft zu stellen.

www.mut-zur-nachhaltigkeit.de/

ALTERNATIVEN ZUM BIP

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines Landes wird häufig als Maßstab für (nachhaltiges) Wachstum von Wohlstand betrachtet, doch erfasst es keine sozialen und ökologischen Kosten- und Nutzen-Effekte. Die Studie „Towards Sustainable Development. Alternatives to GDP for Measuring Progress“ von Philipp Schepelmann, Yanne Goossens und Arttu Makipaa hebt Vorzüge wie Mängel des BIP heraus. Im Rahmen der Studie wurden mehrere alternative Indikatoren für Fortschritt im Sinne von Wohlfahrt analysiert. Die Autoren empfehlen, zusätzlich zum BIP ökologische und soziale Indikatoren einzuführen. Die Studie in englischer Sprache steht zum Download bereit unter www.wupperinst.org/de/publikationen/entnd?beitrag_id=1313

WOHLSTAND DURCH TEILEN

Eine politische Debatte zur Wiederentdeckung der Gemeingüter hat sich im Zuge der Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises 2009 an Elinor Ostrom, einer weltweit führenden Theoretikerin auf diesem Gebiet, entwickelt. Der Report „Gemeingüter: Wohlstand durch Teilen“ der Heinrich-Böll-Stiftung gibt einen Überblick über diese Debatte, illustriert durch Geschichten aus aller Welt. Die AutorInnen argumentieren, dass Gemeingüter den gedanklichen Rahmen liefern für eine demokratische, nachhaltige

Gesellschaft, in der sich der Einzelne entfalten kann. Beispiele aus Natur, Gesellschaft und Kultur machen anschaulich, auf wie vielen Feldern Ressourcen gemeinschaftlich verwaltet und genutzt werden können. Download unter www.boell.de/wirtschafts-oziales/wirtschaft-soziales.html

RÜCKBLICK

GLOBAL CONFERENCE

Ende Mai fand in Amsterdam die „Global Conference on Sustainability and Transparency“ der Global Reporting Initiative GRI statt. Was gute Nachhaltigkeitsberichte ausmacht und wie Unternehmen transparent über ihre CO₂-Emissionen informieren können, waren zwei der zahlreichen Themen. Details

www.amsterdamgriconference.org/

INTERNAT. TAG DER UMWELT

Der diesjährige Internationale Tag der Umwelt der Umweltorganisation UNEP am 5. Juni, an dem sich rund 150 Staaten mit einer Vielfalt von Initiativen beteiligten, stand unter dem Jahresmotto „Vielfalt des Lebens“ (Biodiversity - Ecosystems Management and the Green Economy).

Österreichische Projekte unter

www.umweltag.at

Deutsche Projekte unter

www.umweltbundesamt.de/

Internationale Projekte unter

www.pittsburghwed.com/

ETHISIERUNG DER TECHNIK

Zu dieser Thematik veranstaltete vom 31. Mai bis 1. Juni 2010 das Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften eine Konferenz. Moderne Forschungsgebiete wie embryonale Stammzellforschung oder Nanotechnologie führen zunehmend in ein noch kaum erschlossenes moralisches Niemandsland, dessen sensible Grenzen zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik ausgelotet werden müssen. www.oeaw.ac.at/ita/ta10/

Inserat



Verändern Sie die Welt
durch Lesen.

Für 12 Euro monatlich erhalten Sie ausgewählte Zukunftsliteratur zum Lesen und Verschenken.



Global Marshall Plan
balance the world
with an Eco-social Market Economy

Zur Begrüßung erhalten Sie kostenlos alle lieferbaren Titel aus unserer Zukunftsbibliothek – derzeit 43 Titel im Wert von über 600 Euro – und in Zukunft mehrmals im Jahr relevante Literatur zugeschickt. Mit Ihrer Spende (mind. 12 Euro inkl. Studierende 6 Euro inkl.) unterstützen Sie die Arbeit der Initiative. Mehr Informationen erhalten Sie unter <http://www.globalmarshallplan.org/bücherei>, Tel: +49 40 822 904-20, Fax: -21 oder info@globalmarshallplan.org

Register

Autoren- und Schlagwortregister

zu Rezensionen-Nummern

Autoren

- | | | | |
|-------------------------------|------------------------------|---------------------------------|--|
| Andersen, Uwe (Hrsg.) 59 | Geißler, Karlheinz 75 | Reeves, Richard 81 | Film: Globalisierungskritik 82, 83 |
| Appiah, Kwame A. 69 | Glyn, Andrew 62 | Rothschild, Thomas 68 | Finanzkrise 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64 |
| Armstrong, Frany 83 | Goleman, Daniel 70 | Scherhorn, Gerhard 55 | Gerechtigkeit 68 |
| Arrighi, Giovanni 64 | Gowan, Peter 61 | Schirmmacher, Frank (Hrsg.) 60 | Gleichheit: Umverteilung 66 |
| Baumann, Zygmunt 72 | Grassmann, Peter H. 50 | Schröder, Carolin 78 | Kapitalismuskritik 38 |
| Bennholdt-Tomsen, Veronika 74 | Grober, Ulrich 76 | Simonis, Heide 56 | Klimaschutz: global 73 |
| Bichlbaum, Andy 82 | Habeck, Robert 80 | Solte, Dirk 57 | Konsum: Wohlfahrtsstaat 72 |
| Bonanno, Mike 82 | Hardt, Michael 38 | Stenner, Christian (Hrsg.) 53 | Leben: nachhaltiges 71 |
| Clement, Wolfgang 47 | Harman, Chris 63 | Stiglitz, Joseph 58 | Liberal Republik 81 |
| Colins, Philip 81 | Henkel, Hans-Olaf 51 | Wall-Strasser, Sepp 45 | Nachhaltigkeit: Kulturgeschichte 76 |
| Dullien, Sebastian 48 | Herr, Hansjörg 48 | Wieczorek, Thomas 43, 44, 46 | Patriotismus: Grüne 80 |
| Ehrenreich, Barbara 65 | Herrmann, Ulrike 67 | Wilkinson, Richard 66 | Positives Denken: Kritik 65 |
| Ekardt, Felix 73 | Hochreiter, Gregor 40 | Wittmann, Walter 42 | Produzieren: nachhaltiges 70 |
| Esposito, Elena 39 | Huber, Berthold 52 | Zschaber, Markus C 41 | Robert Jungk Preis NRW 79 |
| Frech, Siegfried (Hrsg.) 77 | Kellermann, Christian 48 | | Steuerreform: Umverteilung 67 |
| | Kessler, Wolfgang (Hrsg.) 49 | | Wirtschaften: autonomes 74 |
| | Leonard, Annie 7 | Schlagworte | Zeit: Lebensstil 75 |
| | Merz, Friedrich 47 | Bürgerbeteiligung: Stadt 77, 78 | |
| | Negri, Antonio 38 | Ethik 69 | |
| | Pickett, Kate 66 | | |